Historische Tatsachen Nr. 84

SIEGFRIED EGEL

Streiflichter zum Kriegsgeschehen 1939 - 1945



Am 26. Mai 1942 verschachert Winston Churchiill (re.) höhnisch lächelnd Europa an den Bolschewismus. Außenminister Anthony Eden unterzeichnet soeben dieses Abkommen in London, Außenkommissar Molotov und Sowjetbotschafter Maisky wissen die Gewissenlosigkeit der westlichen "Kapitalisten" zu würdigen. Lenin hat es ihnen prophezeit. Die gegenseitigen Verstimmungen über zu wenig westliche Hilfslieferungen, die ausgebliebene 2 Front im Westen, die bisher verweigerte Zustimmung zur "Westbewegung" der sowjetischen Grenzen im Baltikum, Polen, Rumänien sind überwunden. Westliche Hilfe wird verstärkt auch über das Kriegsende hinaus zugesagt, zu den Grenzfragen beruhigt man die Öffentlichkeit mit der Atlantik-Charta, die "*keine Grenzveränderungen gegen den Willen der Völker*" proklamierte. Man ist sich freilich intern darüber einig, daß die "*Atlantik-Charta für die Feinde nicht gilt*", d.h. daß auch die Sowjets sich weder an Grenzen noch "demokratische Grundsätze" zu halten braucht. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, "*weder mit der Hitler-Regierung noch mit irgendeiner anderen deutschen Regierung, die nicht klar auf alle Angriffsabsichten verzichtet, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten*".

-- Wissenschaftliches Sammelwerk --

SIEGFRIED EGEL

Streiflichter zum Kriegsgeschehen 1939 - 1945

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen, soweit Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik Deutschland zu einer solchen Begutachtung überhaupt noch in der Lage sind.

Singuläres Schicksal

"11 bis 12 Millionen deutsche Kriegsgefangene befanden sich von den Kriegsjahren bis zum Jahre 1956, als die letzten heimkehrten, im Gewahrsam von mindestens 20 Staaten. Vom Polarkreis bis zu den Tropen und rund um den Erdball gab es Lager, in denen sie festgehalten wurden. Es gibt in der Zeitgeschichte keine durch gleiche Merkmale und gleiches Schicksal ausgezeichnete menschliche Gruppe, die nach Menge und räumlicher Streuung mit den deutschen Kriegsgefangenen verglichen werden könne. Ihre Geschichte ist außergewöhnlich."

22-bändige Dokumentation der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte der Bundesregierung, "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkrieges", Bielefeld 1964, Klappentext + Bd. I/I S. XI.

Bekenntnis zur wissenschaftlichen Forschung

"Wer Tatsachen von Legendenbildungen trennen will, hat eben alle Quellen heranzuziehen, zu vergleichen, kritisch zu untersuchen, wenn möglich, das Urteil von Augenzeugen über den Wahrheitsgehalt der Publikationen einzuholen und sich vor allen Vorurteilen zu hüten.

...

Selbst Veröffentlichungen von Institutionen, deren Seriosität allgemein anerkannt ist, können nicht unkritisch übernommen werden. Das gilt auch für das Museum in ■■■■ ...."

Hermann Langbein, " -- nicht wie die Schafe zur Schlachtbank - Widerstand", Frankfurt/M 1995, Fischer Verlag, S. 80.

INHALT

Ungehinderte Volksverhetzung 3
Ein bisher kaum bekanntgewordenes Bemühen 5
Neues zur Gleiwitzer Senderaffäre Ende Aug. 1939 5
Zeitige Kenntnis geheimer Gespräche Roosevelts 6
Der eh. deutsche Generalleutnant Heinrich Müller 7
Vereitelter Sonderfrieden mit der Stalin-Opposition 10
Ein Detail zum Fall Canaris 14
Das Kriegsende am 2. Mai 1945 in Italien 15
Die Feindstaaten Deutschlands im II. Weltkrieg 24
Der letzte Wehrmachtbericht 26
Die Feindstaaten-Klauseln der UNO 27
Die Verluste des deutschen Volkes während des II. Weltkrieges und in den Jahren danach 28
Revidierte Geschichten: Babi Jar + Jedwabne 30
US-Chefankläger Robert Kempner hätte es wissen müssen 32
Erfolglose Suche nach den "Melmer-Akten" 33
Die vergessenen deutschen Kriegsinternierten in den USA 34
Südamerika-Deutsche entführt 38
Deutsche Internierte in Großbritannien 39
"Todesmühlen", Anfangsversuch zur Umerziehung 40

Siegfried Verbeke + THE BARNES REVIEW (TBR Co)
Postbus 46 — 1433 Pennsylvania Ave. S.E.
B 2600 Berchem 1 — Washington D.C. 2003 --USA

ISSN 0176 - 4144

Ungehinderte Volksverhetzung

Auf dem Nürnberger Reichsparteitag Anfang September 1938 verwahrte sich Reichspressechef **Dr. Otto Dietrich** gegen die allgegenwärtige Presselüge und ihre verhängnisvolle Wirkung auf die politische Lageentwicklung. Die von ihm vorgetragenen Beispiele haben in der Tat historische Bedeutung (Zitate in Ausschnitten):

"Die **diplomatische Presselüge** ist auf Vergiftung der politischen Atmosphäre gerichtet, in der internationale Verhandlungen stattfinden. Man will diese stören oder vereiteln, ehe sie überhaupt begonnen haben.

Wir haben ein typisches Beispiel dieser Art erlebt, als Lord Halifax' Besuch in Berlin bevorstand. Wenige Tage vor der Abreise ließ ein Londoner Abendblatt die Bombe platzen, die alles über den Haufen werfen sollte. Es schickte seinen »diplomatischen Korrespondenten« vor. ... Er war es, der den angeblichen deutschen Durchmarschplan durch die Schweiz in die Welt setzte, der genau über deutsche Absichten auf Kolonien anderer Staaten Bescheid wissen wollte, der die deutschen Befestigungen in Nordafrika erfand. Diesmal verwechselte er Krieg mit Diplomatie. Er veröffentlichte genaue Einzelheiten über die angebliche deutsche Absicht, einen Kuhhandel abzuschließen. Daneben aber wurde mit zweideutigen Worten das deutsch-italienische Verhältnis derart berührt, daß der Eindruck entstehen mußte, England wolle die Zerstörung der Achse Berlin-Rom in der Wilhelmstraße durch eine deutsch-englische Annäherung erreichen. ... Der Besuch war in ein völlig neues Licht gerückt. ..

Die innerpolitische **Zermürbungslüge**, die sich tagein, tagaus in immer neuen Verleumdungswellen vom Ausland her über uns ergießt, ist bemüht, den Nachweis von Zerwürfnissen innerhalb der Regierung, der Partei, der Wehrmacht oder untereinander zu erbringen. Dem deutschen Volk und der Welt soll vor Augen geführt werden, daß die nationalsozialistische Macht nicht festgefügt sei, daß die Welt kein Vertrauen in die Stabilität des Reiches haben könne, daß Deutschland kein verhandlungsfähiger Partner sei. Erinnern wir uns der tollen Fantasiemeldungen dieses Jahres über revolutionäre Besetzung der Wilhelmstraße oder Revolten in Stolp und Allenstein, von der Flucht deutscher Generale ins Ausland, von Bürgerkrieg, von Massenverhaftungen, von Mord und Totschlag überall. Und das ausgerechnet vier Wochen vor der größten politischen Dokumentierung der Einheit der Nation, vor der Begründung des Großdeutschen Reiches!

In der letzten Zeit beschäftigt sich diese Lügenart vorwiegend mit angeblichen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Deutschland. (Die Deutschen müssen Brot mit Chlorrückständen und Dreck essen und ähnliche Fantasiegeschichten.)

Auch von einer anderen Spezies, der sogenannten militärischen Presselüge, haben wir in diesem Jahre zahlreiche Beispiele erlebt. Wie das bekannte Ungeheuer vom Loch Neß taucht bei diesen Hetzkampagnen immer wieder der berühmte deutsche Reichswehrgeneral auf, der Dokumente preisgibt oder kriegslüstern imperialistische Ziele der unersättlichen Pangermanisten enthüllt. Diesmal war es General Reichenau. 'News Chronicle' bringt in sensationeller Form den angeblich wörtlichen Bericht über eine Vorlesung eines der höchsten deutschen Offiziere vor einer Gruppe von Parteiführern über maßlose imperialistische deutsche Zielsetzungen im Zusammenhang mit dem Spanien-Krieg. Das war das Signal für eine Hetze gigantischen Ausmaßes. Indem man dem deutschen General unterschob, eine Reihe europäischer Nationen als Opfer deutscher Raubgelüste erklärt zu haben, peitschte man Furcht auf vor dem deutschen Ungeheuer und damit Haß gegen das deutsche Volk. Und wieder einmal hatten die Drahtzieher ihr Ziel erreicht: Aus einem Nichts, aus einer plumpen Lüge wurde eine Welthetze gegen Deutschland entfesselt, die wochenlang in den Zeitungen aller Kontinente ihr Echo fand. ...

Den ersten Preis im Lügenwettbewerb dieses Jahres aber müssen wir mit Abstand der ***politischen Großlüge*** vom 21. Mai dieses Jahres zusprechen. Hier ließ die Presselüge Armeen durch Mitteleuropa marschieren, um aus der Tatsache, daß sie **nicht** marschierten, Deutschland in den Augen der Welt nachträglich eine politische Niederlage anzudichten. Man behauptet in aller Welt mit einer Dreistigkeit ohnegleichen, Deutschland habe infolge der diplomatischen Proteste und Aktionen von London und Paris, infolge der entschlossenen Haltung Prags nachgegeben und deshalb seine Soldaten wieder nach Hause geschickt. Tatsache ist, daß der Führer, der sich auf dem Obersalzberg mit ganz anderen Dingen beschäftigte, von seinen angeblichen militärischen Maßnahmen erst durch die Presse erfuhr. ...

Das ist die Lüge als unmittelbares Werkzeug der großen Politik, die skrupellose außenpolitische Regielüge, die zu den furchtbarsten Folgen führen kann. ...

Aus einer anderen Perspektive kommt die reine **Greuellüge**, die hemmungslose Mobilmachung des Hasses und der menschlichen Leidenschaften. Sie verbreitet Abscheu und soll auf die Gemüter wirken. Diese Art der Lüge wurde im Weltkrieg aus der Taufe gehoben und ist seitdem nicht mehr vom Schauplatz der politischen Ereignisse abgetreten. Zur Zeit tobt die politische Greuelhetze wieder besonders stark gegen Deutschland."

Als Beispiel verwies **Dr. Dietrich** auf die tschechische Zeitung '***Narodni Politika***', die davon berichtete, daß eine Fabrik in Husum fette Doggen aus Dänemark importiere, um daraus "*Explosivstoffe wie im Weltkrieg*" herzustellen.

"Hier sehen wir die berüchtigte **Kriegslüge** von der deutschen Leichenfabrik, mit der man den Haß der ganzen Welt gegen uns aufpeitschte, mitten im Frieden bereits von neuem auftauchen. ...



Offiziersanwärter der Bundeswehr anläßlich einer dreiwöchigen Ausbildung in Israel bei einer Besichtigung der Gedenkstätte Jad Vashem/Jerusalem. Man zeigt ihnen hier ein gefälschtes Foto, das in den *Historischen Tatsachen* Nr. 63 S. 34 + 35 unzweideutig schon allein auf Grund der falschen Struktur des Gewehrs und der unmöglichen Händehaltung des "Schützen" als plumpe Zeichnung und Montage zu erkennen ist. Ebenso unzweifelhaft wird dieses Bild, offensichtlich neben etlichen anderen ähnlicher "Qualität" und Herkunft, in der offiziellen israelischen Ausstellung als authentisches Foto eines angeblichen Wehrmachtsoldaten ausgegeben.

U.a. auf diese Weise sollen deutsche Nachwuchs-Offiziere ihre Großväter als Verbrecher begreifen lernen. Nur so seien *"die guten bilateralen Beziehungen"* zwischen den deutschen und israelischen Streitkräften bzw. Völkern zu gewährleisten. *Deutschland-Magazin*, Prien 1998 Nr. 6, Juni S. 41

....

Was der Sprecher der vorstehenden Museums-Führung den Offiziersanwärtern der Bundeswehr erzählt hat, wissen wir nicht, aber ein "Gesinnungsgenosse" jenes Hauses hat die Begründung dafür, daß Geschichte auch mit Fälschungen und freien Erfindungen darzulegen sei, schriftlich in folgende Worte gefaßt:

"Der Direktor des israelischen Holocaust-Museums Jad Vashem, Israel Gutman, hat die Überlegenheit der psychischen Komponente über die reale am Beispiel Benjamin Wilkomirski's klargemacht.[1] *.... Dieser hat sich eingebildet, als Kind in einem Konzentrationslager gelebt zu haben und dann die Welt an seinen erdachten grauenhaften Erlebnissen aus den Nazi-Todeslagern teilhaben lassen. Seine Fantasie wurde so zu einem jüdischen Leid. Gutman hat Wilkomirski's erfundene Geschichten zu authentischem Schmerz erklärt. ...*

Der Schmerz aller Juden und ihrer Gefolgsleute, ihr inneres Erleben ist also das Wichtigste am Holocaust. Er ist authentisches Leiden. Wie Gutman dargelegt hat, gilt das sogar auch dann, wenn der Überlebende keinerlei physisches Weh erlitten und erst nach seiner Geburt jüdische Identität angenommen hat. ... Wo jedoch ein Jude nicht nur psychisch, wie Wilkomirski, sondern auch ganz real an Leib und Leben leiden muß, hat das ein völlig anderes Gewicht als Leiden und Tod von nicht-Juden. Mit Jesu Tod wurde der Tod eines Juden göttliche Offenbarung. Die darauf gegründete christliche Religion gab den Völkern des Abendlandes ihre moralische Orientierung. Christliche Deutungsmacht beruht also auf der Gotterhebung des Leidens eines Juden. Die Moral dieser Religion führte dahin, daß die Naturvölker insbesondere Amerikas zu Bösen (weil ungläubig) erklärt und weitgehend vernichtet wurden. So entstand die derzeitige Rangordnung unter den Völkern. ... Jüdische Leidensfähigkeit ist heilig. ..." [2]

Auch die bekannte **Bazillenlüge** ist wieder auf dem Marsch. **Wickham Steed**, der als einer der übelsten Deutschenhasser seit Jahrzehnten bekannt ist und schon 1915 als Hauptschriftleiter eines großen englischen Blattes das infame Gerücht in die Welt setzte, daß Wilhelm II die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo veranlaßt hätte, verbreitete bereits im Jahre 1934 in der Zeitschrift *'Nineteenth Century'*, London, das Gerücht, Deutschland plane im Fall eines Krieges Paris und London durch Bazillen zu verseuchen. Als Unterlagen bezeichnete Steed geheime Dokumente, die wieder der berühmte »höhere Reichswehrgeneral« preisgegeben habe. Damals schrieb eine französische Zeitung triumphierend:

»Jetzt wissen wir auch, woher die Typhusepidemie im Jahre 1934 kam«.

Vier Jahre nach Steeds Artikel bringt jetzt die französische Wochenschrift *'Chrane'* unter dem 8. Juli 1938 die Nachricht, wonach nach dem Geständnis eines in England verhafteten deutschen Arztes deutsche Sportflieger in England aus 500 Meter Höhe Ratten abgeworfen hätten, die in deutschen Laboratorien mit den verschiedensten Krankheiten infiziert worden seien. ...

Ein Niederländer schreibt:

»Es muß darauf hingewiesen werden, daß in vielen niederländischen Zeitungen täglich über Deutschland gelogen wird, hier brutal, dort heimtückisch und anderwärts dumm. Aber immer mit System. ... In unseren Tages- und Wochenzeitungen finden wir das System der Verhetzung, die kleinliche und haßerfüllte Art des Verschweigens, der Verdrehung, der Nadelstiche, all die unwürdigen redaktionellen Geschreibsel in der Maske der Entrüstung über deutsche Gewalttaten und Unterdrückung. All die Organe der sogenannten 'öffentlichen Meinung' erzählen uns nicht mehr davon, was auf Hunderten von Gebieten in Deutschland geleistet wird, sondern nur das, was zur Bekämpfung des verhaßten Nationalsozialismus dienen kann. ...« ...

Zunächst sind es die getarnten Winkelagenturen und dann -- natürlich mit Vorbehalt -- die großen Büros, die die Nachricht über alle Länder verbreiten. So geht die Lüge um die Welt, und die Völker zollen ihr Tribut. ...

Zur Zeit marschiert ein großer Teil der amerikanischen Presse mit ihrer Lügenhetze gegen Deutschland an der Spitze der Presse aller demokratischen Länder. ..." [3]

---

1) Vgl. *HT* Nr. 81 S. 37 - 38 über dessen erfundene "Leidensgeschichte".

2) David F. Conn, München, 28.12.2001, öffentliches Rundschreiben

3) Gerd Rühle, "Das Dritte Reich", Berlin 1938 Bd. VII, S. 213 - 217. -- Daß auch die letztere Behauptung stimmte, bestätigte der polnische Botschafter in Washington Jerzy Potocki am 12.1.1939 in einem geheimen Schreiben an seinen Außenminister. Dieses Schreiben wurde nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Warschau gefunden und auch (u.a.) vom polnischen Botschafter Graf Edward Raczynski -- gleichermaßen wie die übrigen dort entdeckten und im Deutschen Weißbuch Nr. 3 zusammengestellten polnischen Dokumente -- als authentisch bestätigt. -- Vgl. Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 107 + 347 - 348.

Ein bisher kaum bekanntgewordenes Bemühen

Dem Buch des amerikanischen Professors David Hoggan „The Myth of the 'New History' -- Techniques and Tactics of the Mythologists of American History," Torrance, California 1985, S. 166 - 167 verdanken wir folgenden Hinweis:

„Auf deutsche Initiative war im November 1935 in Paris ein deutsch-französischer Historikerkongreß zusammengetreten. Dies bildete den Beginn eines sensationellen und recht erfolgreichen Versuches, die Darstellung der modernen europäischen Geschichte von 1648 bis zur Gegenwart in den deutschen und französischen Schulgeschichtsbüchern zu koordinieren.. Der lange Bericht befaßte sich mit vielen tragischen Teilungen, die Deutschland und Frankreich in früheren Generationen einander entfremdet haben.

Da war Richelieu's Politik zu beschreiben, die ihren Höhepunkt in der unvorhersehbaren Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg gefunden hatte. Da war auf die räuberische Politik der Gebietsvergrößerung unter Ludwig XIV einzugehen, die Deutschland eine wohlhabende westliche Provinz nach der anderen entriß. Da war die Eroberung der gesamten deutschen Nation durch Frankreich unter Napoleon I aufzuarbeiten, ebenso wie der patriotische Aufstand der Deutschen in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813. Dann gab es den Versuch Napoleons III, Preußen zu zerstören, indem er Österreich und Rußland gegen Bismarck bzw. Wilhelm I zu mobilisieren suchte.

Das tragische Mißverständnis zwischen den beiden Nationen, welches der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1871 folgte, reichte bereits in die Erörterung der Ursachen des Ersten Weltkrieges hinein. Die Ereignisse der Weltkriegskrise, die 1914 zum Selbstmord-Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausarteten, verquickten sich schließlich mit den diktierten Postulaten des Versailler Friedens von 1919. In allen diesen höchst kontrovers zu sehenden Erreignisfolgen gab es dennoch -- mit verhältnismäßig nur wenigen Ausnahmen -- virtuelle Einmütigkeit unter den deutschen und französischen Historikern.

Angesichts dieser und vieler anderer ähnlich bedeutsamer Unternehmungen ist es nicht überraschend, daß der britische Außenminister Lord Halifax schwer damit zu tun hatte, Frankreich zu überreden, an einem neuen unnötigen Selbstmordkrieg gegen Deutschland 1939 teilzunehmen."

Neues zur „Gleiwitzer Senderaffäre" Ende August 1939

Hans Werner Woltersdorf ergänzte die bereits vorhandenen historischen Erkenntnisse vom Überfall auf den Gleiwitzer Sender am 31.8.1939 in einem Schreiben vom 11.7.2000:

„Über Gleiwitz hat bereits Udo Walendy im II. Band seines Buches „Europa in Flammen 1939 - 1945" S. 66 berichtet.

*Meine eigenen Erfahrungen beruhen hingegen auf direktem Kontakt mit **Alfred Naujocks**. Mein Hamburger Bezirksvertreter wohnte dort in der Hutwalkerstr. 20. Das Haus gehörte -- neben andern -- **Alfred Naujocks**. Er besaß Kiesgruben und hatte Ende der 50er Jahre bereits einen beneidenswerten Wohlstand, als ich ihn kennenlernte. Er besuchte mich mit meinem Vertreter in Remagen. Er kam mit der Sprache heraus, daß er in Erwartung eines Gerichtsverfahrens gegen ihn zur Fronttruppe (LAH) versetzt und während der Ardennenoffensive in amerikanische Gefangenschaft geraten war. Anderen Quellen zufolge soll er übergelaufen sein.*

Ich wußte von seinem schriftlichen Geständnis mit dem angeblichen Befehl von Heydrich u. dergl.. Als ich ihm vorhielt, daß andere „Kriegsverbrecher" wegen viel nichtigerer Vergehen bereits aufgehängt wurden, war seine Antwort:

»Was glauben Sie wohl, warum ich noch lebe?«

Er berichtete, daß zwar keine polnischen Soldaten, sondern polnische Freischärler den Sender tatsächlich überfallen hätten. Es waren Bewohner von Oberschlesien. Die Sache sei aber schnell bereinigt worden. Mein Vertreter meinte, daß Naujocks sehr unvorsichtig mit dieser Wahrheit umginge. Tatsächlich war er etwa 5 Monate nach unserer Begegnung gestorben, kerngesund und im besten Alter; offensichtlich ähnlich gestorben wie der letzte Auschwitz-Kommandant Baer.

*Der Überfall auf den Sender Gleiwitz war übrigens um 20.00 Uhr. Der Wehrmacht war jedoch bereits um 18 Uhr der Angriffsbefehl gegen Polen erteilt worden. Laut Aussage von **Ernst v. Weizsäcker** waren etwa 14 bewaffnete Grenzübergriffe in Ostpreußen und Oberschlesien vorausgegangen.*

*In dem (verbotenen) Buch „Hinter den Kulissen" befindet sich ein Kapitel „**Naujocks** und der Überfall auf den Sender Gleiwitz". ...*

Der eh. deutsche Generalleutnant Heinrich Müller

Dokument:

11. September 1950 Streng geheim
Abteilung der Armee, Generalstab, US-Army, Washington, D.C.
G 2/1 WV 198
Person: Der ehemalige deutsche Generalleutnant Heinrich Müller
An: den Kommandierenden General der United States Army, Europa
z.H.: Direktor des Geheimdienstes
APO 403, c/o Postmeister New York

1. Auf besonderen Befehl des Chefs des Stabes der Armee, der auf Befehl des Präsidenten hin tätig wird, sind alle Berichte, die sich auf das Überleben und die Dienstverwendung der oben genannten Person beziehen, direkt mittels Kurier an den Chef des Stabes zu überreichen.

2. Es wird befohlen, dies nicht später als bis zum 30. September 1950 auszuführen und zu ergänzen.

3. Es wird weiterhin befohlen, daß es hierüber keine -- wiederhole: keine -- weitere Diskussion, welche auch immer, weder mündlich noch schriftlich, über die oben genannte Person geben darf, die ab sofort als von höchster Wichtigkeit für die künftige Geheimdienstarbeit und Sicherheitsbelange ist.

4. Laufende Untersuchungen durch das CIC und andere Agenturen über das Verbleiben der o.g. Person sind zwar erlaubt fortzusetzen, doch sollten sich die Informationen zu Andeutungen über die gegenwärtige Verwendung der o.g. Person hin entwickeln, so ist diese Nachricht sofort dieser Behörde zuzuleiten und jegliches Personal, das hiermit befaßt war, zu überprüfen hinsichtlich der Quellen und über die Sicherheitsstufe dieser Nachricht in Kenntnis zu setzen.

5. Es obliegt Ihrer Verantwortung, alle Kommandeure von diesem Befehl zu unterrichten.

Für den Stellvertretenden Chef des Stabes, US.
gez. John Weckerling
Brigadegeneral, OSC
Geheimdienstchef ... (unleserlich)
Streng geheim [4) S. 237]

Zwar ist gegenwärtig die vollständige US-Geheimdienst-Akte von Heinrich Müller zugänglich, doch fehlen jegliche Unterlagen für die Zeit von 1948 - 1960.

"Dennoch gibt es genügend Dokumente und fotografische Nachweise, die deutlich machen, daß Müller während dieser Periode für den US-Geheimdienst gearbeitet hat, und daß Befehle von höchster Regierungs-ebene vorlagen, die strikt jedwede Erwähnung von ihm verboten haben.

Die amerikanischen Behörden haben den Deutschen, die gegen Heinrich Müller 1963 auf Grund eigener Ermittlungen einen Haftbefehl erlassen hatten, niemals irgendeine Information darüber mitgeteilt, was sie über den Verbleib von Heinrich Müller wüßten." [4) S. 232 - 243]

Hingegen sind seine Tagebücher von 1948 -- getippt und mit zahlreichen handschriftlichen Eintragungen versehen -- erhalten geblieben. Sie waren jedoch erst nach seinem Ableben zur Veröffentlichung vorgesehen, da, wie er selbst am 25.5.1950 schrieb, eine vorzeitige Publikation (u.a.) zu seinem sicheren Tod führen würde, wenngleich sie viele nebensächliche private Eintragungen enthielten. Doch sie hätten sein Überleben öffentlich gemacht und damit unkontrollierbare Auswirkungen ausgelöst. Die Niederschriften befanden sich im Besitz seiner begüterten zweiten Gattin Bunny (seine erste Frau in München konnte er aus Sicherheitsgründen nach Kriegsende nie wiedersehen). Bunny hatte sich bereiterklärt, diese Tagebücher 15 Jahre nach seinem Tod (Heinrich Müller verstarb 1983) zur Veröffentlichung freizugeben. Hierbei verpflichtete sie den Herausgeber, ihren Namen nicht preiszugeben.[4) S. 250, 251] Gregory Douglas hat seiner Edition Faksimiles in der Handschrift Heinrich Müllers sowie in getippter Version, aber auch zahlreiche andere Dokumente beigefügt.

Ein näheres Eingehen auf den Inhalt dieser Tagebücher würde zu sehr in die amerikanische Innenpolitik ausufern. Dabei ist zweifellos beachtlich, in welchem Maße es Heinrich Müllers Informationen zu danken war, daß eine Fülle von Sowjetspionen in hohen US-Führungsstellen gefaßt werden konnte. Von der Gestapo "umgedrehte" Männer der "Roten Kapelle" hatten bereits der Reichsführung ein erschreckendes Bild kommunistischer "Metastasen" in nahezu allen Führungskadern der USA enthüllt. Die Beweise wurden US-Präsident Truman vorgelegt. Allein im State Department (Außenministerium) waren 85 Sowjetagenten plaziert, -- mit ihrem Spitzenagenten **Alger Hiss**.[5) S. 130] Etliche von ihnen saßen vorher im 1945 aufgelösten Geheimdienst OSS (Office of Special Services). Auch Roosevelts Sonderbotschafter **Harry Hopkins** stand auf der Lohnliste Moskaus.[4) S. 50] So z.B. auch **Harry Dexter White**, kommunistischer Spitzenagent im Schatzministerium. Er hat dort die Grundlagen für den berüchtigten **Morgenthau**-Plan ausgearbeitet, der zur Aushungerung von mindestens 40 Millionen Deutschen geführt hätte, wäre er vollständig durchgeführt worden. Er verstarb plötzlich an einer Herzattacke, nachdem er wegen Spionage für die Sowjetunion angeklagt worden war. Die US-Atomenergiebehörde, die die Atombombe entwickelte, war in den Füh-

4) Gregory Douglas (Hrsg.), "Müller Journals -- The Washington Years", Vol 1: 1948 - 1950. San Jose, California 1999.

5) Gregory Douglas, "Geheimakte Gestapo-Müller -- Dokumente und Zeugnisse aus den US-Geheimarchiven", Bd. I, Berg 1995.





rungspositionen nahezu vollständig mit emigrierten Juden aus Deutschland besetzt, die alle "solidarische Kampfgenossen" der Bolschewisten waren. Einige von ihnen waren zudem noch besonders aktiv, indem sie ihre sowjetischen Freunde zusätzlich zu dem weiten Ausmaß der von Roosevelt gebilligten Informationen auch noch verbotenerweise mit streng geheimen wissenschaftlichen Unterlagen versorgten.

"Etliche dieser nahezu täglich nach Rußland gesandten Meldungen wurden per Rundfunk übermittelt, wie ich von meinen Abhördiensten her weiß, und der Rest einschließlich aktueller Ausrüstungen wurde per Diplomatengepäck auf die Halifax-Convois verbracht." [4] S. 75

In den Vereinten Nationen befanden sich annähernd 30 US-Bürger, die Mitglieder verschiedener kommunistischer Zellen waren, weitere 30 ehemalige Spione und 20 kommunistische "Maulwürfe" aus anderen Ländern.[4] S. [illegible]

Die Rückschau in seine deutsche Amtszeit ist sachlich gehalten; Heinrich Müller konnte nicht "umgedreht" werden. Er gesteht "erfundene Geschichten" in seinen Gesprächen mit dem US-Interrogator während seiner Anwerbung in der Schweiz 1948. Sie gewährleisteten sein Überleben.

Gregory Douglas schließt seine Veröffentlichung mit einem Hinweis auf die Fundstellen seiner Unterlagen:

"Informationen über Müller und seine früheren Gestapo-Mitarbeiter, die nach Ende des Krieges in die Vereinigten Staaten kamen, befinden sich in den Aktenbeständen des National Archivs. »Operation Applepie« war ein gemeinsames amerikanisch-britisches Projekt für den Einsatz früherer Gestapo- und SD-Angehörigen. Obgleich sie (aus einsehbaren Gründen) immer noch als »streng geheim« klassifiziert sind, können diese Akten ausfindig gemacht werden in: P & O File 311.5 TS (Sections I, II und III), 1948 in den streng geheimen Zehner-Gruppen-Akten, Berichte des Armee-Generalstabes, RG 319. Diese befinden sich in dem Suitland Archiv, einer Außenstelle des National Archivs. Die Unterlagen über Heinrich Müllers Nachkriegskarriere in der US-Armee befinden sich in den National Archiv-Berichten, die in St. Louis, Missouri aufbewahrt werden." [4] S. 266

Weiteres Dokumentationsmaterial über Heinrich Müller befindet sich im Fort George Meade in Maryland unter der Registratur XE 235539 WJ. Im März 1998 wurden die dortigen Akten freigegeben, allerdings blieb Etliches aus Geheimhaltungsgründen geschwärzt.[4] S. 219

Der 1998 von Gregory Douglas in Kalifornien herausgegebene 3. Band der Befragungen im Jahre 1948 in der Schweiz unterscheidet sich vom ersten Band aus 1995 infolge seiner Sachlichkeit erheblich. Hier wird auch die korrekte Basis deutlich, die die US-Behörden bewogen haben, die Gefahr des Kommunismus für Deutschland sowohl in den 20er als auch 30er Jahren nüchtern einzuschätzen. Waren auch den Amerikanern die zahlreichen kommunistischen Umsturzversuche innerhalb des Reiches während der Weimarer Republik bekannt, so haben sie auch später durchaus von kommunistischen Praktiken Kenntnis genommen, die sie selbst verabscheuten, die aber von der Roosevelt-Administration aus politischen Gründen verheimlicht wurden. Erst nach 1945 sahen sie ein, daß die revolutionären Aufstände im Ruhrgebiet, in Hamburg, Thüringen, Sachsen und Bayern realer Bürgerkrieg war und die Reichswehr Mühe hatte, die Kommunisten niederzukämpfen. Gleichermaßen real waren aber auch die 20.000 Geheimagenten Moskaus, die zurückblieben und denen die Weimarer Politiker weitgehend tatenlos gegenüberstanden, die sich indessen bis zur Machtergreifung Hitlers 1933 auf über 30.000 vermehrt hatten. Nur mit außergewöhnlichen Mitteln konnten sie wirkungslos gemacht werden. Maßgebende Kräfte der Truman-Administration bekundeten ihren Respekt vor der gelungenen Ausschaltung dieser Gefahr durch die NSDAP. Analoges nachzuvollziehen stand den USA in ihrem eigenen Land nach ihrem Sieg über Deutschland erst noch bevor.

Auch dem keineswegs ns-vorgeprägten Heinrich Müller war die Rücksichtslosigkeit der gegen Deutschlands Existenzgrundlagen vorgehenden, hauptsächlich kommunistischen, von Moskau aus ferngesteuerten Staatsfeinde dienstlich bekannt. So wußte er, daß diese Staats- und Volksfeinde sich in allen deutschen Parteien -- außer der NSDAP -- und gesellschaftlichen Organisationen, sogar führenden Regierungsämtern nach dem Ersten Weltkrieg eingenistet haben. So war es auch für ihn selbstverständlich geworden, gleichartige Methoden der Aufklärung und Bekämpfung für geboten zu erachten. Im Gegensatz zu Roosevelt hatte Truman dafür Verständnis.

Die Methoden der Tscheka, Komintern, GPU, des nachfolgenden NKWD ließen sich freilich nicht mit der Gestapo

vergleichen oder von dieser übernehmen. Auch dies hatte Truman 1945 oder kurz danach offensichtlich eingesehen.

Weder besaß die Gestapo als Informations- oder Vollstreckungsbehörde analoge Vollmachten wie GPU/NKWD mit ihrer Allmacht zur Liquidierung oder Verbannung ganzer Familien und Dorfgemeinschaften schon zu Friedenszeiten, noch konnte sie in die Wehrmacht oder Außenpolitik noch in andere Zweige der Verwaltung bestimmend einwirken. Man denke nur an die später entdeckten GPU/NKWD Mordstätten innerhalb der sowjetischen Botschaften in Berlin und Paris sowie anderweitige Auftragsmorde bis hin zu den Massenmorden in Katyn und anderen Plätzen an über 15.000 gefangenen polnischen Offizieren.

Niemals hatte der Gestapochef Vollmacht für Willkürhandlungen, geschweige denn für den bolschwistischen Führungsverhältnissen vergleichbare. Keine noch so intensive Gegenpropaganda vermag diesen Sachverhalt aus der Welt zu schaffen. Die Rechtsvorschriften des Dritten Reiches -- und somit auch die Einbettung der Gestapo in diese -- hat den Lebensnotwendigkeiten der Bürgerkriegsverhältnisse von 1932/1933 entsprechend harte, aber überschaubare und weitgehend verläßliche Bedingungen geschaffen und jeden Amtsträger verpflichtet, Rechtsvorschriften einzuhalten. Die Tatsache, daß bis zur Stunde die Dokumente über die Konzentrationslager des Dritten Reiches -- zumindest in ihrer überwiegenden Mehrzahl -- noch nicht freigegeben worden sind, bestätigt diesen Sachverhalt, widerlegen doch offensichtlich jene Dokumente die gewünschte, einseitig gegen Deutschland ausgerichtete Propaganda.

Die sich bis zum Exzeß grausamster Art eskalierende Entwicklung der alliierten Kriegführung in den Jahren von 1941 bis 1945 verschärfte zweifellos die Gegensätze in den Auffassungen darüber, was dem Lebensrecht des deutschen Volkes zufolge geboten ist: -- Fortsetzung des Krieges trotz ausweglos gewordener Lage und damit äußerste Durchsetzung aller hierfür geeigneten Maßnahmen -- oder bedingungslose Kapitulation gegenüber Reichsfeinden, die ihren Kampf zur Vernichtung des deutschen Volkes führten. Parteiverbundenheit spielte in dieser Situation keine Rolle mehr. Die Volkszugehörigkeit und -verbundenheit hat das Schicksalsgeschehen total überlagert. In dieser Erkenntnis waren sich Hitler und Heinrich Müller bis zum letzten Tag einig.

Zeitige Kenntnis geheimer Gespräche Roosevelts

Gestapo-Chef **Heinrich Müller** erhielt seine Kenntnisse über die Arbeitsweise und Organisationsstrukturen der sowjetischen Spionage- und Sabotageringe hauptsächlich von gefaßten sowjetischen Agenten und Saboteuren, die er "umzudrehen" verstand, aber nicht etwa mit Prügel und Folter, sondern mit geschickter Behandlung. Bekannt ist die Zerschlagung der "Roten Kapelle", einer von Stalin langfristig vor dem Krieg in ganz Europa aufgebauten und gegen alle europäischen Staaten gerichteten "Schlaforganisation" von Agenten und Saboteuren. Ihre Solisten begannen erst nach dem 1. September 1939, vielfach sogar erst nach Beendigung des Frankreichfeldzuges im Sommer 1940 zu "spielen" bzw. nach Moskau zu funken. Daher waren sie auch kaum vorher auszuheben.

Weniger bekannt ist, daß mittels hauptsächlich eines "umgedrehten" Sowjetagenten, eines in Frankreich operierenden Deutschen namens Robinson, die Gestapo auch noch weitere Sowjetagenten "umdrehen" konnte und reichlich Informationen über die Agenteninfiltration in den Vereinigten Staaten erhielt. Diese Kenntnisse konnten sich allerdings in keiner deutschen militärischen Erfolgsbilanz niederschlagen, da die Kräfte des Reiches für eine Auseinandersetzung mit den USA ohnehin nicht ausreichten. Dennoch machten sie deutlich, welche politische Unbedarftheit in den höchsten US-Führungsebenen herrschte und mit welcher moralischen Entwurzelung dort Entscheidungen weltpolitischen Ausmaßes getroffen wurden.

Heinrich Müller behandelte in seinen Nachkriegsaufzeichnungen die Mitschnitte und Entcodierungen der persönlichen Telefongespräche zwischen Roosevelt und Churchill. Das Mitschneiden war von einem Küstenort in Holland erstmals am 7. September 1941 gelungen, die Entschlüsselung des US-Code bereits Ende 1940.

Die Reichsführung verfügte auf diesem Wege und dank der Schwatzhaftigkeit des kommunistenhörigen US-Vizepräsidenten Henry Agard Wallace über ausführliche Berichte von Roosevelts wichtigsten Beschlüssen, "*sobald er sie getroffen hatte*".[5) (S. 52)] Und dieser Informationsstrom datiert schon etliche Monate vor Kriegseintritt der USA zurück. Mit anderen Worten: Adolf Hitler war bereits langfristig selbst über geheime Kriegs- und Aggressionsabsichten und -maßnahmen Roosevelts unterrichtet, obgleich die der Öffentlichkeit damals zugänglich gewesenen Informationenüber Presse, Rundfunk usw. die Grundlagen seiner strategischen Schritte ohnehin klar erkennen ließen. Doch dem kriegswütigen US-Präsidenten war nicht auszuweichen.

Das Wissen um die geheime Entscheidung Roosevelts im April 1942, Giftgas und Milzbrand-Erreger in großem Umfang gegen Deutschland einzusetzen, war für deutsche Abwehrmaßnahmen von Bedeutung. So hat andererseits die in die USA gelangte Nachricht, daß Deutschland hochgiftige Nervengase wie Tabun, Sarin und Soman entwikkelt und in Vorräten angelegt hatte, die US-Vorbereitungen für die Giftgas- und bakteriologischen Waffen nachhaltig gedämpft, jedenfalls in den Jahren 1942 bis1944. Dies geht aus der Sicherheitsakte des US-Kriegsministers im Washingtoner Nationalarchiv hervor.

Heinrich Müller hebt die Entwicklungsabläufe kurz vor

dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor in Hawaii Anfang Dezember 1941 hervor; aber auch den offensichtlich von Winston Churchill veranlaßten Flugzeugabsturz des polnischen Exil-Ministerpräsidenten **Wladyslaw Sikorski**, der dem britischen Premier -- abgesehen von dem Streitgegenstand der polnischen Ostgrenzen -- besonders wegen seiner unnachgiebigen Haltung zur Aufklärung der aufgedeckten Katyn-Morde hinderlich geworden war.

Die Argumente, die Roosevelt gegen die Ermordung von Sikorski vorbrachte, waren seine Sorge vor dem Verlust von polnischen Wählerstimmen und seine Empörung, daß ihm Churchill eine früher zugesagte Befürwortung eines solchen Mordes unterstellte.

" '*Ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, daß Sikorski beseitigt werden sollte. Ich stimmte lediglich mit Ihnen und »Uncle Joe« darüber überein, daß Sikorski ein sturer Unruhestifter war, der im Trüben fischte. Sicherlich stimmte ich zu, daß man ihm Zügel anlegen sollte. Er war immerhin völlig von unserer Gutmütigkeit hinsichtlich seines weiteren Lebens abhängig. Aber wie sich nun herausgestellt hat, bekomme ich deswegen mehr Druck, als mir lieb ist. Die polnischen Stimmen in Chicago sind wichtig. Ich brauche alle Stimmen, die ich bekommen kann. ...*

Ich wiederhole, daß ich vorher keine Kenntnis davon hatte. ... Daß sein Ende vorhersehbar war, will ich nicht bestreiten. Aber ich will nicht, daß Sie mich der vorherigen Kenntnis von diesem glücklichen Unfall bezichtigen. Einer meiner vertrautesten Berater sagte, als er von diesem Unfall erfuhr, daß die meisten Leute, die nicht Ihrer Meinung sind, tödliche Flugzeugunfälle zu haben scheinen. Sicherlich könnte man das Schema ändern? Schiffe, die schließlich untergehen. Ich erinnere an die Lusitania.'



US-Staatssekretär (Außenminister) Hull (li), Unterstaatssekretär Sumner Welles + Assistant Secretary Adolf Berle am 5.9.1939 auf der Executive Avenue in Washington, um die Neutralitätserklärung (im Arm von Berle) von Roosevelt unterzeichnen zu lassen. Die langfristigen Bemühungen des Ausschusses unter Vorsitz von Senator Russell Nye, die zur Durchsetzung des Neutralitätsgesetzes vom 13.8.1935 geführt haben, um die Vereinigten Staaten nicht noch einmal von privaten Kräften der Hochfinanz und Rüstungsindustrie in einen auswärtigen Krieg hineinzwingen zu lassen -- so wurde es im *Congressional Record* veröffentlicht --, währten unter F.D. Roosevelt im September 1939 nur wenige Tage, bis dieser, aufbauend auf den Erfahrungen der Wilson-Ära und mit den gleichen Kräften alles in viel größeren Dimensionen wiederholte.



US-Präsident F.D. Roosevelt mit seinem schwatzhaften Vizepräsidenten Henry Agard Wallace Ende 1940

Churchill:

'*Ja. Aber man kann sich bei einer solchen Tragödie schwimmend retten. Bei einem Flugzeugunfall ist es ziemlich schwierig, davonzukommen. ...*'

Roosevelt:

'*Immerhin ist es schade, daß Joe Kennedy in England (US-Botschafter in London, -- d. Verf.) nicht mit dem Flugzeug reist. ... Ein gefährlicher Mann, Winston, aber für so etwas ist er zu einflußreich. Nun, Ihr habt Eure Herzöge von Windsor und Kent, und ich habe Joe Kennedy. Ich vergesse nie, was diese Kreatur gegen mich gesagt und getan hat. Ich vergesse es seinem Sohn nie, daß er es gewagt hat, mich beim Konvent (der Demokraten, -- d. Verf.) offen herauszufordern.*' " 5) (S. 115 - 116)

Dies war der Stil der beiden "Humanisten". Joe Kennedy hatte sich nachdrücklich gegen Roosevelts Kriegspolitik und die militärische Unterstützung Englands zu einer Zeit verwahrt, als die USA offiziell neutral waren.

Weiteres Thema zwischen Roosevelt und Churchill war die Absprache über die Verfahrensweise nach der Inhaftierung "*des Oberteufels*" Benito Mussolini im Juli 1943 und das Bemühen, Italien auf die Seite der Alliierten zu ziehen. Man beriet sich, Mussolini nach einem Prozeß umzubringen. Über diese Informationsquelle konnte sich die Reichsführung zeitig auf den Frontwechsel Marschall Badoglios einstellen.

Vereitelter Sonderfrieden mit Stalin-Opposition 1942/1943

Dem aufschlußreichen Buch von **Fritz Becker** "Stalins Blutspur durch Europa", auf das in den ***HT*** schon mehrfach hingewiesen worden war, ist ein Vorfall während des Rußlandfeldzuges zu entnehmen, der nicht der Vergessenheit anheimgegeben werden sollte: Die Unterdrückung von Informationen durch deutsche Verschwörer-Offiziere des OKH-Fremde Heere Ost über einen mit russischen Spitzenfunktionären und deutscher Hilfe eventuell möglich gewesenen Umsturz im Kreml mit dem Ziel eines Sonderfriedens zwischen Deutschland und der UdSSR im Herbst 1942 -- ein Vierteljahr vor der Stalingrad-Katastrophe.[6]

Hauptakteur dieses Hochverrats auf deutscher Seite war:

Gustav Hilger, in Moskau geboren, fließend russisch sprechend, bis zum Beginn des Rußlandfeldzuges im Juni 1941 Botschaftsrat und Dolmetscher bei der deutschen Botschaft in Moskau, *"die ein wahres sowjetisches Agentennest war"* (schon Ende August 1939 verriet dort Botschaftssekretär **Herwarth von Bittenfeld** -- offenbar mit Wissen und Billigung des Botschafters **v.d. Schulenburg** -- die deutsch-sowjetischen Geheimprotokolle an **Charles E. Bohlen**, den späteren Dolmetscher **Roosevelts**).[6) S. 366]

"Schon im April 1941 hatte er (**Hilger**) *in der Moskauer Residenz des Botschafters von der Schulenburg dem Sowjetbotschafter und gleichzeitigen Stellvertretenden Außenminister **Dekanossow** in Gegenwart des Stalin-Dolmetschers **Wladimir Pawlow** den deutschen Offensiv-Termin 22. Juni 1941 verraten."* [6) S. 366]

Er wurde von der deutschen Abwehr nie ausgehoben, wußte er sich doch stets durch markige ("150-prozentige") NS-Sprüche zu tarnen. Hilger war nach Austausch der deutschen und russischen Diplomaten zur Betreuung der sowjetischen Freiwilligen-Verbände des "Komitees zur Befreiung der Völker Rußlands" von General **Wlassow** eingesetzt. In dieser Eigenschaft hatte er sowjetische Kriegsgefangene, speziell Offiziere, zu verhören. Fritz Becker sagt ihm nach, auch während des Rußlandfeldzuges noch geheime Verbindungen zu den Westalliierten unterhalten zu haben. Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete verwies in einem Brief an den Reichsaußenminister v. Ribbentrop vom 20.1.1945 (Az.: 1489/45, geheime Reichssache) auf diese Feindkontakte Gustav Hilgers. Alfred Rosenberg kennzeichnet dort diesen Botschaftsrat

"als probolschewistischen Agenten, der Verbindungen zu Roosevelts persönlichem Berater Emil Ludwig (Cohn) unterhalte, diesen auch in der Schweiz kontaktiert habe." [6) S. 365 + 371]

Nach Kriegsende gelangte Gustav Hilger in US-Gefangenschaft, verblieb 7 Jahre in den USA, kehrte etwa 1952 nach Deutschland zurück und landete beim Bonner Auswärtigen Amt als Osteuropaberater in seinem früheren Rang als Botschaftsrat. Er verstarb um 1957.

Gustav Hilger leitete die hier zur Debatte stehende Vernehmung der vier Sowjetoffiere

General **Andrej Andrejewitsch Wlassow** (1941/1942 Verteidiger von Kiew und Moskau, dann zum Oberbefehlshaber der 2. Stoßarmee ernannt, die im Wolchow-Kessel eingeschlossen worden war),

Oberst **Wladimir Bojerski** (Kommandeur der 41. Gardedivision),

Politkommissar **Georgij Nikolajewitsch Schilenkoff** und

Politkommissar Oberst **Josef Kerness**

am 7. August 1942 in Feldmark/Winniza und verfaßte hierzu nachstehendes Protokoll vom 8.8.1942, das hier in verbessertem Nachdruck wiedergegeben ist (Fritz Becker hat dies als Faksimile wiedergegeben; eine Aufzeichnung über Schilenkoff fehlt hier freilich).

Doch zuvor sei noch aus anderer Quelle bestätigt, daß Wlassow, Bojersky und Schilenkoff kurz nach ihrer Gefangennahme eine Denkschrift verfaßt und darin die Aufstellung einer russischen Befreiungsarmee an deutscher Seite zur Bekämpfung des Stalinismus vorgeschlagen haben. Auch deutschen Armeeführern, u.a. Feldmarschall v. Kluge, haben sie diese Gedanken zum Ausdruck gebracht. Ziel sollte ein unabhängiges Rußland sein. Diese von Anfang an sehr bedeutenden Informationen haben die Vernehmungsoffiziere und ihre Vorgesetzten als "eine verdünnte Mischung aus liberaler und bolschewistischer Ideologie" charakterisiert.

"Dem »Führer« wurden alle diese Berichte ferngehalten." [7) S. 194]

Freilich war zumindest Wlassow inzwischen schon so bekannt, daß er wenigstens mit Propagandaaktionen unterstützt und schließlich auch zum Chef einer »Russischen Befreiungsarmee« (ROA) ernannt wurde, die allerdings erst mit zweijähriger Verspätung wirksam werden konnte.

Abgesehen von einer in der Tschechoslowakei zu den Russen übergelaufenen Division ging er gegen Kriegsende mit 100.000 Mann seiner Truppen in amerikanische und britische Gefangenschaft. Die Westmächte lieferten sie alle den Russen aus, was ihren sicheren Tod bedeutet hat.

---

6) Fritz Becker, "Stalins Blutspur durch Europa", Kiel 1995, S. 360 - 378.

7) Werner Rings, "Leben mit dem Feind, Anpassung Widerstand in Hitlers Europa 1939 - 1945", München 1979.

Aufzeichnung

Betrifft: Vernehmung von kriegsgefangenen sowjetischen Offizieren.

2 Anlagen

Am 7. August 1942 wurde mir von militärischer Seite Gelegenheit geboten, mich mit drei kriegsgefangenen Sowjetoffizieren eingehend zu unterhalten.

Dies waren:

1) General **Andrej Wlassow**, Befehlshaber der von uns im 'Wolchow-Kessel' vernichteten Sowjetarmee,

2) Oberst **Wladimir Bojerski**, Kommandeur einer sowjetischen Division, gefangen bei Charkow am 26.6.42,

3) Regimentskommissar **Josef Kerness**, übergelaufen bei Charkow am 18.6.42.

Die Unterredungen ergaben im einzelnen nachstehendes.

1) General **Wlassow** ist 1901 in Zentralrußland geboren. Er macht den Eindruck einer starken und aufrechten Persönlichkeit. Sein Urteil ist ruhig und abgewogen.

Zur Frage des von Stalin beabsichtigten Angriffs gegen Deutschland erklärte Wlassow, daß solche Absichten zweifellos bestanden hätten. Die Truppenkonzentrationen in dem Bezirk von Lemberg deuteten darauf hin, daß ein Schlag gegen Rumänien in Richtung auf die Ölquellen geplant war. Die in der Gegend von Minsk versammelten Verbände waren dazu bestimmt, den unvermeidlichen deutschen Gegenstoß aufzufangen. Auf einen deutschen Angriff wäre die Rote Armee nicht vorbereitet gewesen. Trotz aller Gerüchte über entsprechende deutsche Maßnahmen habe in der Sowjetunion niemand an eine solche Möglichkeit geglaubt. Bei den sowjetischen Vorbereitungen habe man die eigene Offensive im Auge gehabt, dagegen seien Defensivmaßnahmen sehr im Rückstand geblieben. Diese Tatsache in Verbindung mit der »idiotischen« Führung sei die Ursache der ersten großen Niederlagen. Stalin bilde sich ein, ein großer Heerführer zu sein und alles besser zu wissen. Die militärischen Führer seien durchweg Mittelmäßigkeiten, unter denen Timoschenko besser sei als die anderen. Woroschilow sei unbegabt, Schaposchnikow alt und verbraucht, Weretzkow ein Analphabet.

General Wlassow hat Stalin im März anläßlich einer Beratung im Kreml zum letzten Mal gesehen, wobei dieser u.a. grobe und taktlose Bemerkungen über zwei Führer der Roten Armee (Kirponos und Shukow) gemacht habe. Es wage aber niemand, ihm zu widersprechen.

In seiner 22-jährigen militärischen Laufbahn hat sich General Wlassow nur mit Mühe durchsetzen können, da er von Haus aus Absolvent eines geistlichen Seminars ist und erst 1930 in die Partei aufgenommen wurde. Trotz seines Aufstiegs in der Roten Armee hat er sich mit dem politischen System in der Sowjetunion und den Methoden ihrer Machthaber innerlich niemals abfinden können. Der Verlauf des Krieges und die von Stalin gemachten Fehler haben ihm endgültig die Augen darüber geöffnet, daß das System das Land in den Abgrund treibe. Trotzdem will Wlassow nicht zugeben, daß die Rote Armee geschlagen ist und die Sowjetregierung infolge des Verlustes der wichtigsten industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete keinen langen Widerstand mehr leisten kann. Wlassow scheint wirklich davon überzeugt zu sein, daß weder die Kräfte der Roten Armee noch die wirtschaftliche Potenz der Sowjetunion endgültig erschöpft sind. Obwohl sich Wlassow über die Notlage auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der fortschreitenden Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung durchaus im klaren ist, hält er es trotzdem für ausgeschlossen, daß Stalin nachgeben oder von innen heraus gestürzt wird. Die von der Sowjetregierung ausgeübte Propaganda habe es fertiggebracht, jeden Russen davon zu überzeugen, daß Deutschland die Eigenexistenz Rußlands vernichten und es zu einer Kolonie degradieren wolle. Die Widerstandskraft des russischen Volkes könne nach seiner Ansicht nur gebrochen werden, wenn man ihm nachweise, daß Deutschland keine solchen Absichten verfolgt, vielmehr gewillt ist, Rußland und die Ukraine etwa in Form von Protektoraten eine Eigenexistenz zu gewährleisten. Auf dieser Grundlage würden sehr viele russische Kriegsgefangene unter deutscher Führung begeistert in den Kampf gegen das verhasste Stalinregime eintreten. Für ihn, Wlassow, und die Mehrzahl der anderen kriegsgefangenen Sowjetoffiziere bedeute der deutsche Sieg die Voraussetzung für ihre weitere Existenz, denn von seiten der Sowjetregierung erwarte sie nur noch der Tod. Sie wünschten daher nichts sehnlicher, als den Sturz der Sowjetregierung und einen Sieg der deutschen Waffen. Andererseits können sie sich aber nicht vorstellen, daß dieser Sieg allein durch die deutschen militärischen Machtmittel erzwungen werden könne.

In diesem Zusammenhang äußerten sowohl General Wlassow, als auch besonders der Oberst Bojersky übertriebene Vorstellungen von den militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der USA und Englands. Diese Vorstellungen sind eine direkte Folge der entsprechenden sowjetischen Propaganda, und es ist bezeichnend, wie intensiv diese auch auf kritisch veranlagte Gemüter zu wirken vermag. Um einen Sieg über Stalin zu erringen, ist es nach Ansicht der beiden Offiziere notwendig, die kriegsgefangenen Russen im Kampf gegen die Rote Armee einzusetzen. Nichts vermöge die Rotarmisten stärker und nachhaltiger zu beeindrucken, als das Auftreten russischer Verbände an der Seite der deutschen Truppen. Zur Ermöglichung eines solchen Einsatzes sei es erforderlich, ein entsprechendes russisches Zentrum zu schaffen, das dazu berufen wäre, die in weiten russischen Kreisen und bei der Führung der Roten Armee bestehenden Befürchtungen hinsichtlich der deutschen Kriegsziele zu zerstreuen, diese Kreise von der Nutzlosigkeit eines weiteren Widerstandes zu überzeugen und damit Stalin die Fortführung des Krieges unmöglich zu machen. Auf den Trümmern der Sowjetunion würde dann ein neues russisches Staatswesen entstehen, das in engstem Bündnis mit Deutschland und unter dessen Führung an der Neuordnung Europas mitwirken würde.

Ich habe den Sowjetoffizieren eindeutig gesagt, daß ich ihren Gedankengängen nicht folgen könne. Rußland habe sich seit 100 Jahren als eine ständige Bedrohung Deutschlands erwiesen, gleichgültig, ob es zaristisch war oder bolschewistisch wurde. Es läge nicht im deutschen Interesse, ein Wiedererstehen der russischen Eigenstaatlichkeit auf Grund großrussischer Aspirationen zu fördern.

Die Sowjetoffiziere entgegneten, daß zwischen einem selbständigen russischen Staatswesen und einer Kolonie noch verschiedene andere Lösungen denkbar wären, wie z.B. die eines Dominions, eines Protektorats oder Schutzstaates mit zeitweiliger oder ständiger deutscher militärischer Besetzung. Entscheidend wäre jetzt die Frage, ob die Möglichkeit bestehe, die Russen von der Vorstellung zu befreien, daß Deutschland beabsichtige, ihr Land zu einer Kolonie zu degradieren und sie selbst in Arbeitssklaven zu verwandeln. Solange diese Furcht lebendig sei, würde der Widerstand der Roten Armee bis zur völligen Erschöpfung der verfügbaren Mittel fortdauern. Den Hinweis, daß diese Mittel bereits jetzt am Ende seien, wollen die beiden Offiziere nicht gelten lassen und vertraten die Ansicht, daß man sich in Deutschland über die wehrwirtschaftliche Kapazität des Urals und Sibiriens kein richtiges Bild mache. Den Ausfall des Baku-Öls würde nach ihrer Überzeugung die Ölgewinnung zwischen Ural und Wolga in einem für einen Defensivkrieg ausreichenden Umfange wettmachen.

General Wlassow und Oberst Bojersky haben vorstehende Gedankengänge in einem Memorandum niedergelegt, das mir von Herrn Oberstleutnant i.G. von Roenne in deutscher Übersetzung zur Verfügung gestellt wurde. Es liegt in der Anlage bei.

2) Oberst **Bojerski** stammt aus der Ukraine, wo er 1899 geboren ist. Er hat vor der bolschewistischen Revolution eine russische Realschule absolviert und ein halbes Jahr in der alten zaristischen Armee gedient. Im Jahre 1922 absolvierte er eine Offiziersschule und studierte anschließend Volkswirtschaft an der Universität in Smolensk. Bojersky macht einen zivilisierten Eindruck. Sein Auftreten ist taktvoll, seine Ausdrucksweise verrät Geist und Bildung. Er war längere Zeit Ia eines Armeekorps und zuletzt Divisionskommandeur. Seine Beförderung zum General scheiterte daran, daß er als Sohn eines wohlhabenden Bauern nicht in die Partei aufgenommen wurde.

Zu den Angriffsabsichten der Sowjetregierung gegen Deutschland erklärte Bojersky, die Vorbereitungen hierzu wären im Sommer 1941 soweit gediehen, daß der Kreml vielleicht schon im August-September 1941, spätestens aber im Frühjahr 1942 losgeschlagen hätte. Die Rote Armee hätte sich dann in »südwestlicher Richtung«, d.h. gegen Rumänien in Bewegung gesetzt. Deutschland sei der Sowjetregierung zuvorgekommen, der die Eröffnung der Feindseligkeiten von seiten Deutschlands völlig unerwartet gekommen sei.

Zur gegenwärtigen Sachlage entwickelte Bojersky die gleichen Gedankengänge wie General Wlassow. Auch er wollte die Tatsache nicht gelten lassen, daß die Sowjetunion am Ende ihrer Kräfte ist. Auch er hält an der Auffassung fest, daß die Rote Armee und das russische Volk sich von der Nutzlosigkeit der Fortsetzung des Krieges erst dann überzeugen lassen werden, wenn ihnen die Befürchtung genommen wird, daß Deutschland Rußland in eine Kolonie verwandeln wolle. Stalin habe infolge der dauernden Niederlagen, für die er verantwortlich gemacht würde, jede Popularität in der Armee verloren. In den breiten Volksmassen wäre das Sowjetregime stets verhasst gewesen. Die Widerstandskraft der Roten Armee und des russischen Volkes würde daher unweigerlich sofort zusammenbrechen, wenn sie aus der Fixierung der deutschen Kriegsziele und aus dem Einsatz russischer Formationen an der Front erkennen würden, daß ihre Befürchtungen unbegründet sind.

3) Der Regimentskommissar **Kerness** ist 1910 in Kirowograd geboren. Er hat eine gute Schulbildung genossen. Sein Auftreten ist bestimmt und gewandt, jedoch nicht vertrauenerweckend. Er ist seit 1932 in der Partei. Bis 1941 war Kerness Mitarbeiter der obersten Politischen Führung der Roten Armee in Moskau, anschließend politischer Kommissar eines Regiments. Kerness erklärte, daß er übergelaufen sei, weil er von russischen oppositionellen Elementen den Auftrag erhalten hätte, auf deutscher Seite die Möglichkeit des Abschlusses eines Separatfriedens zu erkunden. Auf die Frage, wer die betreffenden Personen seien, nannte Kerness einige nichtssagende Namen, behauptete aber, daß zahlreiche bekannte Persönlichkeiten sowie einflußreiche Mitglieder der Sowjetregierung mit der Politik Stalins nicht einverstanden seien und unter der Voraussetzung, daß Deutschland sich bereiterkläre, unter annehmbaren Bedingungen einen Separatfrieden mit Rußland abzuschließen, Stalin stürzen und in Verhandlungen mit der Deutschen Regierung eintreten würden. Nach diesen Persönlichkeiten befragt, nannte Kerness Namen wie Molotow, Kalinin, Potjomkin, Schaposchnikow, Timoschenko u.a.. Alles Nähere hierzu will Kerness schriftlich niedergelegt und den militärischen Stellen in Charkow übergeben haben. Nach diesen Schriftstükken wird zurzeit von dem zuständigen Sachbearbeiter im OKH gefahndet. Ein Schreiben des Kerness an den Herrn Reichsaußenminister ist in der Anlage beigefügt.

Weder meine Unterredung mit Kerness noch der Inhalt seines Schreibens an den Herrn Reichsaußenminister vermochten mich davon zu überzeugen, daß hinter den Mitteilungen des Kerness mehr steckt, als seine starke persönliche Vitalität und die Sucht, sich persönlich hervorzutun. Ich habe Kerness entsprechend behandelt und ihm gesagt, daß der Zeitpunkt für die Beendigung des Krieges nicht von den Wünschen der russischen »Opposition« abhängig sei, sondern von den deutschen Kanonen bestimmt werden würde.

Das Urteil des Generals Wlassow und den Obersten Bojersky über Kerness ist zurückhaltend, jedoch nicht ablehnend. Sie bezeichnen ihn als intelligent und brauchbar.

Der Gegensatz zwischen den beiden Offizieren und Kerness besteht darin, daß erstere einen Umsturz in der Sowjetunion oder auch nur eine Palastrevolution im Kreml für unwahrscheinlich halten, während Kerness behauptet, die Opposition gegen Stalin sei bereits so stark fortgeschritten, daß man sie mit dem von ihm vorgeschlagenen Mittel (Separatfrieden mit Deutschland) in den Sattel heben könne. Schlüssige Beweise für die Richtigkeit seiner Auffassung blieb Kerness vorerst schuldig. Dagegen liegen günstige Erfahrungen mit dem von den Offizieren angestrebten Einsatz russischer Formationen im Kampf gegen die Bolschewisten bereits vor.

Feldmark, den 8. August 1942.

gez. Hilger

Rittmeister v. **Etzdorf**, Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes Berlin im OKH, hat kurze Zeit später, unabhängig von den Vernehmungen Hilgers, ähnlich lautende Berichte an das Auswärtige Amt weitergeleitet. Sie tragen die Aktenzeichen 2074/42 und 3139/42. Sie enthalten die Aussagen von

dem Kommandeur des 1. selbständigen Schützenkorps, Oberst **M. M. Schapowalow**,

dem Kommandeur der 126. Schützendivision, Oberst **Ssarokin** und

dem Kommandeur der 1. Luftlandebrigade, Oberstleutnant **Tarasoff**.

Diese bei Maikop im Kaukasus gefangengenommenen Offiziere der Roten Armee waren am 2. und 17. September 1942 verhört worden und sagten übereinstimmend aus, eine russische Armee sei auf deutscher Seite gegen das verhaßte Stalin-Regime aufzustellen, um mitzuhelfen, das Sowjetsystem zu stürzen.

"Alle seien nur vom Gedanken beseelt, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und zwar ohne Rücksicht auf die Art des Ausgangs. Sie erklärten, das russische Volk und die Armee warteten mit Ungeduld auf eine russische Freiwilligen-Armee unter deutscher Führung." [6) S. 36]

Ähnliches berichtete Hauptmann **Strik-Strikfeldt** vom OKH:

"Aus dem Begleitstab Wlassows ist die Aussage eines russischen Generalstäblers überliefert, daß Stalin an einen militärischen Sieg Deutschlands ohne flankierende politische Maßnahmen nie geglaubt habe. Hingegen habe Stalin fest damit gerechnet, daß die deutsche Führung einen Bürgerkrieg in Rußland entfesseln würde, was besonders die nationalen Kräft in den annektierten Ländern vom Baltikum bis Zentralasien, die Ukraine und Weißrußland inbegriffen, auf den Plan rufen

würden." [6) S. 363]

Auch für **Gustav Hilger** dürften die im Grundsatz gleichlautenden Aussagen von Wlassow, Bojerski und Kerness -- Aufstellung einer russischen Befreiungsarmee und Bildung einer russischen Exilregierung zum Sturz des Bolschewismus -- nicht die einzigen dieser Art während seiner Vernehmungstätigkeit gewesen sein. Insofern konnte er ihre Tragweite richtig einschätzen, zumal er auch selbst das Leben unter Sowjetherrschaft erlebt und Kenntnis von den nachprüfbaren Informationen aus den deutschen Führungsstäben hatte. Im übrigen kannte er auch die Befehle des OKW, mit allen Mitteln zu versuchen, die Menschen in Rußland zu gewinnen. Insbesondere Überläufern war bevorzugte Behandlung versprochen worden.

Und Sowjet-Oberst **Kerness** war ein solcher, zudem ranghoher Überläufer. Bereits vor 1941 war er in die politische Führungsspitze der Roten Armee aufgerückt, hatte die Rede am 5. Mai 1941 im Kreml vor den Absolventen der Frunse-Akademie und den Führungskadern des Sowjetstaates mit angehört, in der Stalin seine Aggressionsabsichten gegen Europa offenlegte.

Der im Vernehmungsprotokoll erwähnte und als "beigelegt" bezeichnete Brief an den Reichsaußenminister v. Ribbentrop wurde von Hilger inhaltlich nicht skizziert und ist ebenfalls auf dem Dienstweg verschwunden...

Hilger hat in seinem Vernehmungsprotokoll nicht vermerkt, daß sich unter den bisher noch nicht wieder aufgefundenen Schriftstücken ein Brief an Reichskanzler Adolf Hitler befunden haben soll, obgleich er dies aus dem Verhör zur Kenntnis bekommen haben dürfte. Statt nach diesem Brief "fahnden" zu lassen, hätte Kerness ihm diesen Brief, den er ohnehin kurz zuvor aus dem Gedächtnis verfaßt hatte, neu zu Papier gebracht, hätte nicht Hilger dies als Vernehmungsoffizier verhindert. Anstatt Kerness hierzu aufzufordern und ihn als russischen Parlamentär anzuerkennen, hat er ihn, wie er protokollierte, für vertrauensunwürdig abqualifiziert -- hiermit verbunden gleichermaßen die russischen Oppositionsgruppen -- und ihn "*entsprechend behandelt*". In arroganter Überheblichkeit und pflichtwidrig maßte er sich damit an, die Außenpolitik Deutschlands selbst zu entscheiden und eine politische Lösung zur Beendung des deutsch-russischen Konfliktes zu sabotieren. Kerness hatte sein Leben für eine solche Lösung eingesetzt. Was hätte er mehr tun können?

Wie unaufrichtig und damit nachweislich im Sinne einer Verratshandlung Hilger protokolliert hat, geht aus seinem Brief vom 10.8.1942 aus Feldmark/Winniza -- also 2 Tage nach dem Protokoll -- an den Vortragenden Legationsrat Rittmeister v. **Etzdorf** hervor.

"Darin bestätigt Hilger entgegen seiner Falschbeurkundung ..., daß er die angeblich in Verlust geratenen Kerness-Briefe an Hitler und v. Ribbentrop gelesen hatte. Die Briefe waren also nicht verloren." [6) S. 368]

(**Fritz Becker** verfügt über eine Kopie dieses Briefes mit Az.: 1988/42 + OKH OQu4G1).

Obgleich Hilger auch den Kerness-Brief an Hitler, ohne dies im Protokoll zu vermerken, an seinen Dienstvorgesetzten Oberstleutnant i.G. **Alexis Freiherr v. Roenne** (seinerzeit auch in Feldmark/Winniza) weitergeleitet und dieser ihn auch zur Kenntnis genommen hatte, sind die beiden beigelegt gewesenen Schriftstücke seitdem verschwunden. Dabei hielt sich Hitler nebenan im FHQ Werwolf/Winniza auf.

So haben der Reichskanzler und sein Außenminister von dieser Chance auf einen Sonderfrieden mit Hilfe der russischen Opposition nie etwas erfahren.

Auf der gleichen Linie liegt das Verhalten Hilgers gegenüber General Wlassow: Warum hat Hilger unter Vorwegnahme einer offiziellen Stellungnahme des OKH oder OKW oder Hitlers die Bereitschaft Wlassows, an deutscher Seite mitkämpfen zu wollen, gedämpft, ja geradezu schroff zurückgewiesen, indem er ihm "*eindeutig*" zu verstehen gab, daß er "*den Auffassungen der Sowjetoffiziere nicht folgen könne und eine russische Eigenstaatlichkeit aus deutschem Interesse abzulehnen*" sei?

So behandelte Hilger General Wlassow und Oberst Bojerski ähnlich wie Kerness, nur konnte er sie, weil sie schon zu prominent geworden waren, nicht mehr ausschalten wie diesen, den er Wlassow und seinen Leuten hätte zuführen und seine "Vertrauenswürdigkeit" durch diese Russen hätte überprüfen lassen müssen. Daß er dies nicht tat, erweist, daß Hilger Kerness in seiner Bedeutung erkannt und ihn bewußt gehindert hat, sich als Parlamentär oder als Soldat für Deutschland einzusetzen. So konnte es geschehen, daß niemand mehr wieder etwas von Josef Kerness gehört hat.

Diese Haltung Hilgers, selbst in seinem offiziellen Protokoll niedergelegt, setzte voraus, daß er "Gesinnungsgenossen" -- Mitverschwörer -- um sich wußte, die nicht nur seine Sprachregelung abdeckten, sondern auch ihrerseits für die unauffällige Ausschaltung der russischen Oppositionellen sorgten.

Ausgerechnet zu jener Zeit Anfang August 1942 war **Graf Schenk v. Stauffenberg** Gruppenleiter der OKH-Abt. II, dem die Sonderkriegsgefangenenlager für höherrangige und übergelaufene sowjetische Kriegsgefangene unterstanden. Die Abteilung A für Kriegsgefangenenwesen leitete der Widerständler Hauptmann **Klaus Petersen** (ebenfalls Leiter eines dieser Lager für Sowjetgefangene).

"In dieser Stellung konnte er alle den Verschwörern ins Gehege kommenden sowjetischen Oppositionellen kaltstellen." [6) S. 369]

Auch Oberstleutnant v. **Roenne** gehörte dieser Verschwörergruppe um Canaris, Oster, Stauffenberg an. Anläßlich der Niederschlagung des Putsches vom 20. Juli 1944 wurde er hingerichtet, hatte er sich doch in seiner Stellung ab Frühjahr 1943 als Leiter der OKH-Abteilung "Fremde Heere West" offenkundig gewordener Verratshandlungen schuldig gemacht.

Ein Detail zum Fall Canaris

Aus dem sehr informativen Buch des ehemaligen Mitarbeiters der deutschen Abwehr, **Michal Graf Soltikow** "Im Zentrum der Abwehr" [8] seien hier nachfolgende Aussagen Soltikows über ein Gespräch mit SS-Richter **Dr. Otto Thorbeck** in Stein bei Nürnberg nach dem Zusammenbruch des Reiches wiedergegeben. Dr. Thorbeck hatte gemeinsam mit Regierungsdirektor im RSHA **Walter Huppenkothen** -- Ankläger gegen Generalmajor Hans Oster und Admiral Wilhelm Canaris -- die Verantwortung für Todesurteile.

"Dr. Thorbeck berichtete, daß Canaris jeden Anklagepunkt abstritt und sich darauf berief, daß ein Abwehrchef im Kriege verpflichtet und berechtigt sei, Äußerungen und Handlungen zum Schein zu begehen. Eine Möglichkeit, eine oder zwei Dutzend Belastungszeugen dem leugnenden Angeklagten gegenüberzustellen, bestand an diesem 8. April 1945 nicht, denn alle Bahnverbindungen waren einen Monat vor dem völligen Zusammenbruch vom 8. Mai 1945 unterbrochen. Es gab nur noch eine einzige Möglichkeit, den leugnenden Abwehrchef zu überführen: Das Gericht müßte seinen langjährigen Duzfreund und offenbaren Mittäter ***Hans Oster*** *als Belastungszeugen gegen Canaris vorführen. Thorbeck nahm aber an, daß Oster jede Belastung seines Duzfreundes abstreiten werde.*

Der bereits verurteilte Oster wurde vorgeführt, und es kam zu einer verblüffenden, völlig unerwarteten Wende.

Auf Thorbecks Vorhalt, der Angeklagte Canaris habe behauptet, mit den Verschwörern nur zum Schein zusammengearbeitet zu haben, erwiderte Oster:

'Was der Angeklagte, Admiral Canaris, behauptet, ist unwahr. Der Admiral war an allen Unternehmungen des Widerstands gegen Hitler selber aktiv beteiligt.'

Canaris erwiderte voller Verzweiflung:

'Aber Hans, Du mußt mir doch bestätigen, daß ich das nur zum Schein getan habe.'

Darauf Oster:

'Nein, daran ist kein wahres Wort. Ich denke nicht daran, etwas anderes auszusagen, als das, was der Wahrheit entspricht.'

Und dann laut schreiend:

'Ich bin doch kein Lügner, ich bin doch kein Lump!'

'Darauf wandte ich mich', erklärte mir Dr. Thorbeck, 'als Vorsitzender dem Angeklagten Canaris zu und fragte ihn':

'Wollen Sie behaupten, Angeklagter, daß der ehemalige Stabschef, Ihr jahrelanger Abwehrkamerad und Ihr Duzfreund Sie zu Unrecht belastet?'

Darauf erwiderte mir der Angeklagte Canaris mit leiser Stimme:

'Nein.' " [8) S. 433]

8) Michal Graf Soltikow, "Im Zentrum der Abwehr -- Meine Jahre bei Admiral Canaris", Gütersloh 1986.

Die zum Tode Verurteilten wurden einer nach dem anderen zum Galgen geführt.

Soltikow konnte diesen Sachverhalt nicht fassen, war er doch während seiner langjährigen Zusammenarbeit mit Admiral Canaris nicht über alle Details seines Handelns und der von ihm angeleiteten Widerstandskreise gegen Hitler informiert.[8) S. 434]

Admiral Canaris war zweifellos ein Mann meisterhafter Verstellungskunst, mußte es doch außerordentlich schwierig und gewagt erscheinen, als Chef der deutschen Abwehr nicht Mißtrauen bei denen aufkommen zu lassen, die in seinem Auftrag Geheimoperationen für Deutschland ausführten, hatte doch die Abwehr bei zweifellosem Versagen in etlichen Bereichen ihres Arbeitsfeldes durchaus auch Erfolge in Einzeleinsätzen zu verbuchen.

Dennoch steht fest, daß Canaris bereits seit 1937 seine Verratshandlungen gegen Hitler und damit die deutsche Politik im ernsthaften Gedankenaustausch mit britischen und US-amerikanischen Geheimdiensten begonnen hat. Dies ergab sich -- abgesehen von zahlreichen mündlichen Belastungen durch nach dem 20.-Juli-Attentat verhafteter Ofiziere -- aus seinem eigenen Tagebuch, das im September 1944 in einem der 200 Panzerschränke des OKH-Ausweichlagers bei Zossen südlich von Berlin aufgefunden wurde. Sind auch die wichtigsten Jahrgänge dieses Tagebuches von 1938 - 1942 der Gestapo erst im Frühjahr 1945 in die Hände gefallen, so enthielt der Panzerschrank der Abwehr in einem Tiefbunker bei Zossen doch wesentliche Akten über die wichtigsten Verratshandlungen, die im Amt der Abwehr zusammengestellt worden waren: Geheimabsprachen über Schweden, den Vatikan, die Schweiz, Einzelheiten über Umsturzpläne und vorbereitete Einzelaktionen, eine handschriftliche Studie von Generalmajor Hans Oster über die Durchführung des Staatsstreiches, Aufrufe an das deutsche Volk, eine schon gefertigte Rundfunkansprache des Generalobersten a.D. Ludwig Beck, das "Regierungsprogramm" Karl Goerdelers einschließlich Namenslisten der "neuen Regierung" und von weiteren Eingeweihten, eine Erklärung des britischen Botschafters in Rom an die Verschwörer aus dem Frühjahr 1940 über das Bemühen des deutschen Botschafters in Rom, v. Hassel, die Hitler-Regierung zu beseitigen.

"Und da sind noch Niederschriften aller an die Westmächte gerichteten Mitteilungen über die Frankreich-Offensive nebst einem Aktenbündel mit der Aufschrift »Vatikan«." [9) S. 216]

9) Karl Bartz, "Die Tragödie der deutschen Abwehr", Salzburg 1955, Pilgram Verlag. -- Es handelt sich hier um die wichtigste Untersuchung zu diesem Thema. In einem gesonderten Kapitel (S. 95 ff) schildert Karl Bartz, wie Canaris in einem dreimaligen Anlauf gegen den Widerstand von Dr. Goebbels unter Hinweis auf Geheiminformationen seines Amtes gefordert hatte, die Berliner Juden mit einem Judenstern zu kennzeichnen und auszuquartieren, da anders ihre Spionage- und Sabotagetätigkeit nicht zu unterbinden sei.

Das Kriegsende am 2. Mai 1945 in Italien

Am 4. Juni 1944 war Rom kampflos geräumt worden. Die Divisionen der Heeresgruppe C, rund 1 Million Soldaten, wichen in zähen Abwehrkämpfen vor den nachdrängenden Amerikanern und Briten langsam zurück. 300 km nördlich, am Gardasee, dem Regierungssitz der Republica Sociale Italiana von Benito Mussolini, dröhnte der Himmel nahezu ständig Tag und Nacht von dem in 2.000 m Höhe fließenden Strom der Pulks von "fliegenden Festungen", die über die Alpen nach Süddeutschland zogen, um dort ihre Bomben über den deutschen Städten abzuwerfen und nach knapp 2 Stunden im nahezu unbeeinträchtigten Formationsflug zurückkehren. Kein deutsches Flakfeuer, kein Jäger behinderte sie mehr. Indessen hatte der Partisanenkrieg immer unheimlichere Formen angenommen. Anfang März 1945 standen die Russen in Ostpreußen und Schlesien, die Briten und Amerikaner am Rhein. Der Krieg war nicht mehr zu gewinnen.

Im Epilog seines Buches "Sunrise"[10] hat Allen Dulles, der Chef des US-Geheimdienstes OSS (Organisation of Strategic Services), zu recht darauf hingewiesen, wie wichtig es selbst für erbitterte Kriegsgegner ist, trotz ausweglos erscheinender Konfliktlage, einen "Draht", eine Gesprächsverbindung zwischen hohen Führungspersönlichkeiten der streitenden Parteien zu besitzen, um noch etwas zu retten, was sonst der sich bis zum Ende austobenden Kriegsfurie zum Opfer fallen würde.

Der 43jährige Obergruppenführer **Karl Wolff,** "Höchster SS- und Polizeiführer in Italien", langjähriger persönlicher Stabschef Heinrich Himmlers, auf der einen und **Allen Dulles**, Leiter des amerikanischen Geheimdienstes OSS in der Schweiz, auf der anderen Seite, führten Anfang 1945 geheime Gespräche zur vorzeitigen Kapitulation der deutschen Truppen in Italien, präziser gesagt in Oberitalien. Persönlicher Mut war besonders auf seiten der kämpfenden Deutschen gefordert, die einer ständig eskalierenden militärischen und politischen Katastrophe gegenüberstanden. Die Verantwortung war abzuwägen sowohl dem geleisteten Eid gegenüber, als auch dem Leben von hunderttausenden Soldaten und Zivilisten.

Wolffs Initiative zur vorfristigen Waffenniederlegung in aussichtslos gewordener militärischer Lage hat die Auswirkung von 4 wesentlichen Tatsachen der damaligen Lage deutlich gemacht.

1.)

Die Forderung der US-Präsidenten **F.D. Roosevelt** und des britischen Premier **Winston Churchill** auf bedingungslose Kapitulation hatte jedem alliierten Beamten die Hände für eine menschliche Auflockerung der Kriegszielforderungen gebunden und keinen Spielraum für ehrenvolle Vertragsklauseln gelassen.

10) Allen Dulles / Gero V.S. Gaevernit, "Unternehmen »Sunrise« -- die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien", Düsseldorf - Wien 1967.

2.)

Selbst Ende April 1945 war auf deutscher Seite noch ein ungewöhnlicher Kampfes- bzw. Verteidigungswille vorhanden. Zur Erklärung dieses Phänomens reichen Hinweise auf die "terroristische NS-Diktatur" nicht aus. "Terrorisierte" Soldaten wären an der Front schnellstens übergelaufen, Piloten und Kapitäne hätten ihre Flugzeuge und Schiffe bei erster Gelegenheit dem Gegner ausgeliefert. Die Gruppe der gegen **Hitler** konspirierenden "Widerstandskämpfer" hatte keine Basis, weder bei der Truppe noch im Volk. Die (innenpolitischen) Führungsmethoden -- besonders während des Krieges -- waren in Großbritannien, den USA und erst recht in der UdSSR kaum andere als im NS-Deutschland. Befehl und Gehorsam waren hier wie dort die Kennzeichen.

Für die Deutschen war 1939 - 1945 entscheidend, daß sie erkennen mußten, wie zunehmend bestialisch die Alliierten Krieg gegen sie als Soldaten, aber auch gegen ihre Frauen führten, und ihre Forderungen auf "Ausrottung des Nazi-Regimes" die Ausrottung des deutschen Volkes zum wirklichen Inhalt hatte.

3.)

Die Wehrmachtführung hatte sich in jenen Tagen noch stärker -- zumindest aber ebenso intensiv -- für eine Fortsetzung der Kämpfe selbst innerhalb des schon verlorenen Reiches eingesetzt, als die Führung der Waffen-SS.

4.)

Da keinerlei Aussicht auf einen Separatfrieden mit den Engländern und Amerikanern bestand, galt es, jeden weiteren Kampftag im Westen zur Rettung von zehntausenden Flüchtlingen aus dem Osten und zur Rückführung der Truppen vor den grausamst operierenden und vordringenden kommunistischen Truppen und Partisanen auf dem Balkan, vornehmlich in Jugoslawien, zu nutzen.

Erste Fühlungnahme in der Schweiz

Ende Februar 1945 erst -- die alliierten Truppen waren in Italien bis südlich Bologna vorgerückt -- begann SS-Obergruppenführer **Karl Wolff** in eigener Verantwortung seine Fühler zum Leiter des US-Geheimdienstes **Allen Dulles** in der Schweiz auszustrecken, um eine Beendigung der Kämpfe in Italien einzuleiten.

Die Schweizer Presse hatte OSS-Chef **Dulles** als "Sonderbeauftragten Präsident F.D. Roosevelts" apostrophiert. Dies war er zwar nicht, doch hatte er einflußreiche Kontakte nach Washington und zweifellos über seine Agenten in Deutschland, Italien und Frankreich Erkenntnis- und Beurteilungsmöglichkeiten im deutschen Machtbereich. Ob die Reichsführung oder **Wolff** wußte, daß **Allen Dulles** von seiner Residenz aus die Partisanen in Frankreich und Italien unterstützte, indem er u.a. für sie den Abwurf von Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen in ihre Verstecke organisierte und ihnen auch finanzielle Hilfe zuführte und damit die Neutralität seines Gastlandes mißachtete, spielte im ausgehenden Jahr 1944 schon keine Rolle mehr. Der Schweizer Geheimdienst unterhielt über den Oberst im Generalstab **Roger Masson** zur deutschen Seite mit **Walter Schellenberg**, dem Leiter des SD vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA), seinerseits Kontakt zur SS-Führung, Major **Max Waibel**, Chef der italienischen Abteilung des schweizerischen Nachrichtendienstes, hingegen mit **Dulles**.

So waren prinzipiell für beide Seiten, abgesehen von dem offiziellen schweizer diplomatischen Dienst, geheime Zugänge für einen hochrangigen Informationsaustausch gegeben.

Dennoch öffnete den ersten Türspalt für eine Verständigung ein hoher katholischer Würdenträger in Bern, der **Dulles** davon unterrichtete, daß die Engländer eine von SS-General **Wilhelm Harster** unterzeichnete und offenbar von **Himmler** inspirierte Friedenssondierung unter Zuhilfenahme eines italienischen Industriellen abgelehnt hätten. Auch bemühte sich im November 1944 der Mailänder Kardinal **Ildefonso Shuster** offensichtlich auf Anregung einer hochgestellten deutschen Persönlichkeit über den Kontakt mit **Dulles** um Verbindung zum Vatikan sowie dem Alliierten Hauptquartier in Süditalien, -- mit dem Ziel, weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Sowohl die amerikanischen Dienststellen als auch die Partisanen lehnten diese Initiativen ab.

Einen weiteren diskreten Anlauf unternahm der deutsche Konsul in Lugano, **Constantin Frhr. v. Neurath**, Sohn des früheren Reichsaußenministers, Ende Dezember 1944, obgleich er das Scheitern der Bemühungen **Harsters** miterlebt hatte. Er teilte sein Anliegen zur Beendigung des Krieges dem engsten Mitarbeiter von Allen Dulles, **Gero V.S. Gaevernitz**, einem deutsch-gebürtigen Amerikaner, mit. Es versteht sich von selbst bzw. es ist bekannt, daß **Allen Dulles** langfristig intensive Kontakte zu deutschen Widerstandskreisen, so z.B. auch zu Admiral **Canaris**, unterhielt.

Von Neurath hatte zwar persönlichen Zugang zu den Generalfeldmarschällen **Albert Kesselring** (seit 23.11.1943 Oberbefehlshaber Südwest) und **Gerd von Rundstedt** (Oberbefehlshaber der Westfront), dessen Stabschef Generalleutnant **Siegfried Westphal**, Generaloberst **Johann von Blaskowitz** (Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C), aber auch zu den SS-Generalen **Karl Wolff** und **Wilhelm Harster** in Italien. Doch er vermochte selbst nach Monaten noch nicht, die Generale auf die Linie der Kapitulationsbereitschaft einzustimmen.

Weitere Sondierungen wurden erst Ende Februar 1945 bekannt: über deutsche Diplomaten im Vatikan, über einen Benedektinermönch aus Mailand, über **Walter Schellenberg** vom RSHA, über **Dr. Rudolf Rahn**, dem deutschen Botschafter mit besonderer Vollmacht bei der Regierung **Mussolini** und über **Wilhelm Höttl** im Auftrag von RSHA-Chef **Kaltenbrunner**. Die alliierte Forderung auf bedingungslose Kapitulation machte alle diese Sondierungen zunichte.

Im Februar 1945 trat der Höchste SS- und Polizeiführer und Bevollmächtigte General der Wehrmacht für das rückwärtige Frontgebiet Italien als konspirativer Parlamentär in Aktion: **Karl Wolff**, Chef des persönlichen Stabes von Heinrich Himmler. Er war nach dem Sturz **Benito Mussolinis** im Juli 1943 mit umfassenden Vollmachten in Italien ausgestattet und wie kein anderer SS-Führer sowohl **Himmler** als auch **Adolf Hitler** direkt unterstellt worden. Er verfügte über menschliche und diplomatische Fähigkeiten besonderer Art, die ihm diese Vertrauensstellung verschafft hatten.

Nach der Befreiung **Mussolinis** aus den Händen der zu den Alliierten übergelaufenen Truppen des Marschalls **Badoglio** wurde er auch für Mussolini der oberste Berater in allen Polizeiangelegenheiten.

Von Anbeginn seiner Tätigkeit in Italien war er darauf bedacht, mit den Vertretern der katholischen Kirche ein gutes Verhältnis auszubauen. **Papst Pius XII.** dankte ihm in persönlicher Audienz am 10.5.1944 für die Freilassung zahlreicher namhafter Italiener, die im Zuge des Umsturzes zwischen die Fronten geraten waren. Auch in einem 2. Treffen versicherte **Wolff** dem Papst seinen Willen zur Unterlassung aller Härten und zur Beendigung des Krieges.

Doch der Krieg ging weiter, Rom fiel unverteidigt als offene Stadt in die Hand der Amerikaner, deren Vormarsch bis zum Jahresende die Linie südlich von Bologna in Oberitalien erreichte. Die deutsche 10. Armee unter General **Traugott Herr** und die 14. Armee unter General **Joachim Lemeisen**, bzw. beide unter dem Oberbefehlshaber Süd-West, Generalfeldmarschall **Albert Kesselring** -- 23 deutsche und 4 italienische Divisionen -- hielten diese Linie bis zum April 1945, als die alliierte Frühjahrsoffensive losbrach.

Im Hinterland befehligte **Wolff** von Fasano am Westufer des Gardasees noch cirka 150.000 Mann der italienischen Garde der Republica Sociale Italiana sowie der mobilen Schwarzen Brigaden und einige andere Einheiten; außerdem die 29. SS-Grenadierdivision, die SS-Division Südtiroler Volksdeutscher, eine tschechische und slowakische Division und einige Bataillone Ukrainer und Russen.

Mussolini residierte und regierte zu jener Zeit gemeinsam mit dem deutschen Botschafter -- zugleich "Reichsbevollmächtigter für Italien" -- **Dr. Rudolf Rahn** in Saló bzw. Gardone, wenige Kilometer südlich von Fasano am Gardasee. In Recoaro, nordöstlich Verona, 50 km östlich der genannten anderen Amtssitze, befand sich das militärische Oberkommando, bis es schließlich ebenso wie das Hauptquartier der Waffen-SS nach Bozen verlegt wurde.

Neubeginn von Verhandlungen

Nach Scheitern der Ardennen-Offensive im Dezember 1944/Januar 1945, dem Durchbruch der Sowjets von Ostpreußen bis zum Balkan und einem enttäuschenden Besuch im Führerhauptquartier am 6.2.1945 hatte **Wolff** keine Hoffnung mehr auf Wunderwaffen und Kompromißfrieden. Gleichwohl blieb er eingebunden in seine Eidverpflichtung gegenüber dem Führer und damit in die Befehlshierarchie, weiterzukämpfen und Maßnahmen zur Zerstörung wesentlicher Infrastrukturwerte (Industrien, Brükken, Bahnen, Tunnel usw.) im Falle eines weiteren Rückzuges vorzubereiten. So gab er die Anweisungen zwar weiter, behielt sich jedoch das letzte Wort für die Durchführung vor. Gleichzeitig leitete er Absprachen mit den maßgeblichen militärischen Befehlshabern ein, gemeinsame Waffenstillstandsbemühungen, notfalls auch gegen den obersten Befehl, zu unterstützen. Ein zweifellos sehr gewagtes Unterfangen nach den Erfahrungen des gescheiterten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944, das selbst für einen so hochgestellten SS-Führer wie **Karl Wolff** außerordentliches Geschick und Geheimhaltung erforderte.

Zwar wußte **Wolff** sich neben seinen eigenen Unterführern im Einklang mit dem Reichsbevollmächtigten für Italien und Botschafter **Dr. Rudolf Rahn** -- dieser hatte Ende 1944 selbst schon einmal einen ähnlichen Versuch an der schweizer Grenze unternommen -- und dem Luftwaffen-Oberbefehlshaber von Italien, General **Max Ritter v. Pohl**, doch hatte er trotz seines guten Verhältnisses zu Generalfeldmarschall **Kesselring** die Armeeführung noch nicht für sein Vorhaben gewonnen.

Ungeachtet dessen begann er in Absprache mit **Dr. Rahn** ein Unternehmen, das die Amerikaner anschließend "sunrise" -- "Sonnenaufgang" -- nannten, und sandte seinen Vertrauten, SS-Standartenführer Dr. **Eugen Dollmann**, inkognito in die Schweiz, um dort ein Waffenstillstandsersuchen beim Vertreter der westlichen Alliierten vorzutragen. Am 25.2.1945 ließ sich auch ein italienischer Geschäftsmann -- **Baron Luigi Parrilli**, ein früherer Repräsentant einer US-Kühlschrankfirma, der besonders über das Anwachsen der Kommunisten in den jugoslawischen, italienischen und französischen Partisanenverbänden besorgt war -- hierfür einschalten.

Erbrachte die erste Fühlungnahme auch noch kein greifbares Ergebnis, so doch die Anweisung an die schweizer Grenzbehörden, Unterhändler mit dem vereinbarten Codewort passieren zu lassen. **Parrilli** erschien wenige Tage später, am 2.3.1945, erneut im Luganer Hotel Biaggi, diesmal begleitet von Dr. **Dollmann** und dem Leiter der Gegenspionageabteilung in Genua, Obersturmbannführer **Guido Zimmer**. Bei-



Im deutschen Hauptquartier: von lks.: Dr. Rudolf Rahn, Generalfeldmarschall Albert Kesselring, Karl Wolff, Vietinghoff (?)

de waren mit Wissen von **Wolff** und **Dr. Rahn** auf ihre Reise gegangen. Sie sollten sondieren, inwiefern eine Friedens- bzw. Kapitulationsvereinbarung möglich sei und ob es Sinn habe, daß **Wolff** selbst in der Schweiz die Gespräche auf höherer Ebene fortsetzen könne.

Der amerikanische Verhandlungspartner machte eine Fortsetzung der Gespräche von der Überstellung des italienischen Partisanenführers **Ferruccio Parri** und des US-Geheimagenten **Antonio Usmiani** abhängig, die in Gestapohaft -- der eine in Verona, der andere in Turin -- einsaßen.

Wenige Tage später waren sie in SS-Begleitung übergeben worden. Anschließend begab sich **Wolff** inkognito in Begleitung dreier Offiziere seines Stabes -- Standartenführer **Dollmann**, Sturmbannführer **Wenner** und Obersturmführer **Zimmer** -- am 6.3. nach Zürich. Er empfahl sich nicht nur mit Hinweisen auf seine Stellung und Funktion im deutschen Machtgefüge, sondern auch mit Nachweisen für zahlreiche von ihm schon in Italien durchgeführte Ausgleichs- und Versöhnungsakte.

Dulles ließ erst einmal lange auf sich warten und anschließend demonstrierte er Zurückhaltung. Mehr als die Tatsache, daß **Dulles** mit der Regierung in Washington und dem alliierten Hauptquartier in Caserta in direkter Verbindung stände und nach wie vor nur bedingungslose Kapitulation gefordert sei, hat **Wolff** nicht erfahren. Dafür hatte dieser darzulegen, welche Maßnahmen er im einzelnen nach Rückkehr in sein Hauptquartier am 9. März durchzuführen gedenke, auch wie er **Kesselring** zu einem gemeinsamen Handeln bewegen wolle.

Die ersten Komplikationen traten bereits auf dem Rückweg ein. In Mailand erfuhr **Wolff**, daß **Kaltenbrunner** in seiner Abwesenheit mehrfach angerufen und **Harster** ihm seine Reise in die Schweiz mitgeteilt habe. Der Chef des RSHA hat ihn aufgefordert, kurzfristig zu einem Treffen in Innsbruck zu erscheinen. **Wolff** war **Kaltenbrunner** nicht unterstellt, ihm insofern auch keine Rechenschaft schuldig, hatte auch nicht die Absicht, zu riskieren, sich von ihm verhaften zu lassen. Mit dem Argument, überlastet zu sein, lehnte er eine Fahrt nach Innsbruck ab. Doch es lag nahe, daß auch **Himmler** informiert worden war und ihn zum Rapport zitieren werde.

Eine gleichermaßen ernste Lageveränderung ergab sich dadurch, daß zur gleichen Zeit -- am 8. März 1945 -- Generalfeldmarschall **Kesselring** zum Führerhauptquartier bestellt worden war. **Hitler** übertrug ihm das Oberkommando an der Westfront und Generaloberst **Heinrich Vietinghoff** den Befehl über die Heeresverbände in Italien. **Vietinghoff** hatte als Befehlshaber der 10. Armee Monte Cassino verteidigt und **Kesselring** bereits kurzfristig vertreten.

Daß **Wolff** einen Tieffliegerangriff auf seinen PKW, ebenso wie Wochen später einen Bombenangriff auf sein Hauptquartier mit viel Glück unverletzt überstanden hat, gehörte zu den Imponderabilien des Kriegsgeschehens.

Auf Grund dieser Zwischenfälle verzögerte sich die zweite Reise **Wolffs** in die Schweiz, diesmal nach Ascona, bis zum 19.3. Erst an diesem Tag sollte **Vietinghoff** in seinem Hauptquartier eintreffen. Im Prinzip war dieser Reisetag noch zu früh, denn **Wolff**, obgleich mit **Vietinghoff** freundschaftlich verbunden, hatte sich mit ihm noch nicht über den neuesten Stand der Entwicklung aussprechen können.

Das zweite Gespräch war von der genannten Personalveränderung überschattet. **Wolff** wußte, daß es **Vietinghoff** ohne Rückendeckung durch **Kesselring** nicht entscheiden wollte.

So endete diese Runde in Anwesenheit von US-Generalmajor **Lyman Lemnitzer**, dem Stellvertretenden Stabschef von Feldmarschall **Alexander** und dem britischen Generalmajor **Terence Airey** mit der Zusage **Wolffs**, unverzüglich **Kesselring** aufzusuchen, ihn auf Kapitulation einzustimmen und damit **Vietinghoff** den Rücken zu stärken. **Wolff** wollte dafür sorgen, daß ein Wehrmachts- und ein SS-Offizier sich bereithielten, um zum gegebenen Zeitpunkt über die Schweiz nach Caserta ins Hauptquartier **Alexanders** zur Unterzeichnung der Kapitulation zu fliegen. Im übrigen wollte er zwischenzeitlich gegenüber den Partisanen Zurückhaltung üben.

Es bedurfte einiger Tage, ehe **Wolff** Generalfeldmarschall **Kesselring** in dessen neuem Hauptquartier in Bad



Im deutschen Hqu unmittelbar nach der Kapitulation. Von lks.: General Röttiger, Gero v. Gaevernitz, Sturmbannführer Eugen Wenner, Generaloberst Heinrich Vietinghoff, Standartenführer Dr. Eugen Dollmann und Obergruppenführer Karl Wolff.

Nauheim antraf. **Kesselring**, bereits auf deutschem Boden kämpfend, wollte zwar nicht eigenmächtig ohne Führerbefehl die Waffen strecken, war aber mit dem Kapitulationsplan für Italien einverstanden. **Wolff** sollte dies **Vietinghoff** mitteilen. So war der "Höchste SS- und Polizeiführer für Italien" zuversichtlich, daß er am 2. April noch vor Beginn der erwarteten alliierten Frühjahrs-Offensive die Kapitulations-Vollmachten überreichen könnte.

Doch da schaltete sich **Himmler** ein. Er hatte von **Wolffs** Besuch bei **Kesselring** erfahren und ihn nach Berlin befohlen. Im dortigen Gespräch unter Anwesenheit **Kaltenbrunners** gab **Himmler** seiner Verärgerung über **Wolffs** Alleingang in die Schweiz Ausdruck. Er wußte nur vom ersten dortigen Aufenthalt am 8. März. **Himmler** verlangte Koordinierung solcher Maßnahmen mit ihm, war jedoch nicht bereit, dies gemeinsam mit **Hitler** zu erörtern. Dafür sollten **Wolff** und **Kaltenbrunner** gemeinsam nach Hof in Bayern fahren, um die dortigen SD-Spezialisten für die Schweiz über den Stand der Gespräche mit **Dulles** und **Gaevernitz** zu unterrichten. Außer einem Autounfall, den **Kaltenbrunner** und **Wolff** glückhaft unverletzt überstanden haben, ist aus dieser Besprechung nichts Greifbares herausgekommen.

Wolff hat den Reichsführer-SS zwar besänftigen können. Dennoch riet er seiner Familie, nach Oberitalien umzusiedeln. **Himmler** indessen kam auch dies zu Ohren und befahl ihre Rücksiedlung nach Österreich und stellte sie dort, wie er sich ausdrückte, "unter seinen persönlichen Schutz". **Wolff** mahnte er telefonisch, Italien nicht zu verlassen, vor allem nicht in Richtung Schweiz.

Angesichts dieser Hindernisse traf **Wolff** erst am 29.3. wieder in Fasano am Gardasee ein und hatte vorerst Hemmungen, erneut in der Schweiz zu erscheinen.

In den ersten Apriltagen begann die alliierte Offensive, die auf der gesamten Frontbreite die deutschen Truppen in Italien nach Norden zurückwarf. In diesen Tagen hatte **Wolff** 3 Unterredungen mit General **Vietinghoff** und seinem Stabschef General **Röttiger**. Die Tatsache der Kapitulationsgespräche in der Schweiz war den Anwesenden bekannt und noch durch den eingeladenen italienischen Vermittler **Parrilli** unterstrichen worden. **Vietinghoff** wollte unter allen Umständen ehrenhafte Bedingungen erreichen.

Am 10. April lag die Antwort aus Caserta vor: Erst den in Caserta eintreffenden, mit allen Vollmachten zur bedingungslosen Kapitulation ausgestatteten deutschen Parlamentären würden die Bedingungen ausgehändigt. Von ehrenvollen Zugeständnissen war keine Rede. Einem Wunsch **Wolffs** wurde Rechnung getragen, einen sprachgewandten Funker zur Verfügung zu stellen, der sofortige Nachrichtenübermittlung zwischen **Wolff** und dem OSS in der Schweiz sowie zum Alliierten Hauptquartier in Caserta gewährleisten könne. Er wurde am 13. April im Mailänder SS-Gegenspionage-Gebäude einquartiert.

Inzwischen hatte **Wolff** auch den Gauleiter von Tirol **Franz Hofer** für sein Waffenstillstandsvorhaben gewonnen. Er war Verteidigungskommissar im südlichen Teil der vorgesehenen "Alpenfestung".

Die Auswirkung der alliierten Offensive veranlaßte **Wolff**, dem Reichsführer in einem persönlich gehaltenen und mittels Kurier überreichten Brief erneut die Bedeutung seiner Schweizer Verbindung zu erläutern. Er wies darauf hin, daß bereits vor ihm auch andere schon erwogen hätten, die Amerikaner auf die Schrecken und Nachkriegsabsichten der Bolschewisten aufmerksam zu machen, um noch ein Bollwerk gegen diese die Menschheit bedrohende Gefahr aufrechtzuerhalten. Das Kriegsende sei nicht mehr aufzuhalten. Die einzig verbleibende Alternative sei, ehrenvolle Bedingungen zu erzielen und weiteres unnützes Blutvergießen zu vermeiden. Abschließend forderte er **Himmler** auf, nach Italien zu kommen und an solchen Verhandlungen mitzuwirken.

Himmler reagierte auf diesen Brief ungehalten und befahl **Wolff** zum Rapport nach Berlin; dies zu einer Zeit, da bereits jede Reise, gar erst ein Flug innerhalb Deutschlands Lebensrisiko bedeutete, standen die Sowjets doch bereits am Stadtrand der Reichshauptstadt.

Selbst in dieser Stunde -- am 14. April 1945 -- gebot ihm die Pflicht, diesem Befehl zu folgen. Am Abend des 16. April war er in Berlin eingetroffen.

Vorsorglich hatte er sein Testament verfaßt und es **Baron Luigi Parrilli** zur Weiterleitung für den Fall übergeben, falls er von Berlin nicht zurückkehren sollte:

"Für den Fall, daß ich mein Kommando verliere ... und die Sache, die ich zu meiner gemacht habe, fehlschlägt, bitte ich darum, daß weder das deutsche Volk noch die deutschen Truppen in Italien unter den Folgen zu leiden haben. Sollte nach meinem Tod meine Ehre beschmutzt werden, so bitte ich Mr. ***Dulles****, meinen Namen zu rehabilitieren und meine aufrichtigen, humanitären Absichten bekanntzumachen; zu erklären, daß ich nicht aus Egoismus oder Treulosigkeit gehandelt habe, sondern ganz allein in der Überzeugung und Hoffnung, das deutsche Volk so weit wie möglich zu retten.*

Nach meinem Tod bitte ich Mr. ***Dulles*** *im Namen der Ideen, für die ich gefallen bin, zu versuchen, ehrenhafte Kapitulationsbedingungen für die deutschen und italienischen Truppen zu erzielen. Ich bitte Mr.* ***Dulles****, nach Möglichkeit meine beiden Familien zu schützen, so daß sie nicht vernichtet werden."* [101 S. 192]

Seinen Unterführern hat er vorsorglich für den Fall, daß er nicht aus Berlin zurückkehren sollte, aufgetragen, die Verbindung zu **Allen Dulles** sowie über Kardinal **Shuster** zu den Partisanen aufrechtzuerhalten und alles zu veranlassen, was eine Beendigung des Krieges bewirkt.

Im HQu **Himmlers** in Hohenlychen 60 km nördlich von Berlin besänftigte **Wolff** den Reichsführer-SS zunächst mit einem Schreiben von **Dr. Rudolf Rahn**, in dem dieser auf einen fiktiven Wunsch **Hitlers** verwies, alles zu versuchen, die alliierte Frühjahrsoffensive in Norditalien zu verzögern, wozu auch die geheimen Kontakte in der Schweiz gehört hätten. Der nach wie vor Hitlers Vertrauen genie-

ßende **Dr. Rahn** hat hiermit bewußt **Wolff** ein Alibi verschafft, das **Himmler** nicht so einfach beiseiteschieben konnte. Der Brief zeigte Wirkung. **Himmler** gab ihn wortlos zurück. Nachdem nachmittags **Kaltenbrunner** erschienen war und einige bruchstückhafte Recherchen seiner Agenten über **Wolffs** behaupteten Hochverrat mitbrachte und zur Debatte stellte, konnte **Wolff** etliches widerlegen und am Abend mit der Aufforderung abbrechen, gemeinsam zum Führer nach Berlin zu fahren, um ihm die Kontroverse vorzutragen.

Doch **Himmler** lenkte ab, wohlwissend, daß sein Ansehen bei **Hitler** nicht mehr zum besten stand, nachdem die Weichselfront unter seinem Kommando zusammengebrochen war. Da er im übrigen ebenfalls im Alleingang ohne Kenntnis **Hitlers** plante und sicherlich hierfür schon einiges unternommen hatte, den schwedischen **Grafen Folke Bernadotte** zu ermächtigen, den westlichen Alliierten die deutsche Kapitulationsbereitschaft anzubieten -- was dann am 24. April geschah --, schien offensichtlich sein Gewissen bei dem Gedanken belastet, ausgerechnet zu diesem Thema mit Vorwürfen gegen seinen Intimus **Wolff** beim Führer zu erscheinen. Übrigens lehnten die Westmächte **Himmlers** Ansinnen ab und ließen am 28. April dies über den Rundfunk verbreiten, was **Hitler** am 30.4. kurz vor seinem Selbstmord veranlaßte, ihn in seinem Testament als Verräter aus der Partei auszustoßen.

Jedenfalls fuhren **Wolff** und **Kaltenbrunner** nachts vom 17. zum 18.4. allein zum Führerbunker in die Reichskanzlei. Unterwegs konnte **Wolff** noch dem RSHA-Chef nahelegen, dem Führer nichts von den Schweizer Verhandlungen zu berichten, andernfalls er gezwungen wäre, mitzuteilen, daß **Himmler** und **Kaltenbrunner** bereits am 24. März davon gewußt und **Hitler** nicht unterrichtet haben. Die Folgen wären für alle Beteiligten gleichermaßen übel.

Obgleich es bereits nach 3 Uhr früh war, führte **Hitler** noch seine Lagebesprechung, an der auch **Kaltenbrunner** teilnahm, durch, ehe er **Wolff** in Anwesenheit von **Kaltenbrunner** und SS-Gruppenführer **Fegelein** zur Berichterstattung empfing.

Im Führerbunker lag inzwischen ein Lagebericht von **Vietinghoff** vom 14. April vor; die vorrückenden alliierten Streitkräfte haben die deutschen Armeen aus der monatelang gehaltenen Stellung südlich von Bologna zurückgeworfen. Ihm bliebe keine andere Wahl als Rückzug auf die Po-Linie; er erwarte entsprechenden Befehl.

Wolff wußte auch nicht, daß, als er im Führerbunker erschienen war, Generaloberst **Jodl**, Chef des Wehrmachtführungsstabes, bereits einen Tag zuvor -- am 17.4. -- **Vietinghoff** geantwortet hatte:

"Sie werden gebeten, alle weiteren Vorschläge für eine Änderung der Strategie zu unterlassen. Vor allem möchte ich betonen, daß den Kommandeuren und Einheiten auf keinen Fall gestattet werden darf, sich zurückzuziehen oder eine defaitistische Haltung anzunehmen, wie sie offenbar in Ihrem Hauptquartier vorherrscht. ... Der Führer erwartet, daß Sie um jeden Preis Ihre Pflicht erfüllen und jeden Fußbreit des italienischen Territoriums, das Ihnen anvertraut ist, verteidigen. Ich weise nachdrücklich auf die ernsten Folgen hin, die allen Kommandeuren erwachsen, die die Befehle des Führers nicht strikt durchführen." 10) S. 195

Hitler war über **Wolffs** Ausflug in die Schweiz zu **Allen Dulles** grob unterrichtet, rügte sie als "*kollossale Kompetenzüberschreitung*", sah jedoch ein, daß er bereits am 6.2.1945 im Beisein von Reichsaußenminister v. **Ribbentrop** für sinnvoll erachtet hatte, Verbindungen zu einflußreichen westalliierten Gesprächs-partnern zu haben, um möglicherweise Chancen nutzen zu können, eventuell die Sowjets zu isolieren. **Wolff** erklärte, es habe ihm sinnvoll erschienen, solche Verbindungen ohne höchsten Befehl aufzubauen, damit sich **Hitler** in jeder Gesprächsphase davon offiziell distanzieren oder sie nutzen könne. **Hitler**, übermüdet, bestellte **Wolff** für den Nachmittag des 18.4. noch einmal zur Aussprache, inzwischen werde er über die Lage nachgedacht haben.

Die Nachmittagsbesprechung, durch Luftangriff verzögert, fand anläßlich eines kurzen Spazierganges auf der Terrasse vor der Reichskanzlei in Anwesenheit von **Kaltenbrunner** und **Fegelein** statt. **Hitler** erläuterte seine Vorstellungen über die Verteidigung von Berlin, Schleswig-Holstein und der Alpenfestung, setzte seine Hoffnung auf die unerläßliche Konfrontation zwischen den Bolschewisten und den westlichen Alliierten und entließ **Wolff** nach dem Süden mit dem Befehl, gemeinsam mit **Vietinghoff** dort weiterzukämpfen. Doch er schloß mit den Worten:

"Gehen Sie zurück nach Italien, halten Sie die Verbindung zu den Amerikanern aufrecht, aber erzielen Sie bessere Bedingungen. Halten Sie die Dinge hin. Auf Grund unsicherer Bedingungen zu kapitulieren, wäre absurd. Ehe wir uns mit den Amerikanern einigen, müssen wir viel bessere Bedingungen erreicht haben." 10) S. 214

Am Abend des 18.4. flog **Wolff** von Tempelhof nach München, am nächsten Vormittag von dort nach Bergano. In Fasano eingetroffen, hatte er sich zunächst mit der zurückweichenden Front zu befassen und die in die Kapitulationsvorbereitungen eingeweihten Männer wie **Dollmann**, **Dr. Rahn**, General **Vietinghoff**, **Röttiger** und v. **Pohl** über die Ergebnisse der Berliner Gespäche zu unterrichten. Das kostete wertvolle Zeit. Auch konnte Wolff davon ausgehen, daß gerade seine ersten Maßnahmen nach seiner Rückkehr von **Kaltenbrunners** Vertrauensleuten registriert würden. Zu Hilfe kam ihm **Dr. Rahn**, der am 22.4. zu einer Generals-Besprechung mit **Vietinghoff**, **Röttiger**, **Ritter v. Pohl** (OB der Luftwaffe in Italien), **Wolff** und Gauleiter **Hofer** eingeladen hatte, über die **Parrilli** zwecks Weiterleitung an die OSS dahingehend vorinformiert worden war, daß dort die Modalitäten für die Kapitulationsverhandlungen festgelegt werden würden. Aus taktischen Gründen beschloß man in Mißachtung des Führer-

befehls, die Hauptquartiere von **Vietinghoff** und **Wolff** nach Bozen und die Truppen bis zur Po-Linie zurückzunehmen, sowie **Wolff** anzuraten, mit den beiden Bevollmächtigten **Wenner** und **Schweinitz** am nachfolgenden Tag die durch die Verlegung bedingte Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen für die Kapitulationsmission auszunutzen.

Vietinghoff verlangte jedoch zur persönlichen Absicherung, Generalfeldmarschall **Kesselring** zu unterrichten, dessen Hqu sich inzwischen in Pullach bei München befand. **Wolffs** Adjutant **Dollmann** übernahm diesen Kurierdienst. Auf der Durchreise durch Innsbruck gab **Hofer** ihm zu verstehen, daß er doch noch **Kaltenbrunner** von dem erneuten Abstecher **Wolffs** in die Schweiz verständigen wolle.

Inzwischen hatte sich **Wolff** mit seinen beiden Männern auf den Weg gemacht und befand sich bereits in Luzern, als ihn ein Befehl **Himmlers** erreichte, die Front in Italien zu halten und keinerlei Verhandlungen mit dem Gegner zu führen.

Währenddessen ließ **Dulles** die deutschen Parlamentäre zwei Tage warten. Auch ihm waren Steine in den Weg gelegt worden: Der nach dem plötzlichen Tod **F.D. Roosevelts** aufgestiegene neue US-Präsident **Harry S. Truman** forderte telegrafisch Unversöhnlichkeit:

"Washington, 20. April 1945. Dringend. Streng geheim:

Durch heutiges Schreiben befehlen JCS (Joint Chiefs of Staff) *sofortigen Abbruch aller OSS-Kontakte mit deutschen Unterhändlern.* ***Dulles*** *wird deshalb beauftragt, alle solche Kontakte unverzüglich aufzugeben.*

Schreiben enthält auch Meldung der CCS (Combined Chiefs of Staff), *daß sie überzeugt sind, deutscher Oberbefehlshaber Italien zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit zur Kapitulation unter annehmbaren Bedingungen.*

Deshalb besonders im Hinblick auf Komplikationen, die mit Russen entstanden sind, sind US- und britische Regierung übereingekommen, OSS soll Kontakte abbrechen. JCS sollen OSS davon unterrichten, die ganze Angelegenheit als abgeschlossen zu betrachten. Russen sollen durch ***Archer*** *und* ***Deane*** *(alliierte militärische Vertreter in Moskau) darüber informiert werden."* [10) S. 197.]

Dulles verhehlte nicht sein Unverständnis für eine solche unverantwortliche Anweisung und verwies auf nicht bedachte Zusammenhänge. Doch schroff war die Resonanz aus Washington: Befehl sei Befehl. **Dulles** habe ihn zu befolgen.

Als **Dulles** jedoch am 22.4. benachrichtigt wurde, General **Wolff** befände sich mit seinem Adjutanten **Wenner** und Oberstleutnant **Viktor Schweinitz**, einem Stabsoffizier von **Vietinghoff**, mit Vollmachten zur Kapitulation der deutschen Truppen in Oberitalien auf dem Weg in die Schweiz, fand er doch nach Drängen des Majors **Waigel** eine vernünftige Auslegung für den ihm erteilten Befehl: Er ließ sich zwar informieren, vermied aber ein Zusammentreffen mit **Wolff** und seinen Leuten. So breche er zwar befehlsgemäß die Verhandlungen ab, unterbinde aber nicht die Kapitulationsbereitschaft und Weiterleitung der Parlamentäre an das alliierte Hauptquartier nach Caserta, einige km nördöstlich Neapel. Der Oberkommandierende der Alliierten in Italien, der britische Feldmarschall **Earl Alexander** solle weiteres entscheiden. Dieser unterrichtete die CCS vom neuen Sachstand und drängte auf Änderung des genannten Befehls.

In Washington reagierte man unklar, aber etwas versöhnlicher. Alle Andeutungen auf Zusammenhänge mit den sunrise-Verhandlungen sollten vermeiden, dafür die Schweizer als Vermittler herausgestellt werden.

Die von **Vietinghoff** unterzeichnete und **Schweinitz** mitgegebene Vollmacht lautete:

"Der Oberbefehlshaber Süd-West und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C

Hauptquartier, 22. April 1945

Oberstleutnant im Generalstab von ***Schweinitz*** *ist von mir ermächtigt, Verhandlungen im Rahmen der von mir erteilten Anweisungen zu führen und bindende Vereinbarungen für mich einzugehen.*

V. Vietinghoff" [10) S. 203]

Wolff konnte sich indessen nicht länger hinhalten lassen, da seine Abwesenheit von seinem HQu sonst nicht nur aufgefallen wäre, sondern sein ganzes Unternehmen zum Scheitern verurteilt hätte, konnte es doch nur gelingen, wenn er Höchster SS- und Polizeichef im italienischen Raum blieb und das gemeinsame Handeln von **Vietinghoff, Dr. Rahn, v. Pohl** und Gauleiter **Hofer** weiterhin koordinieren konnte. Außerdem war sich **Wolff** nicht sicher, ob er überhaupt noch durch das Partisanen-gefährdete Hinterland zu seinem HQu durchkäme. So reiste er ab und hinterließ seine Vollmacht:

"25. April 1945

Hiermit bevollmächtige ich meinen Adjutanten, Major der SS ***Wenner****, in meinem Namen zu verhandeln und in meinem Namen bindende Abmachungen zu treffen. gez.* ***Wolff****"* [10) S. 221]

Wolff erreichte am 25.4. auf seinem Rückweg zwar die SS-Kommandantur in Cernobbio am Südwestufer des Comer Sees, konnte auch noch mit seinen Männern in Fasano, Mailand und Bozen telefonieren und auch seinen SS-Standartenführer **Walter Rauff** noch anweisen, Kämpfen mit den Partisanen auszuweichen, doch war er bereits in der Nacht von Partisanen eingeschlossen. In einem wohl letzten Telefongespräch konnte er noch Hilfe aus der Schweiz anfordern.

Gero v. Gaevernitz -- gebürtiger Deutscher, naturalisierter Amerikaner mit langjährigen Verbindungen zu deutschen Widerständlern -- begab sich in eigener Verantwortung mit **Max Waibel** und einem Partisanen-Passierschein sowie weißer Fahne auf dem PKW zur umringten Villa Locatelli am Comer See und brachte **Wolff** mit 2 SS-Offizieren am 27.4. nach Lugano zurück. Diesmal führte er

auch die Kapitulationsvollmacht des norditalienischen Kriegsministers **Graziani** für die gesamten faschistischen Verbände mit und übergab sie seinem Bevollmächtigten **Wenner.** Gerade noch hatte er erfahren, daß aus Caserta die Nachricht eingetroffen war, die deutschen Bevollmächtigten zum französischen Flughafen bei Genf zu verbringen, um sie von dort ins Alliierte HQu zu fliegen. Die Russen seien eingeladen worden, einen Beobachter dorthin zu entsenden.

Unverzüglich wählte **Wolff** sodann einen östlichen Grenzübergang zurück in sein neues HQu nach Bozen. Mit Hilfe seines inzwischen dort eingetroffenen Funkers war sein Kontakt nach Caserta alsbald hergestellt. Bis auf den unsicher erscheinenden Gauleiter **Hofer** standen die anderen Kommandeure zu ihren Entscheidungen.

An diesem 28.4. war **Benito Mussolini** nördlich des Comer Sees einem Trupp Partisanen in die Hände gefallen und erschossen worden.

Derweil waren die deutschen Abgesandten am Nachmittag des 28.4. in Caserta gelandet. Um 18 Uhr nahmen sie die amerikanischen Kapitulationsbedingungen entgegen und konnten um 21 Uhr ihre deutschen Gegenvorstellungen übergeben, die sich auf ehrenvolle Bedingungen, alsbaldige Entlassung der Soldaten, Rückführung in die Heimat, Versorgungsfragen usw. erstreckten.

Am 29.4. um 14 Uhr wurde, ohne daß die Alliierten von ihrer Forderung auf Bedingungslosigkeit abgewichen waren, die Kapitulationsurkunde in Anwesenheit zahlreicher Offiziere und Pressevertreter, die jedoch zum befristeten Schweigen verpflichtet wurden, unterzeichnet. Waffenruhe sollte am 2. Mai um 14 Uhr Ortszeit einsetzen. **Wenner** und **Schweinitz** wurden unverzüglich zurück in die Schweiz geflogen, von wo aus sie zurück nach Bozen gelangten.

Die 3-seitige Kapitulationsurkunde diente wenige Tage später auch als Grundlage für die Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims, die von Großadmiral **Dönitz** als neuernanntem Staatschef veranlaßt und von Generaloberst **Alfred Jodl** sowie Generaladmiral **Friedeburg** unterzeichnet wurde.

Doch es sollten noch weitere Hindernisse auftreten: Am 28.4. -- zwei Tage vor seinem Tod -- hatte **Hitler** noch Generalfeldmarschall **Kesselring** zum Oberbefehlshaber aller deutschen Verbände in Süddeutschland und Italien ernannt, gleichzeitig den Generalen **Vietinghoff** und **Röttiger** die Befehlsgewalt entzogen und befohlen, die kapitulationsbereiten Offiziere zu verhaften

Dies zu einer Stunde, da Verona, Genua, Mailand, Venedig, aber auch schon Regensburg durch freiwillige Übergabe einzelner Kommandeure in alliierte Hände gefallen waren. Nicht daß **Kesselring** grundsätzlich gegen eine Kapitulation gewesen wäre, doch wollte er noch einige Tage Zeit für den Rückzug der Süd-ostarmee aus dem Balkan gewinnen.

Der von **Kesselring** als Nachfolger **Vietinghoffs** eingesetzte General **Friedrich Schulz** traf mit seinem Stabschef General **Wentzell** nachmittags am 30.4. in Bozen ein. Beide weigerten sich, gegen **Kesselrings** Befehl zu kapitulieren. **Röttiger** ließ sie einvernehmlich mit **Wolff** festnehmen, da die gegenwärtige Lage keinen Führungswechsel mehr zulasse. Während **Vietinghoff** befehlsgemäß zur Berichterstattung zum Karer See abgereist war, verblieb **Röttiger** noch "zwecks Übergabe des Hauptquartiers" in Bozen. In Wirklichkeit übernahm **Röttiger** nun den Oberbefehl über die Heeresgruppe und befahl als erstes die Unterbindung aller Telefon- und Fernschreibleitungen nach Deutschland. Dies gelang, doch die kommandierenden Generale der 10. und 14. Armee, **Herr** und **Lemelsen**, weigerten sich angesichts der festgesetzten Generale **Schulz** und **Wentzell**, von **Röttiger** Befehle entgegenzunehmen.

Wolff sorgte nun für die Freilassung der beiden, stimmte die anderen zufrieden und stellte auch die Verbindung zu **Kesselring** wieder her. **Röttiger** entschuldigte sich. Die Generalsbesprechung u.a. mit **Herr** und **Lemelsen** fand statt. Doch nun waren es plötzlich gerade diese beiden Armeeführer, die **Kesselring** zur Kapitulation drängten, da die militärische Lage wirklich aussichtslos war. Doch **Kesselring** war auch noch nach Stunden nicht zu erreichen.

Um 22.30 Uhr am 1. Mai ergriff General **Herr** die Initiative und wies seinen anwesenden Stabsoffizier an, die 10. Armee habe das Feuer am 2. Mai um 14 Uhr einzustellen. Daraufhin gaben **Wolff, v. Pohl** und **Lemelsen** gleichlautende Befehle aus. Marschall **Alexander** erhielt am 1.5. um 23 Uhr den Funkspruch, daß die Hauptmasse der in Italien stehenden Truppen, wie vereinbart, kapitulieren werde, allerdings ohne Einverständnis von **Kesselring** und **Schulz**.

Obgleich inzwischen die Nachricht vom Tod **Hitlers** bekanntgeworden war und damit der von den Soldaten geleistete Eid seine Bindung verloren hatte, erfolgten in nächtlicher Frühe des 2. Mai Verhaftungsbefehle gegen alle an den Kapitulationsvorbereitungen beteiligten Offiziere.

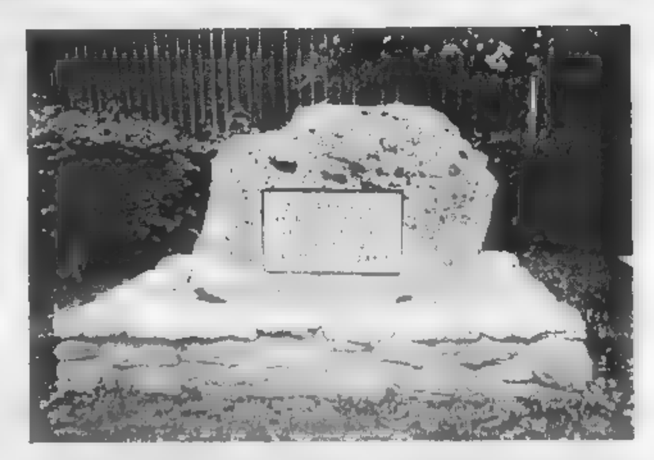
Da **Wolff** als SS-Obergruppenführer zunächst nicht genannt war -- er unterstand nicht der Zuständigkeit **Kesselrings** -- lockte dieser während der mitternächtlichen Konferenz die betroffenen Generale aus dem Besprechungsraum heraus, führte sie durch einen geheimen Seitenausgang aus dem Befehlsstollen und veranlaßte sie, sich rasch zu ihren Armee-Befehlsständen zu begeben, eine Verhaftung durch Selbstverteidigung zu vereiteln und ihren Verbänden die Kapitulationsvereinbarungen zu bestätigen. Kurz darauf hielt es auch **Wolff** für angebracht, eigene Panzer zu seiner Verteidigung aufzufahren.

An diesem Tag haben sich die Ereignisse so überstürzt, daß keiner der Verhaftungsbefehle mehr durchgeführt wurde. **Kesselring** versuchte noch um 2 Uhr früh, **Wolff** telefonisch zu bewegen, den Kampf fortzusetzen. Doch nach intensiver Erläuterung, daß weiterer Widerstand sinnlos und verlustreich sei, zudem den Tito-Partisanen ermögli-

che, den wichtigen Hafen Triest zu besetzen und den Kommunisten in Oberitalie nunerwünschte Machtpositionen zu erobern, willigte **Kesselring** in die Kapitulation ein und hob die Haftbefehle wieder auf. **Dr. Rahn** bewog schließlich **Kesselring**, die Generale **Vietinghoff** und **Röttiger** wieder mit ihren bisherigen Funktionen zu betrauen, um einheitliches Handeln der einzelnen Verbände zu gewährleisten.

So konnte **Wolff** erst 2 Stunden vor Feuereinstellung den pünktlichen Vollzug der Kapitulationsbedingungen an Marschall **Alexander** funken. Das Alliierte HQu war darauf schon vorbereitet, weil es den deutschen Funkverkehr innerhalb der Truppenverbände im Klartext mitgehört hatte.

Während der beschriebenen Kapitulationsverhandlungen hatten US-Truppen bereits Ende April 1945 mitten in Deutschland, wie hier bei Welda/Warburg, deutsche Kriegsgefangene auf offener Wiese zusammengepfercht. Benno Tins beschrieb in seinem Buch "In den Pferchen" die mörderischen Bedingungen auf diesem Ackergelände, ungeschützt gegen Regen und Kälte, bei Wassermangel, kargster Nahrung und katastrophalen hygienischen Verhältnissen. Die Zahl der Toten war nicht festzustellen, sie wurden mit US-LKW's weggefahren; die der tobsüchtig Gewordenen war auch nicht gering.



Für deutsche Soldaten nur ein armseliger Gedenkstein:
"Zur Erinnerung an 80.000 deutsche Kriegsgefangene, die hier 1945 eingesperrrt waren.

"Schüsse und immer wieder Schüsse gellen durchs Dunkel. So geht das in Welda Nacht für Nacht. Es gibt kein Wasser. Ami-Tankwagen fahren das Naß zu. Ein paar hundert kriegen was ab, Tausende stehen stundenlang vergeblich Schlange. Niemand vermag Ordnung zu schaffen, auch nicht die unbarmherzigen Knüppel, die wahllos niedersausen. ... Hunderte sinken um, einer nach dem anderen wird hinausgetragen. Vier Tage lang besteht die Verpflegung nur aus einem Riegel Schokolade. Es wird alles weggeschwemmt von einem Wolkenbruch, der die Nacht zum vollendeten Entsetzen werden läßt. Viele sind abgestumpft und zermürbt genug, in dem schmierigen Wasser einfach liegen zu bleiben. 29. April, Sonntag. Frostklamm, häßlich breitet er sich aus...."

Am 18. April war bereits Magdeburg gefallen, Leipzig am Tag darauf. Am 25. April trafen sich die ersten Rotarmisten mit den Amerikanern bei Torgau an der Elbe. Auch die Engländer hatten einige Tage vorher schon bei Lauenburg die Elbe überschritten und sich ins westliche Mecklenburg vorgekämpft.

Am 3. Mai entsandte der inzwischen im Testament Hitlers zum Reichspräsidenten ernannte Großadmiral **Karl Dönitz** seinen neuernannten Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral v. **Friedeburg** in das Hauptquartier des britischen Oberkommandierenden Feldmarschall **Montgomery** bei Lüneburg, um dort die Kapitulation der deutschen Kräfte an der britischen Front, so auch in den Niederlanden und Dänemark und für die U-Boote zu unterzeichen; sie trat am 5. Mai um 8 Uhr in Kraft.

Gleichermaßen am 3. Mai 1945 ersuchte **Kesselring** telefonisch **Wolff** unter Verwertung seiner Funkverbindung Marschall **Alexander** zu bitten, einen Kontakt mit General **Eisenhower** herzustellen, um die Kapitulation seiner Truppen im Bereich der südlichen Westfront einzuleiten. Tatsächlich kam auf diese Weise am 6. Mai die Kapitulation der Heeresgruppe G (1. und 19. Armee) unter **Kesselring** und dem US-General **Devers** zustande, die am 4. Mai in Haar bei München unterzeichnet wurde. Allerdings war auch diese Unterzeichnung verzögert worden, weil General **Eisenhower** kategorisch gefordert hatte, die Waffen auch gegenüber der Roten Armee niederzulegen..

Zwecks Unterzeichnung der Gesamt-Kapitulation der deutschen Wehrmacht gegenüber allen West-Alliierten entsandte **Dönitz** Generaladmiral **Friedeburg**, und am 6. Mai auch Generaloberst **Jodl** nach Reims in das HQu General **Eisenhowers**.

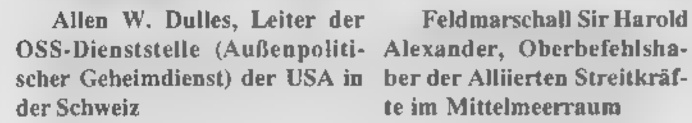
Jodl notierte das Ergebnis der Unterhandlung mit dem Generalstabs-Chef beim Alliierten Oberbefehlshaber in Europa, Generalleutnant **Bedell-Smith**:

"Einseitige Einstellung der Kampfhandlungen gegen West-gegner sei ganz unmöglich; es gäbe nur eine gemeinsame Kapitulation gegenüber allen Verbündeten. Wenn die Soldaten an der Ostfront den klar gegebenen Befehlen nicht folgten, so könne dafür weder die Regierung noch das OKW verantwortlich gemacht werden. Die in die amerikanischen Linien zurückkommenden deutschen Soldaten würden als Kriegsgefangene behandelt.

***Bedell-Smith** holt anschließend die Entscheidung General **Eisenhowers** zu diesen Vorschlägen ein. Dieser*







Allen W. Dulles, Leiter der OSS-Dienststelle (Außenpolitischer Geheimdienst) der USA in der Schweiz

Feldmarschall Sir Harold Alexander, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Mittelmeerraum

lehnt rundweg ab und verlangt:

a) Unterzeichnung noch heute,

b) Kapitulation träte unter allen Umständen am 9.5., 0.00 Uhr in Kraft,

c) ich hätte ½ Stunde Bedenkzeit für meine Entschließung. Lehne ich ab, so würden die Verhandlungen abgebrochen, und wir könnten dann später mit den Russen allein verhandeln. Der Bombenkrieg würde aufgenommen und die englischen und amerikanischen Linien für alle aus dem Osten kommenden Deutschen dicht gemacht." [11] S. 1481

Erst ein Funkspruch von **Dönitz** und Generelfeldmarschall **Keitel** bevollmächtigte **Jodl** zur Gesamtkapitulation, die er zusammen mit **Friedeburg** und General der Flieger **Wilhelm Oxenius** in Abwesenheit **Eisenhowers** am 7. Mai. um 2.30 Uhr unterzeichnete. Feuereinstellung war für den 8. Mai, 23 Uhr zu befehlen.

Keitel, Friedeburg und Generaloberst **Stumpff** (Vertreter des Generalfeldmarschalls **Ritter v. Greim** als Oberbefehlshaber der Luftwaffe) unterzeichneten am 9. Mai 0.00 Uhr den Kapitulationsakt gegenüber der Roten Armee im Hqu Marschall **Schukows** in Karlshorst bei Berlin mit sofortiger Wirkung.

Zwischen dem 1. und 9. Mai war es noch 1½ Millionen deutschen Soldaten gelungen, aus dem sowjetischen Raum in den westlichen zu entweichen. Dennoch lieferten die Amerikaner einen Teil der Entkommenen wieder an die Rote Armee aus.

Während Generaladmiral **Friedeburg** noch in Schleswig-Holstein Selbstmord begehen konnte, **Jodl** und **Keitel** vom Alliierten Militärtribunal als "Kriegsverbrecher" in Nürnberg am 16. Oktober 1946 hingerichtet wurden, **Dönitz** 10 Jahre Festungshaft in Berlin-Spandau absitzen mußte, auch Generalfeldmarschall **Kesselring** einem "Kriegsverbrecherprozeß" der Briten unterzogen, zum Tode verurteilt, schließlich begnadigt und im Juli 1952 entlassen wurde, hatten die Siegermächte gegen **Karl Wolff** kein "Kriegsverbrechermaterial" gefunden, obgleich es auf solches "Material" nie angekommen war. Dennoch sperrten sie ihn im Zeugenflügel des Nürnberger Gefängnisses ein.

Dafür hat ihn 1947 gleich anschließend eine "deutsche Spruchkammer" in Hamburg zu 4 Jahren Gefängnis und 1964 ein Münchener Schwurgericht zu weiteren 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, "*da er sich fortlaufend tief in Schuld verstrickt habe*". Seine enge Verbindung zum Reichsführer-SS **Heinrich Himmler** habe ihn zum "Mitwisser" gemacht, und sein Verbleiben in der obersten SS-Führung sei als Zustimmung z.B. auch zu der Ermordung von 300.000 Juden in Treblinka zu werten. Dabei spiele keine Rolle, daß er oft Einzelpersonen geholfen habe. -- Politische Justiz in der Bundesrepublik, die sich Deutschland nennt. Seine mit großem persönlichen Einsatz durchgeführte Rettungsaktion für die deutschen Italienfrontkämpfer blieb ungewürdigt.

Die Feindstaaten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg

Was hatte Deutschland diesen Nationen angetan?

Polen hatte 1939 Deutschland eindeutig zum Einmarsch provoziert mit Mißhandlung, Austreibung und beginnender Ausmordung der dort ansässigen deutschen Bevölkerung, der Hungerblockade gegen Danzig, der verweigerten Verhandlungsbereitschaft, den zahllosen Grenzzwischenfällen polnischer Überfallkommandos, dem Aufmarsch seiner Armeen an der deutschen Grenze und proklamierten Eroberungszielen.

Belgien, Luxemburg und die **Niederlande** hatten sich 1939/1940 infolge ihrer Bündnis- und Militärpolitik auf die Seite der Reichsfeinde gestellt und ihre neutrale Haltung längst aufgegeben.

Dänemark und **Norwegen** standen kurz vor einer Besetzung durch britische und französische Streitkräfte. In Norwegen waren bereits einige britische Truppenkontingente angelandet worden. Während Dänemark sich ohne Feindseligkeit von der Wehrmacht besetzen ließ und auch keinen Krieg erklärte, hat Norwegen sich durch Hinnahme britischer Neutralitätsverletzungen als Gegner Deutschlands ausgewiesen und anläßlich der völkerrechtlich gerechtfertigten Präventivmaßnahmen, die der britischen Invasion um Stunden zuvorkamen, Deutschland den Krieg

11) Percy E. Schramm (Hrsg.), "Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1944 - 1945", Teilband II, Herrsching 1982.

erklärt.

Griechenland hatte 1941 den Einmarsch der Wehrmacht dadurch provoziert, daß es britische Truppen hatte in seinem Territorium anlanden lassen.

Die Putschregierung in **Jugoslawien** hatte sich 1941 gegen eine Friedenspolitik mit Deutschland aufgelehnt und war dabei, dem Willen Winston Churchills folgend, "den Balkan in Brand zu setzen".

Am 19. August 1939 hatte Stalin für die UdSSR insgeheim den Eroberungskrieg gegen Europa beschlossen und begonnen, eine gewaltige Übermacht an Truppen, Panzern, Flugzeugen und Waffen in die "westlichen Grenzbezirke" zu verlagern, um noch Ende Juni 1941 den geplanten Überfall auf Europa durchzuführen, dem Deutschland 8, allenfalls 14 Tage zuvorgekommen war. Der deutsche Präventivschlag zur Sicherung der eigenen Existenz war völkerrechtlich gerechtfertigt.

Die **USA** haben sich seit 1939 an der britisch-französischen Kriegführung beteiligt, diese sogar schon seit 1933, verstärkt seit 1937/1938 angestachelt, so daß die Kriegserklärung Hitlers am 11. Dezember 1941 lediglich einen seit 2 Jahren von den USA verursachten Zustand öffentlich zum Ausdruck brachte und deutsche Gegenmaßnahmen ermöglichte.

Alle anderen -- die nachfolgend aufgeführten -- Feindstaaten **haben den Krieg an Deutschland erklärt**, obgleich das Reich mit ihnen keinerlei Differenzen hatte. Keiner dieser Staatsmänner erhielt einen Prozeß wegen "Verschwörung gegen den Weltfrieden"! Stattdessen gelten die Deutschen, die sich nie gegen diese Staaten "verschworen" haben, als die "Weltverschwörer"! Da stimmt doch etwas in den Gehirnen der verantwortlichen Politiker und Propagandisten nicht!

1939

1.9. Polen
1.9. Tschechoslowakei (nicht autorisierte Exilregierung)
3.9. Großbritannien
3.9. Frankreich
3.9. Australien
3.9. Bangladesch*)
3.9. Burma*)
3.9. Ceylon*)
3.9. Indien*)
3.9. Judea/Israel (Jüdischer Weltkongreß)
3.9. Jordanien*)
3.9. Kambodscha*)
3.9. Laos*)
3.9. Marokko*)
3.9. Monaco
3.9. Neuseeland
3.9. Pakistan*)
3.9. Tunesien*)
3.9. Vietnam*)
4.9. Südafrikanische Union
7.9. Kanada

1940

9.4. Island
9.4. Norwegen
10.5. Belgien
10.5. Luxemburg
10.5. Niederlande
10.5. Indonesien
14.6. "Freies Frankreich"

1941

6.4. Griechenland
6.4. Jugoslawien
22.6. Sowjetrußland
9.12. China
11.12. USA
11.12. Costa Rica
11.12. Dominikanische Republik
11.12. Guatemala
11.12. Cuba
11.12. Nicaragua
11.12. Phillipinen
11.12. Puerto Rico
12.12. El Salvador
12.12. Haiti
12.12. Panama
13.12. Honduras

1942

22.5. Mexiko
22.8. Brasilien
9.10.. Äthopien (Abessinien)

1943

16.1. Irak*)
7.4. Bolivien
9.9. Persien (Iran)
13.10. Italien
27.11. Kolumbien

1944

27.1. Liberia
26.8. Rumänien
8.9. Bulgarien
21.9. San Marino
30.12. Ungarn

1945

2.2. Ecuador
8.2. Paraguay
13.2. Peru
16.2. Venezuela
22.2. Uruguay
23.2. Chile
23.2. Türkei
26.2. Ägypten
26.2. Syrien
27.2. Libanon
1.3. Saudi-Arabien
3.3. Finnland
27.3. Argentinien

*) Die so gekennzeichneten Staaten befanden sich z.Zt. des Kriegseintritts in kolonialem, alle anderen in wirtschaftlichem oder politischem Abhängigkeitsverhältnis zu den Imperialstaaten Großbritannien, Frankreich, USA oder der UdSSR.

Der letzte Wehrmachtsbericht

9. Mai 1945

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

....

Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat nun die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht.

Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.

Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk, für immer Unvergeßliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften und unter schwersten Opfern unterstützt.

Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren, gerechten Urteil ihre endgültige Würdigung finden.

Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen.

Jeder Soldat kann deshalb die Waffen aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.

Die Wehrmacht gedenkt in dieser Stunde ihrer vor dem Feind gebliebenen Kameraden.

Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.





"Eine deutsche Einheit löst sich auf."
Prof. Dr. Herbert Michaelis/ Walter Hubatsch u. a. (Hrsg.) "Der Zweite Weltkrieg", Berlin - München - Wien 1976 S. 16.

Niemand hat den Wagen links im Bild als "Vergasungswagen" eingestuft, sondern gleichermaßen wie die anderen als Mannschafts- und Gerätewagen. Er gehörte wie selbstverständlich zum Troß dazu. Dieser Wagen auf diesem Foto ist insofern interessant und bedeutsam, weil laut Nbg. PS-501 "Dokument" ein unbekannter SS-Untersturmführer, Sanitätsdienstgrad Becker (ein Leutnant als Sgd ist schon seltsam genug!), in einem als "Geheime Reichssache" deklarierten Schreiben aus Kiew ohne weitere Dienststellenangabe (auch dies ist seltsam genug!) am 16.5.42 an SS-Obersturmbannführer (Major) Rauff per Feldpostnummer in Schreibmaschinenschrift (einschließlich seines Absendernamens) u.a. vermerkt hat:

"Die wagen (klein, -- d. Verf.) *der Gruppe D habe ich als Wohnwagen tarnen lassen* (ein Leutnant eigenmächtig, höchst unglaubwürdig!, -- d. Verf.), *indem ich an den kleinen wagen auf jeder Seite einen* (statt in richtigem deutsch "ein", -- d. Verf.) *an der grosse* (sic!) *wagen zwei Fensterle anbringen liess* ("ß" ist dem Sdg unbekannt!, -- d. Verf.), *wie man sie oft an den Bauernhäusern auf dem Lande sieht. Die Wagen* (Mehrzahl, -- d. Verf.) *waren so bekannt geworden, dass nicht nur die Behörden, sondern auch die Zivilbevölkerung den Wagen* (Einzahl, -- d. Verf.) *als »Todeswagen« bezeichneten, sobald eines dieser Fahrzeuge auftauchte. Nach meiner Meinung kann er auch getarnt nicht auf die Dauer verheimlicht werden. ..."*

Und seltsam: Bei Auflösung dieser Einheit hat das niemand bemerkt? Man ließ ihn einfach stehen, und niemand hat ihn gefunden, obgleich er so "bekannt war"? Da ist doch sichtlich wieder einmal jemandem ein Fehler unterlaufen!

Näheres zum Thema und Originalabdruck des "Nbg. PS-501 Dok" in Ernst Gauss, "Grundlagen zur Zeitgeschichte", Tübingen 1994, S. 214 oder Bundesarchiv LXIV B 26, S. 155 oder auch*Historische Tatsachen* Nr. 5 S. 29 ff.

	Beendigung des Kriegszustandes	Einwohner
Ägypten	14.5.1951	37.230.000
Äthiopien	17.7.1951	27.950.000
Albanien	18.3.1955	2.432.000
Argentinien	30.8.1951	25.380.000
Australien	9.7.1951	13.685.000
Belgien	12.7.1951	9.800.000
Bolivien	30.3.1950	5.630.000
Brasilien	16.11.1945	107.140.000
Bulgarien	1.3.1955	8.221.000
Burma	9.7.1953	
Chile		10.250.000
China (National)	22.10.1955	
China (Volksrepublik)	7.4.1955	838.800.000
Costa Rica	1952	1.970.000
Dänemark	7.7.1951	5.060.000
Dominikanische Republik	10.7.1951	4.700.000
Ecuador		6.731.000
El Salvador	1.9.1951	4.040.000
Finnland	14.3.1954	4.710.000
Frankreich	9.7.1951	52.658.000
Griechenland	30.6.1951	9.050.000
Großbritannien	9.7.1951	55.960.000
Guatemala	22.5.1956	5.650.000
Haiti	27.9.1951	4.580.000
Honduras		3.040.000
Indien	1.1.1951	600.000.000
Irak	25.11.1953	11.120.000
Iran	27.11.1951	33.020.000
Israel		
Italien	1951	58.810.000
Jugoslawien	21.7.1951	21.350.000
Kanada	10.7.1951	22.830.000
Kolumbien	29.9.1951	23.540.000
Kuba	22.8.1951	9.090.000
Libanon	7.1.1952	2.870.000
Liberia	1952	1.718.000
Luxemburg	12.7.1951	360.000
Mexiko	30.7.1951	60.150.000
Neuseeland	6.7.1951	3.090.000
Nicaragua	1952	2.160.000
Niederlande	1951	13.650.000
Norwegen	13.7.1951	4.100.000
Pakistan		70.260.000
Panama		1.670.000
Paraguay	26.11.1951	2.651.000
Peru	1.9.1951	15.870.000
Philippinen	18.5.1954	42.510.000
Polen	18.2.1955	34.180.000
Rumänien	8.3.1955	21.180.000
San Marino		19.000
Saudi-Arabien		8.700.000
Sowjetunion	28.1.1955	256.700.000
Südafrikanische Union	5.7.1951	22.600.000
Syrien	28.1.1952	7.350.000
Tschechoslowakei	3.2.1955	14.800.000
Türkei	18.7.1951	39.180.000
Ungarn	18.3.1955	10.540.000
Uruguay	30.3.1953	3.060.000
USA	19.10.1951	215.000.000
Venezuela	1953	11.990.000

Die Feindstaaten-Klauseln der UNO-Satzung

Beschluß über die Satzung der Vereinten Nationen (UNO-Satzung) auf der Konferenz von San Francisco am 28. Juni 1945:

Artikel 53

"1. Der Sicherheitsrat soll, wo es ihm tunlich erscheint, regionale Abkommen oder Organe (nach Art. 52) zur Durchführung der von ihm angeordneten Zwangsmaßnahmen heranziehen. Aufgrund regionaler Abkommen oder durch regionale Organe sollen jedoch keine Zwangsmaßnahmen ohne die Erlaubnis des Sicherheitsrates ergriffen werden.

Ausgenommen von dieser Beschränkung bleiben Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat im Sinne von Ziff 2 dieses Artikels, wie sie in Art. 107 vorgesehen sind, oder in regionalen Abkommen, die zur Verhinderung einer Wiederkehr der Angriffspolitik eines solchen Staates abgeschlossen worden sind. (...)

2. Die Bezeichnung ,»Feindstaat« im Sinne von Ziff. 1 dieses Artikels findet auf jeden Staat Anwendung, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Unterzeichners der vorliegenden Satzung war."

Artikel 107

"Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung kann Maßnahmen ungültig machen oder ausschließen, die infolge des Zweiten Weltkrieges gegen einen Staat, der während des Krieges Feind irgendeines Unterzeichners dieser Satzung war, von Regierungen unternommen oder genehmigt wurden, welche die Verantwortung für solche Maßnahmen tragen."

Mit anderen Worten: Alle Maßnahmen irgendeiner der kriegführenden Mächte gegen "die Feinde der Vereinten Nationen" sind gerechtfertigt und werden von keinem Artikel der UNO-Satzung tangiert. Die für die »Vereinten Nationen« in ihrer Satzung verkündeten Postulate von der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen usw. gelten für

"die Feinde" nicht. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen (dies trifft hauptsächlich für die -- jetzt ehemaligen -- Besatzungsmächte USA, Großbritannien, Frankreich und Rußland zu, da sie die unmittelbare Macht hierfür haben) kann unabhängig vom Weltsicherheitsrat in die Souveränitätsrechte eines "Feindstaates" eingreifen, um Maßnahmen zu ergreifen, die eine behauptete "Wiederkehr der Angriffspolitik" zu verhindern geeignet sind. Was kann man doch mit einem solchen Freibrief des »neuen Völkerrechts« alles machen, zumal noch dem "befreiten" Staat ein Grundgesetz aufgenötigt wird, in dessen § 25 das "internationale Völkerrecht" als dem innerstaatlichen Recht übergeordnet verankert wird!

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973 besteht das "Deutsche Reich" fort, wenngleich es nicht handlungsfähig ist. Da Friedensverträge mit Deutschland bisher nicht abgeschlossen worden sind, die Bundesregierung auch nie darauf gedrängt hat -- selbst nicht bei ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen --, die Feindstaatenklauseln abzuschaffen, hat sie die Rolle eines dauerdiskriminierten Status für ihr Volk widerspruchslos anerkannt. Über diesen Tatbestand helfen keine Sprüche hinweg, die davon künden, daß die Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung zwischenzeitlich "obsolet" geworden seien.

Die Verluste des deutschen Volkes während des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach

Gefallen, ermordet:

3.250.000 deutsche Soldaten während des Krieges

1.000.000 zivile Opfer des Bombenterrors (Mindestzahl), vorwiegend Kinder, Frauen und Greise

3.242.000 deutsche Soldaten in alliierter Gefangenschaft



Großadmiral Karl Dönitz rettete mit beispiellosen Marineeinsätzen in der Ostsee gegen Kriegsende mehr als 2,5 Millionen zur Flucht aus den deutschen Ostprovinzen gezwungene Frauen, Kinder, Männer und Soldaten auch aus dem Kurland-Kessel. Von Adolf Hitler als Nachfolger eingesetzt, wurde er von den Siegermächten in entwürdigender Form Ende Mai 1945 gefangengesetzt, als Kriegsverbrecher angeklagt und trotz fehlender Beweise für verbrecherische Befehle oder kriegswidriges Verhalten seiner U-Bootbesatzungen zu 10 Jahren Festungshaft als "Kriegsverbrecher" verurteilt.

Von den 3.242.00 Soldaten:

2.000.000 unter Sowjetherrschaft

1.000.000 in amerikanischen Lagern

120.000 unter französischen Verhältnissen

100.000 in Jugoslawien

22.000 in Polen und der Tschechoslowakei

Volksdeutsche Opfer

472.400 während der Kriegszeit und kurz davor (ohne Nachkriegsopfer), davon in Polen 77.000, in Rußland 300.000, in anderen osteuropäischen Staaten 95.400.

Vertreibungsopfer

3.280.000 Kinder, Frauen und Greise aus den ostdeutschen Provinzen, Osteuropa und dem Balkan

370.000 Zivilverschleppte Deutsche, gestorben in Rußland

500.000 Zivile Opfer in der sowjetischen Besatzungszone

60.000 Zivile Opfer beim Einmarsch der Sieger in Österreich

120.000 Zivile Opfer in sowjetischen KZ-Lagern

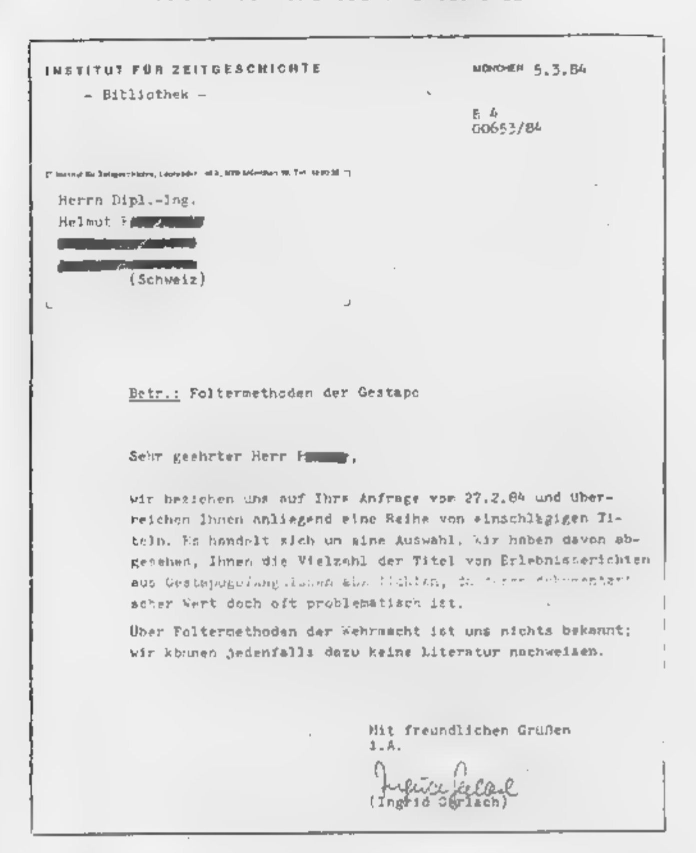
eine erschreckend hohe, nie richtig ermittelte Zahl von Mordopfern durch vornehmlich US-Truppen nach Beendigung der Kampfhandlungen sowie deren Nachkriegsjustiz**)

5.700.000 Zivile Opfer an Unterversorgung in den 4 Besatzungszonen zwischen 1945 und 1948.

Militärische und politische Opfer des deutschen Volkes über 11 - 16 Millionen davon über 7 Millionen nach Beendigung des Krieges

**) In diesen Zahlen kommen weder materielle Schäden noch die zum großen Teil über 10-jährigen Verhältnisse von Gefangenschaft und Justizterror gegen ungezählte Einzelpersonen zum Ausdruck.

"Über Foltermethoden der Wehrmacht ist uns nichts bekannt"



INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE
– Bitliothek –

MÜNCHEN 5.3.84

E 4
00653/84

Herrn Dipl.-Ing.
Helmut F[geschwärzt]
[geschwärzt]
[geschwärzt]
(Schweiz)

Betr.: Foltermethoden der Gestapo

Sehr geehrter Herr F[geschwärzt],

wir beziehen uns auf Ihre Anfrage vom 27.2.84 und überreichen Ihnen anliegend eine Reihe von einschlägigen Titeln. Es handelt sich um eine Auswahl. Wir haben davon abgesehen, Ihnen die Vielzahl der Titel von Erlebnisberichten aus Gestapogefängnissen abzulichten, da deren dokumentarischer Wert doch oft problematisch ist.

Über Foltermethoden der Wehrmacht ist uns nichts bekannt; wir können jedenfalls dazu keine Literatur nachweisen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
(Ingrid Gerlach)

Institut für Zeitgeschichte, München 5.3.1984:

"Wir haben davon abgesehen, Ihnen die Vielzahl der Titel von Erlebnisberichten aus Gestapogefängnissen abzulichten, da deren dokumentarischer Wert doch oft problematisch ist.
Über Foltermethoden der Wehrmacht ist uns nichts bekannt; wir können jedenfalls dazu keine Literatur nachweisen."

Eidesstattliche Erklärung

Eidesstattliche Versicherung von **Otto Günsche** vom 26.3.1982 (Im Besitz von Fritz Becker):

"Ich versichere hiermit an Eidesstatt, daß während meiner Dienstzeit als persönlicher Adjutant Adolf Hitlers in den Jahren 1943, 1944 bis April 1945 niemals mein Gepäck oder mein persönliches Eigentum beim Betreten oder Verlassen des FHQ's einer Kontrolle unterzogen worden ist. Dies trifft auch zu für alle anderen Angehörigen des FHQ's. Einen Befehl, Gepäckstücke der Angehörigen des FHQ's beim Betreten oder Verlassen des Hauptquartiers, auch der Sperrkreise I und II (Führerbunker und Unterkünfte des persönlichen Stabes Adolf Hitlers) zu überprüfen, hat es nicht gegeben.

Nach dem Attentat am 20. Juli 1944 wurden lediglich fremde Besucher beim Betreten des sogen. Sperrkreises I (Führerbunker) von Beamten des RSD (Reichssicherheitsdienst) aufgefordert, ihre Pistolen abzulegen. Außerdem wurde deren Handgepäck (Akten- und Kartentaschen) überprüft." [12]

12) Fritz Becker, "Stalins Blutspur durch Europa" aaO,. S. 404.

BUNDESKANZLERAMT

28. Juni 1999

063 - K - 410 127/99/0001

An die
Lagergemeinschaft
ehemals Deportierter
des Lagers 1902 in Kimpersai
Herrn Dr. Manfred Peters

Sehr geehrter Herr Dr. Peters,

Bundesminister Hombach bedankt sich für Ihre Zuschrift vom 8. Mai 1999 zur Wiedergutmachung für die 1945 vom NKWD in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppten Deutschen. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten.

Nach einem Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 mit dem Titel „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945 - 1948", herausgegeben von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, dürfte die „Anzahl der in die Sowjetunion als 'Reparationsverschleppte' sowie 'Vertragsumsiedler' verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße ... mehr als 400 000 Menschen betragen haben". Der ganz überwiegende Teil dieser Personen dürfte in der ehemaligen UdSSR zur Zwangsarbeit herangezogen worden sein. Der größte Teil der Zwangsdeportierten hat die Internierung und die Lager nicht überlebt.

Der Bundesregierung ist bewußt, daß viele Deutsche während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach Opfer von Gewalt und Willkür durch fremde Mächte wurden. So groß dieses Unrecht auch war: Es hatte seine Wurzeln im NS-Unrecht. Die Bundesregierung hat nicht zuletzt auch deshalb davon abgesehen, Entschädigungsforderungen gegenüber diesen Staaten zu stellen. Die deutsche Nachkriegsgesetzgebung hat im Rahmen der Möglichkeiten Ausgleichsregelungen für die deutschen Opfer geschaffen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Widmaier

"Bundeskanzleramt, Bonn am 28. Juni 1999
...

Bundesminister Hombach bedankt sich für Ihre Zuschrift vom 8. Mai 1999 zur Wiedergutmachung für die 1945 vom NKWD in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppten Deutschen. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten.

Nach einem Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 mit dem Titel "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945 - 1948", herausgegeben von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, dürfte die 'Anzahl der in die Sowjetunion als »Reparationsverschleppte« sowie »Vertragsumsiedler« verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße ... mehr als 400.000 Menschen betragen haben. Der ganz überwiegende Teil dieser Personen dürfte in der ehemaligen UdSSR zur Zwangsarbeit herangezogen worden sein. Der größte Teil der Zwangsdeportierten hat die Internierung und die Lager nicht überlebt.

Der Bundesregierung ist bewußt, daß viele Deutsche während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach Opfer von Gewalt und Willkür durch fremde Mächte wurden. So groß dieses Unrecht auch war: Es hatte seine Wurzeln im NS-Unrecht. Die Bundesregierung hat nicht zuletzt auch deshalb davon abgesehen, Entschädigungsforderungen gegenüber diesen Staaten zu stellen. Die deutsche Nachkriegsgesetzgebung hat im Rahmen der Möglichkeiten Ausgleichsregelungen für die deutschen Opfer geschaffen." [13]

13) Fundort: Peter Dehoust, "Zwangsarbeiter -- Lüge und Wahrheit", Nation Europa Verlag, Coburg 2000, S. 147.

Revidierte Geschichten

Babi Jar

Peter Nowick ergänzt und bestätigt in seinem Buch "Nach dem Holocaust" die in ***HT*** Nr. 51 durchgeführte Analyse über die behaupteten Massenmorde in Babi Jar bei Kiew. Seine Ausführungen hierzu sollten, weil der Stimme aus den USA in heutiger Zeit mehr Gewicht zukommt als einem deutschen Historiker, nicht im Abseits bleiben, wo sie kaum einer wiederfindet:

*"Nach der Rückeroberung Kiews durch die Sowjets hob der Korrespondent der **New York Times**, der die Rote Armee begleitete, gegenüber der Behauptung sowjetischer Beamter, in Babi Jar seien Zehntausende von Juden ermordet worden, hervor:*

»Kein Zeuge der Erschießungen .... hat mit dem Korrespondenten gesprochen. Es ist unmöglich zu beurteilen, ob die uns erzählte Geschichte wahr oder falsch ist. In der Schlucht gibt es kaum Beweise, die die Geschichte bestätigen oder widerlegen könnten.« ...

Ein britischer Diplomat gab seiner Skepsis in bezug auf die sowjetische Geschichte von Babi Jar Ausdruck, indem er bemerkte,

'Wir selbst haben zu verschiedenen Zwecken Gerüchte über Greuel- und Schreckenstaten ausgestreut, und ich zweifle nicht daran, daß dieses Spiel weit verbreitet ist.' " [14]

Aus diesen Ausführungen sollte zweierlei noch einmal betont werden:

1) Mit welcher Naivität us-amerikanische Korrespondenten, die die Rote Armee begleiteten, ihre Arbeit verrichteten, geht allein schon daraus hervor, daß hier von "sowjetischen Beamten" gesprochen wurde, wobei es doch einem jeden Sachkenner von vornherein klar war, daß es im Sowjetstaat nie Beamte gegeben hat, sondern nur Angestellte, Dienstverpflichtete, die jederzeit entlassen, ins Arbeitslager verschickt oder erschossen werden konnten.

2.) Weder haben die Sowjets anläßlich ihrer Rückeroberung von Kiew irgendwelche, geschweige denn mit international anerkannten Spezialisten durchgeführte Untersuchungen über die "Massaker von Babi Jar" angestellt, Beweise vorgelegt, Ausgrabungen versucht oder Zeugen präsentiert, noch haben die begleitenden Journalisten der Amerikaner oder Engländer oder auch deren Regierungen nach Lesen der übersandten Korrespondenzberichte solche Initiativen angefordert.

Peter Nowick ergänzte im übrigen die Feststellung jenes ungenannt gebliebenen britischen Diplomaten, der auf das "*weit verbreitete Spiel*" mit der Ausstreuung von Gerüchten hingewiesen hatte, mit der Erinnerung an die Aussage des Archivleiters von Jad Vashem in Jerusalem gegenüber einem Reporter vor einigen Jahren:

"Die meisten der vom Archiv gesammelten 20.000 Zeugenaussagen seien unzuverlässig. Viele waren nie an den Orten, an denen sie angeblich Greueltaten erlebt hatten, während andere sich auf Informationen aus zweiter Hand stützten, die sie von Freunden oder Unbekannten erhielten." [15]

Jedwabne

Dieses Dorf in Polen ca. 60 km östlich von Bialystok soll, so wurde nach 1945 jahrzehntelang berichtet, ein Ort deutscher Massaker in der Größenordnung von 1.600 ermorderter Juden gewesen sein, -- durchgeführt beim Einmarsch deutscher Truppen im Jahre 1941, kurz nach Beginn des Rußlandfeldzuges.

Ein von den Sowjets nach der "Befreiung" aus rauhem Gestein gemeißeltes Denkmal kündet in polnischer Sprache davon, daß hier "*Gestapo und Nazi-Soldaten 1.600 Juden verbrannt*" hätten.

Am 18. März 2001 erst enthüllte ***Associated Press*** und ***The Plain Dealer -- International*** in den USA, daß der wahre Sachverhalt inzwischen in Polen offiziell richtiggestellt und das Denkmal abgerissen worden ist.

Die Juden von Jedwabne wurden tatsächlich am 10. Juli 1941

"zu Tode gebracht, nicht von den Nazis, sondern von ihren Nachbarn -- polnischen Mitbürgern.

*Grausame Einzelheiten, die in dem Buch »Neighbors« (»Nachbarn«) des polnisch-jüdischen Emigranten **Jan Tomasz Gross**, der Polen nach den antijüdischen Ausschreitungen 1968 verlassen hatte und nun an der New York University lehrt, aufgeführt werden, haben dazu beigetragen, den Deckel von jahrzehntelanger kommunistischer Propaganda explosionsartig zu entfernen. Und dies zwang die Polen dazu, ihr Selbstbildnis als Opfer -- und niemals Kollaborateure -- der Nazi-Unterdrücker ganz nüchtern neu zu bewerten.*

Der Staatspräsident entschuldigt sich, und der Oberhirte seiner römisch-katholischen Kirche plant besondere gemeinsame Gebete von Katholiken und Juden.

Experten haben gestern begonnen, den Boden zu untersuchen, um die Stelle zu finden, wo die Toten liegen. Wissenschaftler werden eine spezielle Ton-Echo-Ausrüstung verwenden, um festzustellen, wo die Morde begangen wurden, so daß

---

14) Peter Nowick, "Nach dem Holocaust -- Der Umgang mit dem Massenmord", München, DVA 2001, S. 37 + 38. + *New York Times*, 29.11.1943: W.H. Lawrence "50.000 Kiew Jews Reported Killed"

15) Peter Nowick, "Nach dem Holocaust" aaO. S. 345 verweist auf Shmuel Krakowski, zitiert in Barbara Amouval, "Doubts over Evidence of Camp Survivors", ***Jerusalem Post***, 17. August 1986, S. 1.

*ein Friedhof für die Opfer gebaut werden kann, berichtet die staatliche Nachrichtenagentur **PAP**.*

Die von einer Behörde, die Friedhöfe und Denkmäler aus der Kriegszeit überwacht, angeordnete Suche vollzieht sich auf der Grundlage von Luftaufnahmen des Ortes, die 1950 und 1953 gemacht worden waren.

Die Bilder zeigen die Umrisse einer Scheune, wo die Opfer verbrannt wurden, und das angrenzende Umfeld, das später landwirtschaftlich erschlossen wurde.

Ein neues Denkmal wird in der Nähe der Stätte errichtet, sagte ein Regierungsbeamter am Freitag. ...

Jedwabne war nicht das einzige Pogrom der Polen, aber es war das größte -- und ist nun vielleicht das am besten dokumentierte. ...

Historiker akzeptieren zwar im allgemeinen, daß die Polen zumindest eine Teilschuld an den schrecklichen Ereignissen in Jedwabne trifft, aber es gab niemals eine glaubwürdige Untersuchung. Das Buch »Neighbors« beruht zum Teil auf Zeugenaussagen jüdischer Überlebender und nichtjüdischer Einwohner und behandelt die erste gründliche Untersuchung des Massakers.

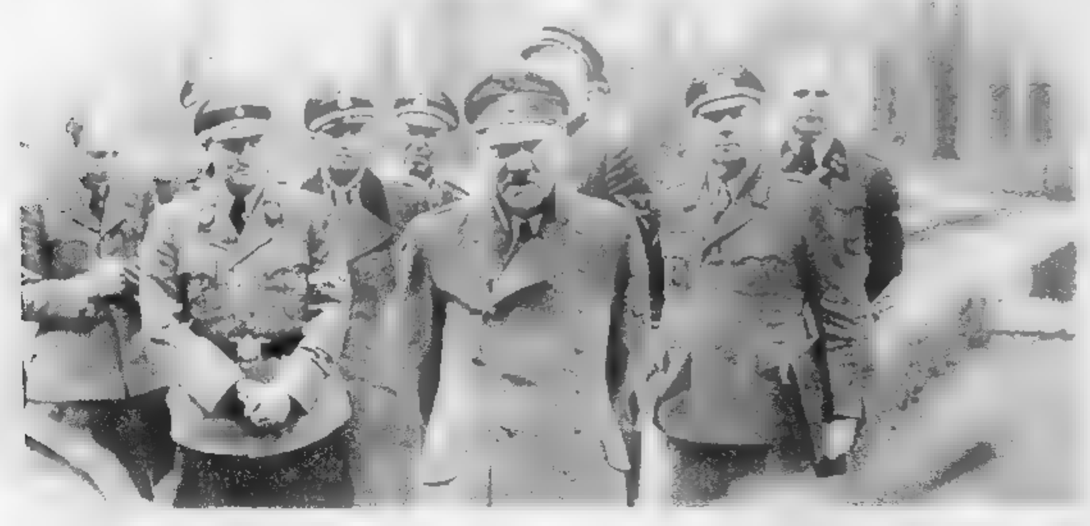
***Gross** schreibt, daß, als Nazi-Kommandeure in das ostpolnische Dorf hineinkamen, sie »leicht zu einer Vereinbarung« mit den örtlichen Behörden kamen, was mit den Juden geschehen sollte. Hunderte von ihnen, darunter Frauen und Kinder, wurden bald zum Marktplatz gebracht. Sie wurden mit Knüppeln verprügelt und mit Steinen beworfen, dann in eine Scheune getrieben, die verschlossen und in Brand gesetzt wurde.*

*Wenn Jedwabne nicht von den Deutschen besetzt worden wäre, dann wären die Juden von Jedwabne auch nicht von ihren Nachbarn ermordet worden, schreibt **Gross**. Aber die unmittelbare Beteiligung der Deutschen beschränkte sich im wesentlichen darauf, Fotos und Filme zu machen."*

Dieses Thema scheint noch nicht so abgeschlossen zu sein, wie z.B. Katyn, für das es internationale Untersuchungen und Beweismittel verschiedenster Art in Hülle und Fülle gibt, die der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten bekannt sind. Das Buch von **Jan Tomasz Gross** »Neighbors« -- es ist inzwischen auch in polnischer Sprache erschienen -- hat demgegenüber den Nachteil, daß es von dem Autor einer beteiligten Partei verfaßt ist, der offensichtlich erhebliche Wissenslücken aufweist bzw. der Öffentlichkeit aus politischen Gründen wesentliche Einzelheiten und Zusammenhänge vorenthält. Immerhin ist beachtlich: es hatte dennoch die Auswirkung, daß sich der polnische Staatspräsident **Aleksander Kwasniewski**, ein ehemaliger Komunist, veranlaßt gesehen hat zu versprechen, er werde am 60. Jahrestag des Massakers im Juli 2001 eine formelle Entschuldigung zum Ausdruck bringen, wenngleich er die Vorstellung zurückweist, daß Polen sich kollektiv schuldig bekennen sollte. Bereits Ende Mai waren in Polen ausgedehnte kirchliche Sühne-Gedenkmessen abgehalten worden, in denen ganz offen die alleinige polnische Verantwortung an diesen Massakern bekundet wurde. Selbst das deutsche Fernsehen brachte Ausschnitte hiervon.

Die Wochenzeitung ***Der Schlesier*** hat in ihrer Ausgabe vom 27.4.01 dieses Thema, ausgehend von der polnischen Quellenlage, besprochen und ergänzt. So wurde aus jetzt gesichteten Akten ermittelt, daß die deutsche Presse schon 3 Tage vor den Ereignissen in Jedwabne von einem ähnlichen Massaker an rund 800 Juden im benachbarten Dorf Radzilów berichtet hatte. Dies hat nunmehr das Warschauer »Institut für nationales Gedenken« ans Tageslicht gebracht.

War polnischer Judenhaß in früheren Jahren auch schon des öfteren ausgebrochen, so führt der Autor **Jan Tomasz Gross** die Ereignisse im Juli 1941 in Ostpolen auf die für viele Polen verhängnisvolle Kollaboration der dortigen Juden mit den Sowjets seit Mitte September 1939 zurück. Bekanntlich hatten die Sowjets seinerzeit nicht nur alle Besitzenden unter ihrer Herrschaft in Ostpolen enteignet, sondern auch noch 1,692 Millionen Polen, Juden, Weißrussen und Ukrainer nach Rußland deportiert und Hunderttausende eingekerkert.[16)]



Adolf Hitler am 20. April 1945, seinem 56. Geburtstag im Gelände der Reichskanzlei im Kreise engster Mitarbeiter der letzten Stunden. 10 Tage verblieben ihm noch bis zu seinem Selbstmord in Reichweite der ersten sowjetischen Panzer.

16) Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", New York - London 1958, S. 46.

US-Chefankläger Robert Kempner hätte es wissen müssen

Rückblickend in seinen Lebenserinnerungen vermerkt er:

"Wenn der vorzügliche Historiker Raul Hilberg fragt:

»Warum gab's kein Kapitel Endlösung im IMT-Prozeß?«

antworte ich:

Das Wort Endlösung gab's damals noch nicht einmal. Es gab die Toten, es gab Befehle vom Reichssicherheitshauptamt, es gab verschwommen die Einsatzgruppen, nur am Rande, soweit die Chefs, wie ein Herr Ohlendorf, das ein bißchen erzählten. Keiner hat mitgeteilt, auf welche organisatorische Weise er Mörder gewesen war. Die Verantwortung wurde zwar regelmäßig anderen in die Schuhe geschoben, namentlich dem Vorgesetzten; aber nur »meiner« da oben, der ***Heydrich****, nicht dessen Komplizen durch die ganze Bürokratie. Und wenn ein Herr Staatssekretär* ***Schlegelberger****, der so viel juristische Werke geschrieben hatte, da reinkam, und über die Judenvernichtung erzählte, dann wußte er ebensowenig wie ich, wie groß der Apparat war. Das hat man anfangs absolut nicht überblickt, trotz geheimer Berichte."* [17]

Eine seltene Karte vom besetzten Mitteldeutschland. Der schraffierte Teil war ab 8. Mai bis 30. Juni 1945 von amerikanischen Truppen besetzt worden, ehe das Gebiet dann der sowjetischen Besatzungszone zugeschlagen wurde. Im Austausch hierzu erhielten die westlichen Besatzungsmächte ihre Westsektoren in Berlin und den gesicherten Zugang dorthin. Diese Zufahrtswege wurden im Juni 1948 anläßlich der von den westlichen Mächten durchgeführten Währungsreform bis zur Aufhebung der Blockade Berlins im Mai 1949 von den Sowjets gesperrt

Wenn es also das Wort »Endlösung« damals -- also 1945/1946 -- noch nicht gab, wie konnte man dann nach Kriegsende **Hermann Göring** unterstellen, als er **Reinhard Heydrich** in einem Brief am 31.7.1941 aufgefordert hatte, eine "Gesamtlösung" organisatorisch vorzuschlagen, "die Endlösung" im Sinne einer Vernichtung der gesamten europäischen Juden gemeint zu haben?

Wie hätte, so es den Begriff "Endlösung" bis Kriegsende zugegebenermaßen nicht gegeben hat, gar das ganze deutsche Volk schon seit 1933 wissen können, daß dies das Ziel Hitlers und der NSDAP gewesen sei?

Noch Jahre später publizierten drei maßgebliche Akteure ihre Darlegungen, Kenntnisse, Motive, Dokumente über den Zweiten Weltkrieg:

Winston Churchill, der britische Premier, 6 umfangreiche Bände, zwischen 1948 und 1954,

der US-Oberkommandierende für Europa, General **Dwight D. Eisenhower** und spätere US-Präsident, dessen Buch "Kreuzzug in Europa" 1948 veröffentlicht wurde, und

der französische General **Charles de Gaulle**, dessen 3 Bände "Kriegserinnerungen" zwischen 1954 und 1959 erschienen.

In diesen 10 Büchern Kriegsgeschehen mit über 1 Million Worten war nichts von dem erwähnt, geschweige denn dokumentiert, was Herrn Kempner nachträglich hätte auf die Sprünge helfen können.

---

17) Robert Kempner, " Ankläger einer Epoche --Lebenserinnerungen", Frankfurt/M - Berlin 1983, S. 311 - 312.

Verspätete und erfolglose Suche u.a. nach "Melmer-Akten"

Der nachstehende Bericht aus ***Der Tagesspiegel***, Berlin vom 29. Juli 1998 ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich und historisch beachtlich:

1.)

Offensichtlich wichtige Akten über die Zusammenarbeit zwischen SS und Reichsbank sind nicht von den "Tätern" zwecks "Spurenbeseitigung" vernichtet worden, sondern erst "*seit 1976 verschwunden*", als interessierten ausländischen Kräften aufgefallen war, daß diese Dokumente ihre Ambitionen, Deutschlands Geschichte -- verfälschend -- zu schreiben und Wiedergutmachungsforderungen auf Permanenz auszuweiten, im Wege standen und sich auch nicht mehr fälschen ließen. Es handelte sich hierbei um Aktenbestände, die Jahrzehnte unter amerikanischer Militärverwaltung verschlossen geblieben waren, obgleich sie "in größerem Umfang" Einblick in die "Edelmetall-Abteilung der Reichsbank" verschafft haben sollen.

2.)

Obgleich nun diese Akten nach Freigabe durch die US-Behörden inzwischen seit über 20 Jahren "spurlos verschwunden" sind und sie von 1945 - 1976 offenbar für so unbedeutend eingestuft worden waren, daß sie niemand öffentlich ausgewertet hat, so vermittelt ***Der Tagesspiegel***-Schreiber dennoch den Anschein, als wisse man so ziemlich genau, was der Inhalt dieser Papiere war: Aufstellungen über das "*den Holocaust-Opfern geraubte Gold, speziell ausgebrochene Zahngold*". Man käme schließlich auch ohne die verschwundenen Akten aus. Sie seien "*nicht essentiell notwendig*": "*Der Weg, den das Gold von der Reichsbank bis zum Verkauf ins Ausland genommen hat, sei inzwischen sehr genau bekannt.*" Warum hat man die Akten dann verschwinden lassen? Der Berichterstatter des ***Tagesspiegel*** vom 24.7.1998 wunderte sich darüber, daß die US-Armee vor Rückgabe größerer Aktenbestände an die Bank Deutscher Länder ausgerechnet die Melmer Akten nicht mikroverfilmt hatte. Dies konnte doch nur deshalb geschehen sein, weil sie nicht aussagekräftig waren, schon gar nicht im Sinne späterer Legenden.

Noch etwas: Von dem -- "Augenzeugen zufolge" -- "*LkW-Konvoi in den letzten Kriegstagen mit dem Nazigold, der 350 Goldbarren, 4 Kisten mit Zahngold und mehrere Säkke mit Devisen von Berlin nach Oberbayern geschafft*" haben soll, haben weder das US-Verteidigungsministerium noch der britische Geheimdienst etwas in Erfahrung bringen können.[17 a)]

Daß von der Reichsbank im Zuge internationaler Geschäftsabwicklungen auch Gold von Deutschland in d i e

---

Erfolglose Suche nach „Melmer-Akten"

Unterlagen über Nazi-Gold aus deutschen Archiven bleiben verschwunden / Bundesarchiv-Bericht

KOBLENZ/DRESDEN (dpa/onho). Wichtige Reichsbank-Unterlagen über das Raubgold der Nationalsozialisten bleiben in deutschen Archiven unauffindbar. Das geht aus einem am Dienstag in Koblenz veröffentlichten Bericht des Bundesarchivs hervor. Die Unterlagen über das während des Zweiten Weltkriegs bei Holocaust-Opfern geraubte Gold seien möglicherweise seit 1976 vernichtet worden. Die Unterlagen werden unter anderem benötigt, um Ansprüche jüdischer Holocaust-Opfer gegenüber dem deutschen Staat zu belegen.



„MÖGLICHERWEISE VERNICHTET" sind Dokumente der Reichsbank über die Herkunft des geraubten Goldes. Foto: Phoenix

Im Februar 1997 war aus Unterlagen der früheren amerikanischen Militärverwaltung bekannt geworden, daß deutsche Stellen nach dem Krieg im größeren Umfang über Akten aus der Edelmetallabteilung der Reichsbank verfügt haben müssen. Sie enthielten beispielsweise Angaben über Schmuck und Zahngold, das die Nazis ihren Opfern in Konzentrationslagern geraubt hatten. Unter anderem sind die „Melmer-Akten" verschwunden, in denen der SS-Offizier Bruno Melmer über das meist in die Schweiz verkaufte Raubgold Buch geführt hatte.

Die Unterlagen über das während des Zweiten Weltkriegs bei Holocaust-Opfern geraubte Gold seien möglicherweise seit 1976 vernichtet worden, berichtete das Archiv von seinen Nachforschungen, deren Ergebnisse teilweise bereits in der vergangenen Woche an die Öffentlichkeit gelangt waren. Im historischen Archiv der Bundesbank in Frankfurt hätten sich nur Reste der Archivalien befunden, berichteten die Bundesarchivare. Der letzte Abwickler der Reichsbank, Ulrich Benkert, der noch 1975 über nunmehr nicht mehr auffindbare Quittungen zu den Melmer-Heften verfügt habe, könne aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr über deren Verbleib der Schriftstücke befragt werden. Zwei der vermißten Dokumente seien im Nachlaß des 1977 verstorbenen Beamten der Reichsbank und der Bank Deutscher Länder, Albert Thoms, entdeckt worden. Dessen unter US-Kontrolle erstellte Berechnungen und Buchführungen könnten aber ebenfalls nicht mehr vollständig nachgeprüft werden.

Klaus-Dietmar Henke, Leiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismus-Forschung in Dresden, stellte unterdessen klar, daß die vermißten Akten für die Aufarbeitung der Opfergold-Geschäfte „nicht essentiell notwendig" seien. Der Weg, den das Gold von der Reichsbank bis zum Verkauf ins Ausland genommen hat, sei inzwischen sehr genau bekannt, sagte der Historiker dem Tagesspiegel. Von den vermißten Unterlagen Melmers verspreche man sich aber weitere Aufschlüsse über den Weg des Goldes von den Opfern zur Reichsbank. So habe Melmer detailiert darüber Buch geführt, aus welchem Besitz welche Mengen des Goldes stammen.

Schweiz: Sanktionen abwenden

BERN (AFP). Die Schweizer Regierung hat 50 US-Bundesstaaten und 15 Stadtverwaltungen gebeten, die drohenden Sanktionen gegen Schweizer Banken und Firmen im Streit um das Nazigold abzuwenden. Ein entsprechendes Schreiben richteten der Schweizer Botschafter in Washington, Alfred Defago, und der Chef des Krisenstabs in Bern, Thomas Borer, an die Gouverneure und Schatzmeister.

---

17 a) ***Der Tagesspiegel***, Berlin 17.9.1998. "Rätselraten um Nazigold-Funde der US-Armee".

Schweiz gelangte, dürfte indessen ebenso wenig zu bestreiten sein wie die Tatsache, daß während des mörderischen Krieges jüdische Vermögenswerte beschlagnahmt worden waren. Bleiben die Fragen nach dem Umfang dieser Vermögenswerte und wie es sich mit dem behaupteten "Zahngold" verhielt.

Wer Akten -- zumal "*wichtige*"! -- vernichtet, muß wohl unzufrieden mit den Dokumenten gewesen sein.

Hauptsturmführer (Hauptmann) **Bruno Melmer** war -- wie in ***HT*** Nr. 43 S. 14 notiert -- als Verwahrer der Gebührnisstelle und Amtskasse innerhalb der Amtsgruppe A II des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes für die Einlieferungen des WVHA bei der Reichsbank zuständig. 1947 hat er eidesstattlich die vom US-Militärtribunal gegen Reichswirtschaftsminister **Walter Funk** erhobenen Anklagen und die in einem US-Film gezeigten "Beutesäcke der SS" in den Kellern der Reichsbank und anderen Auslagerungsorten abgestritten.

Die vergessenenen deutschen Kriegsinternierten in den USA

Über die rund 120.000 in "relocation camps" und die weiteren rund 17.000 in übrigen Lagern und Gefängnissen inhaftierten japanisch-amerikanischen Kriegsinternierten sind zahlreiche Bücher geschrieben worden. Ihnen hat der Kongreß in Washington mittels 9 Gesetzen sogar -- wenngleich mit Jahrzehnten Verspätung -- Wiedergutmachung gezahlt.[18)]

Doch die 10.905 vom Justizministerium und zusätzlichen 7.041 vom FBI (Federal Bureau of Investigation = Inland-Geheimdienst) inhaftierten Deutschen bzw. Deutsch-Amerikaner, 6781 Italiener und weitere Osteuropäer (zugehörige Frauen und Kinder sind nicht mitgezählt [19) S. 171]), die während des Zweiten Weltkrieges in den USA interniert worden waren, blieben bislang sowohl von den Politikern als auch den Historikern "vergessen". Nicht einmal die National Archives nahmen die Vorgänge der deutsch-amerikanischen Internierten auf.[19) S. 167]

Selbst als der Kongreß 1980 per Gesetz eine Kommission zur Bestandsfeststellung der Zivilinternierten-Lage während des Zweiten Weltkrieges (CWRIC = Commission on Wartime Relocation and Internment of Civilians) verfügt hat, enthielt ihr Abschlußbericht von 1982 "*Personal Justice Denied*" ("*Persönliche Gerechtigkeit aberkannt*") nur Hinweise auf die Amerikaner japanischer Abstammung. Das gesamte relocation program gegen sie sei unnötig und rechtswidrig gewesen.

"The Civil Liberties Act von 1988 anerkannte »die grundsätzliche Ungerechtigkeit der Internierung von US-Staatsbürgern und dauerhaft hier lebenden ausländischen Residenten« und sah eine Entschuldigung vor »in bezug auf Angehörige der Bevölkerung der Vereinigten Staaten« solcher japanischer Abstammung, die Lagerhaft erdulden mußten.

Das Gesetz schloß ausdrücklich deutsche Internierte aus *."* [19) S. 169]

Auch das Gesetz vom 27.8.1992 schloß Deutsch-Amerikaner als Entschädigungsberechtigte aus. Die obersten US-Gerichte entschieden in angestrengten juristischen Verfahren nach dem Motto:

Da es keine generellen Massenausweisungen von Deutsch-Amerikanern gegeben hat, wie z.B. gegen die aus rassischen Gründen verfügte "Umsiedlung" Amerikaner japanischer Herkunft aus der pazifischen Küstenregion, sondern nur Inhaftierungen unter dem Gesichtspunkt "individueller Gefährlichkeit unter Berücksichtigung der Kriegslage", entfällt jede Art von Wiedergutmachung.

Von einem Einsatz bundesdeutscher Politiker für ihre Amerika-Deutschen Landsleute war in all den Jahrzehnten nach Kriegsende nichts zu vernehmen.

Nun endlich hat US-Professor **Arnold Krammer** wenigstens auf deren damaliges Schicksal in den USA aufmerksam gemacht.[19)] Sein Fazit:

"Amerika kämpfte für Demokratie und die Vier Freiheiten, während sie dies einem Teil ihrer eigenen Bevölkerung verweigerte.

Das Internierungs-Programm und die Massen-Evakuierung hinterließen eine gefährliche Rechtsbasis für die amerikanische Zukunft." [19) S. 173]

Der Grund für die unterschiedliche Behandlung zwischen Japanern und Europäern während des Zweiten Weltkrieges war offensichtlich die sehr bedeutsame Größenordnung der deutsch-amerikanischen Volksgruppe, die, je nachdem wen man dazurechnete, zwischen 25 oder 4 - 5 Millionen oder nur die 1.237.000 in Deutschland geborenen US-Bürger oder bei noch engeren Auswahlkriterien die 314.000 in den USA lebenden Deutschen umfaßte.[20)] Ihre für die US-Geschichte von Anbeginn an prägende Integrationskraft in Wirtschaft, Technik, Kultur und schließlich ihr Wählerstimmenpotential ist jedenfalls außerordentlich

18) Diesem Thema ist das Heft Nr. 41 der ***Historischen Tatsachen*** "US-amerikanische Konzentrationslager" gewidmet.

19) Arnold Krammer, "Undue Process -- The Untold Story of America's German Alien Internees", London, New York, Oxford 1997 ("Ungehöriges Geschehen -- Die verschwiegene Geschichte der deutsch-amerikanischen Auslands-Internierten") -- Seitenzahlen dieses Kapitels beziehen sich auf dieses Buch.

20) 690.000 Italiener lebten 1940 in den USA. Diese wurden jedoch seit Oktober 1942 nicht mehr als "enemy aliens" bezeichnet. Man erwartete von ihnen, daß sie sich in die "Gesellschaft" integrieren und am Kampf gegen "die Faschisten" beteiligen.

beachtlich.

Das Verschweigen der zwischen 1940 und 1948 in US-"Gefängnislager" verbrachten Deutschen und Deutsch-Amerikaner während der Nachkriegsära dürfte auf die grenzenlos ausgeweitete US-Propaganda in bezug auf die deutsche Konzentrationslager-Thematik zurückzuführen sein, die nicht mit Hinweisen auf womöglich analoges Verhalten der "US-Humanitätsmacht" kompensiert werden



Eine Luftaufnahme des Familienlagers Crystal City in Uvalde, Texas 1944 - 1945

sollte. Die Deutschen sollten *"einziges Tätervolk"* bleiben.

Dabei begann die Hatz gegen den deutschen Einfluß in den USA bereits unter Präsident **Woodrow Wilson** 1917, als dieser 20 Verfügungen gegen Deutsch-Amerikaner und deutsche Ausländer erließ. Ihre Grundrechte wurden eingeschränkt. Von den 254.138 registrierten männlichen "enemy aliens" ("feindlichen Ausländern") verbrachten 2.048 den Ersten Weltkrieg verfassungswidrig im Gefängnis, während

"mehrere tausend Andere -- zuweilen für Monate -- verhaftet, verhört, Hausdurchsuchungen unterworfen wurden, um Nachweise für Illoyalität zu ermitteln, und schließlich wieder entlassen wurden. ... Erst im März/April 1920 -- ein Jahr nach Unterzeichung des Versailler Vertrages -- wurden die letzten 200 Internierten entlassen und die Lager geschlossen. Familien waren zerbrochen, Geschäftsgrundlagen verloren. ... Kulturelle Assimilation und Einbürgerung schützte nicht immer jene, die 100%ige Amerikaner geworden waren.

Die Erfahrung schuf einen legalen Präzedenzfall für eine spätere Regierung, die Bewegungsfreiheit jeglicher Minderheit, besonders der Deutschen, in einem künftigen Krieg einzuschränken." [19) S. 15]

Die kanadische Regierung hatte sich ähnlich verhalten und 8.500 "enemy aliens" während des Ersten Weltkrieges in Internierungslager verbracht. Selbst nach 1918 galten in Kanada "politische Gefängnis-Lager" als legal akzeptiert.

Eine neue Phase dieser Art setzte im Januar 1934 der Kongreßabgeordnete **Sam Dickstein** mit der Konstituierung eines Untersuchungsausschusses gegen "Nazi-Propaganda-Aktivitäten in den USA" in Gang. Überzeugende Erfolgsleistung in Deutschland sollte tunlichst in den USA nicht bekannt werden, schon gar nicht etwa Anhänger finden. Der schon unter Wilson gegen die Deutsch-Amerikaner eingesetzte **J. Edgar Hoover**, inzwischen zum Leiter des FBI ernannt, ließ 1936 mit Zustimmung Roosevelts geheime Listen anfertigen, in denen jene erfaßt wurden, die die führende Administration *"im Falle, daß wir in einen Konflikt geraten sollten, als nationales Risiko"* einstufte.

Seltsam mutet freilich an, daß keine Kriegshetzer auf diesen Listen notiert wurden, sondern ausschließlich Personen, die eine Kriegspolitik der Vereinigten Staaten verhindern wollten, dafür indessen als "Fünfte-Kolonne-Agenten" verdächtigt wurden. Hoover forderte seine Dienststellen auf,

"alle Informationen zu sammeln, ungeachtet der Quelle, von der die Information herstammt." [19) S. 2]

Dank der Zusammenarbeit mit den militärischen Geheimdiensten rühmte sich Hoover 1939, *"mehr als 10 Millionen Personen einschließlich einer großen Zahl solcher ausländischer Herkunft"* im Visier seiner besonderen Aufmerksamkeit zu haben.

Am 5. Mai 1939 wurde der vom Kongreßabgeordneten **Sam Hobbs** eingebrachte Gesetzentwurf angenommen und die Inhaftierungsmöglichkeit "verdächtig aussehender Ausländer" legalisiert.

Mit Kriegsbeginn in Europa (September 1939) setzte Präsident F.D. Roosevelt das Notstands-Inhaftierungs-Programm in Kraft und forderte das Justizministerium auf,

"solche Personen zu verhaften und einzusperren, die im Falle eines Krieges, einer Invasion oder eines Aufstandes gefährlich sein könnten."

Während Edgar Hoover das FBI zur Ausweitung der Meinungsschnüffelei antrieb, fertigte auch das Justizministerium mit der neu ins Leben gerufenen Special Defense Unit eigene Listen von Personen an, die "für die Sicherheit des Landes gefährlich sein könnten". Schon wer eine deutschsprachige Zeitung abonniert hatte, galt als "verdächtig". Wie sich herausstellte, betraf die Mehrzahl der so apostrophierten US-Staatsbürger solche, die in Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte lediglich einer nunmehr unerwünschten Meinung verdächtigt wurden oder noch in Friedenszeiten im Sinne dieser Meinung in irgendeiner Weise an die Öffentlichkeit getreten waren.

Die US-Behörden sperrten schließlich nicht die gesamte unüberschaubare Volksgruppe der Deutsch-Amerikaner ein, sondern nur die "Gefährlichen" und "vermutlich Illoyalen", die von irgendjemandem denunziert wurden, und sei es aus Neid an ihrem wirtschaftlichen Besitzstand. Wer einmal in einer Organisation tätig war, die Krieg zwi-

schen Deutschland und den Vereinigten Staaten verhindern wollte, galt als "Sicherheitsrisiko".

"Klar, daß die Regierung hiermit bewußt auf die Feindschaft mit Nazi-Deutschland hinarbeitete." [19) S.11]

Die große Verhaftungswelle gegen die Deutsch-Amerikaner flutete bereits anläßlich des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 über das Land, also zu einer Zeit, da sich die USA offiziell **noch nicht** im Krieg mit Deutschland befanden. Nach und nach folgten weitere Razzien ohne Haftbefehle gegen mehr als 1.000 Deutsche und Deutsch-Amerikaner,[19) S. 33] während mehrere tausend weitere kurzfristig zu Verhören festgesetzt wurden, und wiederum weitere die Order erhielten, sich zur Vernehmung bereitzuhalten.

Die Volksgruppe der Deutsch-Amerikaner als solche lebte seitdem während des gesamten Krieges in ständiger Furcht. Diktatorische Willkür herrschte im Lande. Jeder konnte denunziert, abgeholt und in irgendein "prison camp" -- "Gefängnislager" -- verbracht oder unter einschränkende Polizeiauflagen gestellt werden, Arbeit, Besitz, sogar die Staatsbürgerschaft verlieren.

Schon am 14. Juni 1941 -- 6 Monate vor dem Kriegszustand -- hatte F.D. Roosevelt die Konfiszierung deutschen Auslandsvermögens verfügt und deutsche Schiffe, auch die Heuer deutscher Seeleute beschlagnahmen lassen. So hatte er die Voraussetzungen dafür geschaffen, sich auch das Privatvermögen der als "illoyal" diffamierten Deutsch-Amerikaner anzueignen.

Doch nicht allein die staatlichen Beschlagnahmen standen zur Debatte, sondern auch der willkürliche Vermögensentzug infolge der Art der Verhaftungsmaßnahmen.

Die meisten wurden verhaftet, ohne daß sie Zeit hatten, sich die nötigsten Sachen mitzunehmen oder sich um ihren Besitzstand weiterhin kümmern zu können.[19) S. 36] Gegen sie wurden keine Gerichtsverfahren eröffnet. Weder mit Zeugen noch mit Anwälten konnten sie sich verteidigen. Vielfach wurden auch die Familien -- zumindest zeitweise -- auseinandergerissen. Die Frauen landeten dann für Monate, teils sogar den ganzen Krieg über im Frauengefängnis Seagoville, Texas. Ein Gros der Inhaftierten wurde schließlich in das neu ausgebaute, mit Stacheldraht umzäunte und streng bewachte Familienlager bei Crystal City (Uvalda), Texas, überstellt.

Arnold Krammer berichtet:

"Die meisten Befragten führen aus, verhaftet worden zu sein, bevor sie irgendetwas an Sachen packen konnten, und hatten für die nächsten Monate mit den Kleinigkeiten zu leben, die sie mitgebracht hatten.

Die meisten waren friedliche Leute mit keiner größeren Illoyalität gegenüber den Vereinigten Staaten als einer zufälligen Bemerkung oder Beschwerde gegenüber einem verärgerten Nachbarn." [19) S 36]

"Eines Abends im Dezember 1941 zwischen 19 und 20 Uhr bahnten sich 3 FBI-Agenten ihren Weg in das Haus der Schneiders. Innerhalb von 20 Minuten wurden der Vater, die Mutter, der 13jährige Gerd Erich und seine 15jährige Schwester Margot aus ihrem Anwesen eskortiert mit nur den Kleidern, die sie anhatten. Dies war das letzte Mal, da sie ihr Haus, ihr Auto, ihren Besitz in Houston, Hahlo Street Nr. 626 gesehen haben." [19) S. 38]

Sie verbrachten die Kriegszeit über im Familienlager Crystal City, Texas und wußten gar nicht, warum man sie verhaftet hat.

Ein Leidensgenosse schilderte nach dem Krieg dem von ihm angerufenen Gericht:

"Sie sind von anonymen Informanten beschuldigt worden, wurden von aggressiven FBI-Agenten, die angehalten waren, Erfolge zu präsentieren, vernommen und Anhörungs-Tribunalen -- hearing boards -- überstellt worden, die von unsympathischen Amateur-Funktionären und superpatriotischen Maulhelden zusammengesetzt waren. Ihre Rechte sind auf jeder Ebene des alien-enemy-programs verletzt worden. Sie hatten keinen ordentlichen Richter, kein Gerichtsverfahren. ...

Viele, die auf diese Weise eingesperrt wurden, waren amerikanische Staatsbürger, etliche naturalisiert, andere in den USA geboren. ...

Etliche sahen, daß ihre Geschäfte geschlossen wurden oder Konkurrenten zum Opfer fielen. Andere verloren ihre Häuser und ihren Besitz wegen unbezahlter Steuern oder Plünderung. ...

Etliche erhielten auch nach dem Krieg keine Beschäftigung mehr. Etliche Kinder waren auf Jahre verwaist, während ihre Eltern interniert waren." [19) S. 172]

Betroffene, die mit Handschellen abgeführt und bis 1947 in Lager eingesperrt worden waren, berichten:

"Uns wurde nicht erlaubt, zurück in unser Haus zu gehen, nicht einmal, um unsere Sachen zusammenzusuchen oder Strom, Wasser und Gas abzuschalten. Das Haus wurde alsbald geplündert, und wir verloren alles. ...

Sie behandelten uns wie Massenmörder." [19) S. 79]

Aktive Mitgliedschaft oder gar ein Funktionärsamt in einer deutsch-amerikanischen Organisation reichte plötzlich für den Vorwurf der Illoyalität mit der Konsequenz, in ein "Gefängnislager" überführt zu werden und womöglich auch die US-Staatsbürgerschaft wieder entzogen zu bekommen.



Neu eintreffende deutsche Internierte im Lager Kenedy, Texas

Zur Überprüfung der Einzelfälle richtete der dem Justizministerium unterstehende INS (Immigration and Naturalization Service) ein Netzwerk von "Civilian Alien Enemy Hearing Boards" -- Anhörungs-Tribunale -- ein. Diese sandten die ausgefüllten umfangreichen Fragebögen der Vorgeladenen nebst ihren behördlichen Befunden der Alien Enemy Control Unit des INS zu. Einsprüche gegen deren Entscheide waren beim Justizministerium einzureichen. Als Ergebnis konnte nach Monaten zuweilen eine Entlassung oder eingeschränkte Freilassung erzielt werden.

Die Drohung der Inhaftierung mit dem damit verbundenen möglichen Vermögensverlust, diffamierende Pressekampagnen mit Auswirkungen auf Geschäft und Arbeit, Entlassungen, wiederholte Aufforderungen zu Verhören vor wechselnden hearing boards und stets gegenwärtige Denuntiationen, ohne die Möglichkeit zu haben, sich mit Zeugen oder Rechtsanwälten zu verteidigen, brachten das gesamte Leben der deutsch-amerikanischen Gemeinschaften zum Erliegen. Für diese große Bevölkerungsgruppe galten wesentliche Freiheitsrechte nicht mehr. Dabei hatten die sich völlig legal verhaltenden Organisationen der Deutsch-Amerikaner in den Friedensjahren schon lange unter Polizeiaufsicht gestanden und waren allein auf Grund ihrer Mitgliederzahl nie "gefährlich". Sie sind auch später nie "staatsfeindlicher" Tätigkeiten beschuldigt worden.[19) S. 5]

Der deutsch-amerikanische Bund, der plötzlich zum Zentrum eines großen Spionageringes hochgeputscht wurde, umfaßte rund 10.000 Unterstützer. Willkürlich verblieben noch etliche ihrer Mitglieder mit ihren Familien bis 1947, zuweilen bis August 1948 -- zwei bis drei Jahre nach Kriegsende[19) S. 167] -- in rund 52 Lagern eingesperrt, die für die enemy aliens hergerichtet worden waren. Ihre Größe rangierte von lokalen Polizeistationen über Distriktgefängnisse bis hin zu den großen Lagern des INS und der CCC (Civilian Conservation Camps).

Abgesehen von den Seeleuten, wie z.B. die etwa 400 Besatzungsmitglieder der *Columbus* oder auch der anderen Schiffe des Norddeutschen Lloyd (*Eisenbach, Leipzig, München, Hannover*) oder der Hamburg-Amerika Linie (*Arauca, Odenwald, Cordillera, Friesland, Monserrate*) oder auch der *Karin* oder *Pauline Friedrich*, wurden die ersten US-Bürger deutscher Abstammung widerrechtlich schon ab Mai 1940 verhaftet: u.a. die Bediensteten des deutschen Transozeanischen Nachrichtendienstes. Das Empfangszentrum für Einwanderer auf Ellis Island war alsbald mit mehreren Tausend eingefangenen Deutschen und Deutsch-Amerikanern überfüllt, -- Monate bevor sich die USA offiziell mit Deutschland im Krieg befanden.

Das erste Internierungslager für "Feindstaaten-Ausländer" beim Fort Stanton, New Mexico, hatte die ersten, zunächst als "Gäste" in verschiedene Durchgangslager geschleuste und dann als Internierte inhaftierte Seeleute aufgenommen, so auch die Mannschaft der *Columbus*.



Auf dem Wege ins Internierungslager begrüßen "Feindstaaten-Ausländer" deutsche Kriegsgefangene

Columbus war eines der größten deutschen Luxusschiffe, dessen Kapitän es am 19.12.1939 vor der US-Küste, um der Kaperung durch die Briten zu entgehen, selbst versenkt hat. Andere deutsche Seeleute wurden nach Fort Lincoln, Nord Dakota, verbracht, obgleich sie alle ein Recht darauf gehabt hätten, von den neutralen USA in ihre Heimat Deutschland ausreisen zu können.

Am 27. August 1940 erließ Roosevelt das Ausländer-Registrierungsgesetz. Jeder Ausländer hatte sich auf dem nächsten Postamt zu melden und Foto, Fingerabdrücke sowie persönliche Angaben zu hinterlassen. Im Oktober 1941 hatten sie über ihre Vermögenswerte Auskunft zu geben. Diese Registrierung ergab 4,9 Millionen Ausländer in den USA, davon 315.000 deutsche, 695.000 italienische und 91.000 japanische Staatsbürger.[19) S. 26]

Im Juli 1941, ein halbes Jahr vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, erarbeiteten Vertreter des Justiz- und Kriegsministeriums die Richtlinien für das "Enemy Alien Internment Program" (das Internierungsprogramm für Feindstaaten-Ausländer).

"Am 10. Oktober 1941, zwei Monate bevor Amerika in den Krieg eintrat, erreichte den Direktor von Ellis Island im New Yorker Hafen eine vertrauliche Direktive -- eine von vielen zwischen dem Generalstaatsanwalt und den Direktoren des INS im ganzen Land. Hierin wurde er darüber informiert, sich auf die Ankunft weiterer ausländischer Internierter vorzubereiten. Es werde damit gerechnet, daß monatlich 600 Neuzugänge im Bereich New York und 200 im Bereich New Jersey eintreffen werden." [19) S. 30]

Auch aus dieser Sachlage ergibt sich: Roosevelt wußte, wohin er sein Land steuerte! Nebenbei sei hierzu erwähnt, daß im Frühjahr 1941 Angehörige des FBI und des Office of Naval Intelligence (ONI = Marine-Geheimdienst) in das japanische Konsulat in Los Angeles eingebrochen sind, den Inhalt des dortigen Safes fotografiert und danach ihre Verhaftungslisten aufgestellt haben, die sie meinten, für baldige Fälle notwendig zu haben.[19) S. 31]

Mit den Proklamationen Nr. 2525 - 2527 erteilte Präsident **Roosevelt** im Dezember 1941 seinen Behörden Vollmacht, willkürlich Feindstaaten-Angehörige zu verhaften und deren Vermögen einzuziehen. In unmittelbarer Reaktion auf den japanischen Angriff am 7. Dezember 1941 nahm das FBI in einem "Blitz-Programm" noch vor der Kriegserklärung Deutschlands (am 11.12.1941) 857 Deutsche und 147 Italiener fest, der INS weitere Hunderte. Gleichzeitig wurden mehrere tausend zwecks Befragungen zeitweise eingesperrt.

Nicht spezifizierte Merkmale waren für die Internierung während der Dauer der Kriegszeit maßgebend, sondern -- wie es in einem Rundschreiben des FBI-Chefs **J. Edgar Hoover** vom 17.12.1941 an seine Behördenleiter hieß --: auf die Liste sollten alle jene Personen gesetzt werden,

"die die amerikanische Staatsbürgerschaft von Geburt oder durch Einbürgerung erworben haben und von denen Sie glauben, daß sie unter behördliche Obhut genommen werden sollten." 19) S. 35

Der Glaube eines FBI-Agenten war Maßstab.

Um nicht interniert zu werden oder aus dem Motiv, ihre Einbürgerung zu erleichtern bzw. nicht zu gefährden, meldeten sich einige Deutsch-Amerikaner freiwillig zum Dienst in den US-Streitkräften.

Weitere 4.000 sind sogar zwangsweise zum Militärdienst eingezogen und damit dem Militärstrafrecht unterworfen worden. Diese Maßnahme der US-Regierung verstieß eindeutig gegen die Haager Konvention von 1907.19) S. 70 Etliche von ihnen blieben Schikanen ausgesetzt oder wurden auch von direkten Kampfeinsätzen verschont.

Für die vom Alien Internment Program Betroffenen existierte freilich die Verfassung nicht mehr, ein Sachverhalt, den das höchste Gericht noch nach dem Krieg mit der Begründung für rechtens bestätigte:

"Feindstaaten-Ausländer stehen nicht unter dem gleichen Schutz der Gesetze." 19) S. 35

Die beim Obersten US-Gericht durchgesetzte Stellungnahme des Justizministeriums:

"Wenn ein Militärkommandant im Rahmen seines Pflichtenbereichs, der ihm von seinem Präsidenten auferlegt worden ist, in gutem Glauben handelt, ist er dafür nicht haftpflichtig (liable), wenn hinterher festgestellt wird, daß eine solche Aktion unter Mißachtung des Gesetzes geschehen ist." 19) S. 63 - 64

An anderer Stelle heißt es:

"Die Militärs wußten, daß sie keine legalen Regreßforderungen zu befürchten hatten, seitdem die Regierung ihre Position in einem früheren Fall (Max Ackermann gegen General De Witt) klargestellt hat. Besonders in Kriegszeiten haben sie die Befehle ihrer Vorgesetzten auszuführen und sind nicht für irgendwelche Fehler **(oder Mängel = flaws)** ***zur Verantwortung zu ziehen. -- Zivilisten hatten keine solche Protektion."*** 19) S. 66

Südamerika-Deutsche entführt

Jene Deutschen, Italiener und Japaner, die auf Druck der Roosevelt-Administration in südamerikanischen Staaten gekidnappt und an die USA ausgeliefert worden waren, sind als besondere Kategorie von Internierten in diese Geschichte einzugliedern.

Die ausgreifenden Imperialziele F.D.R.'s, angetrieben auch mit Horror-Propaganda des britischen Geheimdienstes zur "Abwehr" erlogener "Weltherrschaftsziele" Hitlers, speziell seiner "Aggressionsabsichten" gegenüber den südamerikanischen Staaten, sorgten für eine Washingtonhörige Gleichschaltung der stets um ihre Stabilität besorgten südamerikanischen Regierungen. Die Weltmeere beherrschten die Briten und Amerikaner. Ihre wirtschaftliche und militärische Macht war präsent, Hitler weit weg.

So gelang es insbesondere anläßlich der Konferenz der amerikanischen Republiken in Rio de Janeiro vom 15. bis 28.1.1942, die südamerikanischen Staaten zu veranlassen, die in ihren Regionen "versteckt operierenden 5.-Kolonne-Feindstaaten-Ausländer" zwecks "Sicherung der amerikanischen Hemisphäre" festzunehmen und an die USA auszuliefern. Obwohl es sich um normale Residenten, Touristen und durchweg unpolitische Geschäftsleute handelte, schwärmten einheimische Propagandisten und Kidnapping-Kommandos aus, um die beschriebenen Opfer einzufangen.

Der Gedanke, die USA benötigten Geiseln zum Austausch für in feindliche Hände geratene Amerikaner, dürfte, obgleich es ein solches Austausch-Programm -- neben der Rücksendung der Diplomaten -- von 1942 - 1945 tatsächlich gegeben hat,[21] weniger real sein als das Bemühen, vor allem die deutsche Wirtschaftskonkurrenz und das deutsche Ansehen in Südamerika zu zerstören. Nicht nur, daß Geschäftsleute z.B. der pharmazeutischen Industrie und Angehörige der deutschen Luftfahrt auf diese Weise gewaltsam für Jahre nach Texas verschleppt und so ihres Vermögens beraubt wurden, -- sie durften auch auf Anweisung der US-Behörden nach Kriegsende nicht mehr nach Südamerika zurückkehren bzw. mußten in das Trümmerfeld Deutschland ausgewiesen werden..19) S. 92

"Im Dezember 1945 begann die Deportation unerwünschter Ausländer, die bis Juli 1947 anhielt. Nach einer neuntägigen Schiffsreise kamen die Deportierten in Norddeutschland an. Dort wurden sie von bewaffneten Wachen empfangen und

21) 1942 verwendeten die USA tatsächlich 2.242 aus Südamerika zwangsimportierte Deutsche zu einem solchen Austausch. Die übrigen hielten sie gefangen. Bis Ende Januar 1945 sind 4.450 Europäer von den USA zum Austausch gegen US-Bürger und verwundete GI's und auch KZ-Häftlinge über Portugal, Südfrankreich und Schweden verschifft worden.

in versiegelten Viehwaggons zu hergerichteten Gefangenenlagern transportiert, solche wie Asperg, nahe Ludwigsburg, einer hoch gesicherten Einrichtung, die Personen vorbehalten war, die -- wie Nazis, Kriegsverbrecher usw. -- für höchst gefährlich gehalten wurden.

Nachkriegs-Deutschland lag im Chaos. Nahrung und Kleidung waren rar. Und Hoch-Sicherheits-Gefängnisse waren miserable Plätze, den bitteren Winter von 1945/1946 zu überstehen." [19) S. 153].

Gewiß war auch Bestechung im Spiel,

"erblickten doch die südamerikanischen Regierungen die Gelegenheit, sich ausländisches Eigentum, angefangen von großen Plantagen bis zu erfolgreichen Fabriken, anzueignen." [19) S. 93]

Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkrieges rund 6.610 Deutsche, Italiener und Japaner von Südamerika in die Vereinigten Staaten zur Internierung verbracht, unter ihnen 4.058 Deutsche. Im Sommer 1944 fand das Programm ein Ende, weil sich herausstellte, daß die südamerikanischen Staaten zunehmend ihre Problemfälle abschoben.[19) S. 98]

Einschließlich der Südamerika-Deutschen waren von den USA während des Zweiten Weltkrieges ungeachtet der schwankenden Gefangenenzahl über 25.600 zivile Europäer in "Gefängnislager" verbracht worden. Sie wurden zwar streng bewacht, unterschiedlich, im allgemeinen jedoch im Rahmen gewährter Lagerfreiheiten relativ gut behandelt. Dies ändert aber nichts daran, daß sie widerrechtlich inhaftiert wurden und zumeist ihr gesamtes Vermögen verloren und einen beruflichen Neuanfang nach dem Krieg erheblich erschwert bekommen haben.

"Es muß daran erinnert werden, daß das Custodial Detention Internment Program (CDI) -- Schutzhaft-Programm -- unabhängig vom War Relocation Program (WRP) -- Kriegsumsiedlungs-Programm -- aufgezogen worden war, das die 1942 rassistisch motivierte Einsperrung von 120.000 Japan-Amerikanern betraf." [19) S. 16]

Von dem CDI-Programm bzw. Alien Internment Program waren zusätzlich 5.422 Japan-Amerikaner bzw. in Nord- oder Süd-Amerika lebende Japaner als "gefährliche Feindstaaten-Ausländer" erfaßt worden. Bei alledem waren die Auslandsdeutschen die Hauptzielgruppe der US-Regierung.[19) S. 169]



Deutsche Schule und Studentengruppe im Familien-Internierungslager Crystal City, Texas 1945

Deutsche Internierte in Großbritannien

Bei Kriegsbeginn 1939 lebten rund 75.000 Deutsche (und Österreicher) auf der britischen Insel. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, da England 99% aller eingebürgerten "Feindstaaten-Angehörige" internieren ließ, sollten diesmal (im September 1939) 112 Ausländer-Tribunale jeden einzelnen Fall überprüfen. Ergebnis: 569 Personen wurden, weil sie "ein hohes Sicherheitsrisiko" darstellten, inhaftiert, 6.782 "zweifelhafte Fälle" unter besondere Polizeiaufsicht gestellt und in ihren Rechten eingeschränkt, 66.002 als unbedenklich eingestuft.

Obgleich sich in der letzteren Kategorie -- C -- viele aus Deutschland emigrierte Juden befanden, wurden doch auch sie alsbald als "feindliche Ausländer" behandelt. Mit Beginn des Frankreichfeldzuges verfügte Churchill als neuer Premierminister die Ausweisung aller "feindlichen Ausländer" aus der neu proklamierten Schutzzone für Süd- und Ostengland. Personen aller Kategorien waren hiervon betroffen. Die "zweifelhaften Fälle" aus den anderen Landesteilen wurden gleichermaßen interniert, soweit sie zwischen 16 und 60 Jahre alt waren. Juden, "Anti-Nazis" und "Nazis" wanderten in gemeinsame Lager: im Juni 1940 waren es 22.000.[19) S. 21] Im Folgemonat Juli transportierten 4 Schiffe 11.003 dieser Leute nach Kanada und Australien: "*Nazis, anti-facists, Jewish refugees, and Italians*". Eines dieser Schiffe, die Arandora, versank vor der irischen Küste durch Torpedotreffer mit 661 Menschen an Bord.

"TODESMÜHLEN"
Anfangsversuch zur Umerziehung im besetzten Deutschland

Das offiziell zur Ausrichtung der politischen Meinungsbildung installierte Institut für Zeitgeschichte in München informierte die Öffentlichkeit im Jahre 1985[22] darüber, daß

"die britischen und amerikanischen Dienststellen, die mit der Kontrolle über das Informationswesen im besetzten Deutschland betraut waren, schon vor der deutschen Niederlage entschieden, daß es notwendig sei, die Deutschen mit der Nase auf jene Greuel zu stoßen, die während des Krieges begangen worden waren. Man hatte die Hoffnung, daß die deutsche Bevölkerung die Faktizität dieser Greueltaten anerkennen und ein entsprechendes Schuldgefühl entwickeln werde. ...

Die aus Zivilisten und Militärs zusammengesetzten Stäbe des Office of War Information (OWI) und der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force's Psychological Warfare Division (SHAEF PWD) wählten den Film als Hauptmedium, um die Schrecken des organisierten Massenmordes ausführlich darzustellen, der in einem der Geschichte bisher unbekannten Ausmaß begangen worden war. Spezieller Gegenstand: die Vernichtungslager des Dritten Reiches, die Todesmühlen."

Diese Bemühungen zur Dokumentierung ausschließlich deutscher Greuel begannen gewiß schon früher, als es das Institut für Zeitgeschichte mit Oktober 1944 erwähnte, war doch die gesamte alliierte Kriegspropaganda schon seit 1939 offiziell auf "Schwarz-Propaganda" abgestellt, wenn sie auch erst Anfang 1944 hemmungslos verstärkt worden war.[23]

Für die USA ist offenkundig, daß Präsident F.D. Roosevelt persönlich die Verlogenheit seiner Politik und Propaganda zur Staatsmaxime gemacht hatte.[24]

Ein Symptom für die amtliche britische Politik war die Anweisung des Informationsministers **Brendan Bracken** am 29.2.1944:

"von den zu erwartenden Greueln der nach Mitteleuropa vorstoßenden Roten Armee »durch eine gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda abzulenken«." [23]

Bücher ihrer Akteure wie u.a. **Sefton Delmer** und **Ellic Howe**[25] gaben immerhin beachtliche Teile dieser Arbeit preis.

Sie hatten freilich darüber geschwiegen, wie sich höchstinstanzliche Militärtribunale, die von Welt-Imperialmächten eingesetzt und deren Regierungen unmittelbar unterstellt waren, und ihre Urteile "*im Namen des Weltgewissens*" auswirkten. Gleiches gilt für die Urteile der nachgeordneten Besatzungsgerichte und die vom Sieger erzwungenen neuen Rechtsgrundlagen. Zudem waren die Dauerwirkung der neuen Gesetze, die Oberservierung durch die ausländischen Mächte, die jahrzehntelangen Wiederholungen in allen Medien bei gleichzeitiger strafrechtlicher Absicherung des Umerziehungsvokabulars zu berücksichtigen.

Immerhin: "Informationskontrolle" war ihr Maßstab geblieben. Dennoch erwies sich alsbald, daß die hiermit verbundene Absicht, "*ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt*" wurde. Der willkürliche Austausch der Worte "Deutscher" mit "Nazi" machte von vornherein auch andere Inhalte unglaubwürdig, ebenso wie die Ausklammerung aller Taten der anderen und Tatzusammenhänge, Amnestie für jene und Unverjährbarkeit für diese, die Kriminalisierung jeder Art von "Relativierung", "Aufrechnung", "Verharmlosung", "Leugnung" spezifischer, für "offenkundig" erklärter Geschehenskomplexe, die nicht einmal mehr unabhängig, vorurteilsfrei, wissenschaftlich untersucht werden dürfen.

Das alles wurde später nachgeschoben, nachdem die Militärregierung 1945/46 die deutschen Kinobesitzer

"angewiesen (hatte), den Greuelfilm durch nichts zu ersetzen, wenn sie nicht Bestrafung und Lizenzentzug riskieren wollten. ...

In einigen Gegenden erklärten lokale Stellen der Militärregierung den Besuch des Films für obligatorisch und verschafften diesem Befehl dadurch Nachdruck, daß sie das Kinopersonal veranlaßten, die Lebensmittelkarten derjenigen, die den Film gesehen hatten, nach der Vorstellung zu stempeln." [22]

Wurden diese Praktiken dann auch wieder abgeschafft, so blieb doch die indoktrinierende und beibehaltene Einseitigkeit. Ein Film Controll Officer beklagte sich im März 1946, daß -- in Berlin -- "*die Besucherzahl fast auf Null gesunken*" war. Doch dann setzten die beschriebenen anderen, bis heute wirksamen, Mittel ein.

---

22) ***Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*** Nr.3/1985, S. 420 - 436.

23) Vergl. ***HT.*** Nr. 23, S. 40 +
Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210.

24) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 57 + 58 + Udo Walendy "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965.

25) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961 +
Ellic Howe, "Die schwarze Propaganda -- Ein Insider-Bericht über die geheimsten Operationen des britischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg", München 1983.